



# AUS UNSERER ARBEIT 2020

## Es bleibt alles anders



WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Nullrunde trotz Klatschen oder:  
Der ethische Unternehmer



ARBEIT & SOZIALES

Europa wieder stark machen – unter der  
deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020



JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Junge Menschen brauchen Anerkennung  
und wollen gesehen werden



UMWELT & DIGITALE WELT

Verkehrswende in Coronazeiten



STADT- & LANDENTWICKLUNG

„Nutztier und Mitgeschöpf!“  
Gesellschaftspolitische Konflikte  
in der Debatte zum Tierwohl



PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“

From #HateSpeech to #HopeSpeech –  
Hoffnungsfroh streiten für Demokratie  
und Menschenwürde

# Inhalt

## VORWORT 3

### WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

- Jan Ehlert  
Nullrunde trotz Klatschen oder: Der ethische Unternehmer 4
- Pfarrer Dr. Ralf Stroh  
In der Ruhe liegt die Kraft.  
Sonntagsschutz – auch gerade in Zeiten der Krise 6

### ARBEIT & SOZIALES

- Dr. Julia Dinkel  
Europa wieder stark machen –  
unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 8
- Marion Schick  
Es reicht einfach nicht ...  
Grundsicherungsbezieher\*innen in der Corona-Krise 10
- Heike Miehe  
„Verlässlicher Generationenvertrag“ –  
Kommentar zum Bericht der Rentenkommission 12

### UMWELT & DIGITALE WELT

- Pfarrer Dr. Hubert Meisinger  
Verkehrswende in Coronazeiten 14
- Kathrin Sauthof  
„... den Wald vor lauter Bäumen nicht?“  
Zum Sinn des Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagements 16
- Cassandra Silk  
Energiesmission.  
Ein frischer Blick auf unseren Umgang mit Energie 18
- Ulrike Schoppet-Fender, Christian Schwindt  
Mehr nachhaltigen Konsum wagen! Die Coronakrise zeigt:  
Nachhaltiger Konsum ist wichtiger denn je 20
- Michael Grunewald  
Wenn auch nicht ganz freiwillig! Erfahrungen mit dem  
Digitalisierungsschub in Zeiten des Corona-Virus 22
- Lukas Spahlinger  
Digitalisierung und Nachhaltigkeit finden zueinander 24

### STADT- & LANDENTWICKLUNG

- Dr. Maren Heincke  
„Nutztier und Mitgeschöpf!“  
Gesellschaftspolitische Konflikte in der Debatte  
zum Tierwohl 26
- Stefan Heinig  
Veränderungen bedürfen eines langen Atems.  
Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung –  
was kann Kirche beitragen? 28
- Merle Große  
Ausstieg aus dem Kirchenkarussell –  
Sozialraumanalyse und Geh-Struktur als Chancen  
für Kirche im ländlichen Raum 30

### JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

- Annika Gramoll  
Junge Menschen brauchen Anerkennung  
und wollen gesehen werden –  
Jugendpolitische Bildung in Zeiten der Corona-Pandemie 32

### DEMOKRATIE STÄRKEN

- Matthias Blöser  
From #HateSpeech to #HopeSpeech –  
Hoffnungsfroh streiten für Demokratie und Menschenwürde 34

### AUS DER REGION

- Nicole Nestler, Andrea Wagenknecht  
Unter Armut leidet die Kinderseele 36
- Dr. Tobias Krohmer  
RESTART! – Die etwas anderen Interkulturellen Wochen 38

### STREIFLICHTER 40

### PERSONALIEN 45

### ADRESSEN 46

### IMPRESSUM 47

# Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

**S**eit einem Jahr leben wir mit dem Corona-Virus. Die traurige Bilanz bisher (Januar 2021): 87,3 Millionen Erkrankungen und mehr als 1,88 Millionen Todesfälle weltweit! Der Versuch, die Pandemie einzudämmen, hat auch in Deutschland dazu geführt, dass das wirtschaftliche und öffentliche Leben mehrfach weitgehend heruntergefahren wurde und Bürgerinnen und Bürger unter Abwägung eines angemessenen Ausgleichs zwischen der Freiheit und dem Schutz des Lebens Einschränkungen ihrer Bürgerrechte hinnehmen müssen. Welche mittel- bzw. langfristige Folgen diese Pandemie insgesamt für Wirtschaft und Politik, aber auch für Kultur und Soziales haben wird, ist noch gar nicht so genau zu sagen. Doch bei einer genaueren Analyse und den daraus folgenden Lösungsvorschlägen werden sicher Fragen nach der Problemlösungskompetenz von liberalen Demokratien, den Handlungsmöglichkeiten politischer Institutionen, small Governance, der Gestaltung von zivilgesellschaftlichen Partizipationsverfahren, der Überprüfung von (De-)Globalisierungsprozessen, ja der Intensivierung von Nachhaltigkeitsdenken und -handeln in der Gesellschaft mehr Relevanz bekommen. Eines steht wohl fest: Ein „Weiter so wie bisher“ wird es nicht geben. Die epochale Corona-Pandemie hat vieles in unserem Land verändert und wird auch weiterhin vieles verändern.

Natürlich hat sich auch einiges in unserer Arbeit mit Beginn der Pandemie verändert, fast alles musste um- oder neugeplant, manches in den digitalen Raum überführt werden. Mobiles Arbeiten gewann an Bedeutung und es haben die Themen noch mehr Gewicht bekommen, die mit den großen Transformationsfragen unserer Zeit zusammenhängen. Die Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind hier an erster Stelle zu nennen (s. S. 24). Aber auch grundsätzliche Themen, für die sich unsere Kirche seit Langem einsetzt (s. S. 6 und 26), und Themen, die immer wichtiger werden (s. S. 8, 12, 28), haben uns im letzten Jahr beschäftigt.

Bei aller Beschäftigung mit Arbeitsvorgängen und Themen erlebten aber auch wir bedrückende, manchmal ratlose Zeiten. Diese oszillierende Erfahrung des Hoffen und Bangens ist auch der Hintergrund eines biblischen Wortes, das uns auch im letzten Jahr durch unser Arbeitsjahr begleitet hat. Im Evangelium des Markusevangeliums (Kapitel 9 Vers 24) war als Jahreslosung für das letzte Jahr zu lesen:

„Ich glaube;  
hilf meinem Unglauben!“

Das Wort entspringt einer krisenhaften Erfahrung. Ein Vater ruft es aus, der um seinen kranken Sohn bangt. Er ringt deswegen mit seinem Glauben. Es ist ein Denken auf der Grenze zwischen Hoffnung und tiefer Irritation, zwischen Glaube und Unglaube. Doch er hat mit Gott nicht abgeschlossen, ahnt, dass auch solch eine Erfahrung weder durch wohlfeile Erklärungen aufzulösen noch durch Menschen zu verhindern ist. Daher bringt er sie vor Gott: nicht ruhig und besonnen, sondern aufgewühlt, ja fast schreiend und fordernd.

Verständlich, im Glauben geht es ja meist um Grundsätzliches: um Verstehen oder Nicht-Verstehen, um Orientierung oder Ratlosigkeit. Vielleicht ist es ja so: Glaube lässt uns nicht alles verstehen und löst auch nicht jede Ratlosigkeit auf, aber er kann uns die Kraft geben, das mit Gottes Hilfe auszuhalten.

Ihr

**Christian Schwindt**  
Pfarrer und Oberkirchenrat,  
Leiter des Zentrums  
Gesellschaftliche Verantwortung



WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

## Nullrunde trotz Klatschen oder: Der ethische Unternehmer

Für Menschen, die im vergangenen Jahr auch zu Hochzeiten der Pandemie gewissenhaft ihren Aufgaben im Gesundheitssystem oder in Supermärkten nachgekommen sind, ist viel geklatscht worden – sie, die sonst oft Übersehenen, waren die Helden in der Pandemie. Dass diese Aufmerksamkeit und Bewunderung sich nicht notwendigerweise auch auf dem Gehaltszettel niederschlägt, ist natürlich erklärungsbedürftig.



von: Jan Ehlert, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik  
➔ [j.ehlert@zgv.info](mailto:j.ehlert@zgv.info)

### Arbeitgeber machen keine Geschenke

**A**rbeitgeber\*innen stellen Mitarbeitende nur dann ein, wenn sie sich von der Einstellung erhoffen, dass der zusätzliche Gewinn durch den Mitarbeitenden größer ist als die Kosten, die durch Lohn, Sozialabgaben etc. für das Unternehmen entstehen. Würden sie diesem unternehmerischen Grundsatz nicht folgen, wäre die Differenz zwischen Kosten und Gewinn der Einstellung ein Geschenk der Arbeitgeber\*innen an die Mitarbeitenden. Die Tatsache, dass es eine Pandemie dieses Ausmaßes gibt,

ändert an diesem Grundprinzip nichts, da die Produktivität der Mitarbeitenden trotz gesteigener Aufmerksamkeit wohl nicht systematisch gestiegen ist (bedingt durch notwendige Hygienemaßnahmen ist sie vielleicht sogar gesunken). Würde ein Unternehmen dennoch einseitig die Löhne der Mitarbeitenden erhöhen, wird es im wettbewerbsgeprägten Preiskampf einen Nachteil haben und mit größerer Wahrscheinlichkeit mittelfristig nicht mehr marktfähig sein. Einen Sündenbock im „gewinngeilen“ Unternehmer zu suchen, stellt sich daher als wenig hilfreich heraus. Bei Supermarktmitarbeitenden lässt sich das oben genannte Grundprinzip

relativ einfach anwenden. Schwieriger wird das natürlich bei Menschen, die im Gesundheitssektor arbeiten. Hier lässt sich die Wertigkeit von Maßnahmen nur noch über einen Tauschwert darstellen, über einen Nutzwert der Leistungen zu sprechen, wäre oft völlig unangebracht. Außerdem regieren im Gesundheitssektor an vielen Stellen nicht die Prinzipien des freien Marktes, da gesetzliche Krankenkassenversicherungen (KV) Leistungspauschalen aufstellen und über Preise nicht verhandelt werden kann. Im politischen Kampf um niedrige KV-Beiträge fallen dabei die Interessen der überarbeiteten Pflegekräfte oft hinten runter.

## Ein zweiter Markt für höhere Löhne?

Wenn wir aber der Einfachheit halber mal bei den Supermarktangestellten bleiben, ließe sich der konkurrenzgeprägte Markt nur dann zu höheren Löhnen verändern, wenn Konsument\*innen bereit wären, bei ihrem Einkauf für das gleiche Produkt mehr Geld zu bezahlen, wenn es von einem Supermarkt vertrieben wird, der seinen Arbeitnehmern höhere Löhne bezahlt. Während viele Menschen in Befragungen gewiss äußern würden, dass sie prinzipiell bereit wären, unter diesen Bedingungen mehr Geld zu bezahlen, scheint es in der praktischen Umsetzung doch eher unwahrscheinlich, dass dies systematisch passiert. Sweatshops in Südostasien, Massentierhaltung und Kinderarbeit in Kobaltminen bieten viele Beispiele dafür, wie es Produkte trotz ethisch hochgradig fragwürdiger Bedingungen regelmäßig in unsere Haushalte schaffen. Es gibt wenige Märkte, in denen eine solch unterschiedliche Bepreisung aufgrund ethischer Faktoren wirklich funktioniert. Die auch durch die Kirche geförderte FairTrade-Bewegung wäre hier aber ein Beispiel und auch der wachsende Markt für Biolebensmittel zeigt, dass Menschen bereit sind, für Tierschutz mehr Geld auszugeben, auch wenn hier nicht ganz klar ist, wie viele Menschen eher aus persönlichem Gesundheitsbewusstsein zu Bioprodukten greifen. Die volkswirtschaftliche Interpretation dieses Handelns wäre, dass Menschen, die zu höheren Preisen FairTrade-Kaffee kaufen, diesem, trotz der materiellen Gleichheit zu anderem Kaffee, andere immaterielle Eigenschaften zuschreiben, die ihn für den Konsumenten zu einem eigenen, differenzierten Produkt machen. Ein solcher Parallelmarkt kann zwar zu besseren Bedingungen beitragen, allerdings stellt sich auch hier die Frage, ob das Unternehmen dann überhaupt ethisch handelt, oder ob es einfach agnostisch der Nachfrage des Marktes nachkommt. Natürlich beginnen viele Unternehmer\*innen ihre Geschäftsmodelle mit hehren Zielen und wollen zu einer besseren Welt beitragen. Dabei sind viele tolle Geschäftsideen entstanden, die unsere Gesellschaft nachhaltig beeinflussen. Dass aber selbst solche Betriebe wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt



**WAS MUSS GESCHEHEN, DASS SUPERMARKTANGESTELLTE MEHR VERDIENEN?**

sind, zeigt z. B. die Firma Alnatura. Während Alnatura den Markt für Biolebensmittel in Deutschland maßgeblich geprägt hat, arbeitete das Unternehmen Medienberichten zufolge lange Betriebsratsgründungen entgegen<sup>1</sup> und bezahlte seine Mitarbeiter\*innen lange Zeit untertariflich. Als herauskam, dass der Lebensmittel-discounter Lidl vor einigen Jahren seine Mitarbeitenden bespitzelte, führte das zu einer Empörungswelle bei vielen Konsument\*innen, die dann aus Protest nicht mehr dort einkauften. Über diesen Weg kann es möglich sein, zu mehr unternehmerischer Verantwortung beizutragen; wir, die Konsument\*innen, müssen mit den Füßen wählen.

### Der Staat kann alle gleich zwingen

Es mag problematisch sein, die ethische Verantwortung gänzlich auf der Nachfrageseite, also beim Konsumenten zu verorten, statt auch die angebotsseitigen Probleme wahrzunehmen. Auch Unternehmer\*innen dürfen sich nicht darauf ausruhen, sondern sollten versuchen, alles zu tun, um ihrer ethischen Verantwortung gegenüber Kunden, Mitarbeitenden, Umwelt und sozialem Umfeld nachzukommen. Bevor man allerdings vorschnell das Unternehmertum dafür zur Verantwortung zieht, müssen wir uns der Marktbedingungen bewusst sein. Hier sollte der Staat mit geeigneten Rahmenbedingungen helfen. Wo die persönliche Ethik einiger Unternehmen dadurch ge-

hindert wird, dass es sie potenziell die wirtschaftliche Existenz kostet, kann der Staat ein gleiches Spielfeld für alle bereiten. Er muss sich allerdings auch dort des internationalen Wettbewerbs bewusst sein. Wenn er einseitig deutschen Unternehmen hohe Maßstäbe auferlegt, kann das dazu führen, dass sie von der internationalen Konkurrenz aus dem Markt gedrängt werden. Damit würde er das Gegenteil von dem erreichen, was er ursprünglich beabsichtigt hat. Aus diesem Grund plädiere ich bei staatlichem Handeln nicht für Maßnahmen, die singulär deutsche Unternehmen treffen, sondern für solche, die für alle gelten, die sich in Deutschland am Markt beteiligen wollen, unabhängig ihres Firmensitzes. Um dem oben genannten Dilemma zu entkommen, würde z. B. die Einführung eines Lieferkettengesetzes hilfreich sein. Wenn Unternehmen die Freiheit haben, ethische Maßnahmen durchzuführen, die ihnen aber finanziell schaden, dann gewinnen diejenigen Unternehmen, die nicht ethisch handeln. Wenn der Staat gleiche Bedingungen für alle herstellt, dann können sich die Dinge ändern. ■

Quellen

1 <https://www.zeit.de/arbeit/2019-04/alnatura-arbeitgeber-betriebsrat-arbeitsrecht-biosupermarktkette>

# In der Ruhe liegt die Kraft. Sonntagsschutz – auch gerade in Zeiten der Krise

Das Engagement der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für einen starken Sonntagsschutz auch in Zeiten von Corona hat ihr teilweise heftige Kritik eingetragen. Das Festhalten am arbeitsfreien Sonntag ist jedoch nicht einer Ignoranz gegenüber den aktuellen Problemen geschuldet, sondern verdankt sich einem umfassenden Blick auf das Ganze des menschlichen Lebens, wie ihn die Medizin schon seit Langem eingeübt hat.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik  
➔ [r.stroh@zgv.info](mailto:r.stroh@zgv.info)

## Medizinische Einbindung psychosomatischer Einsichten als Vorbild für das Verständnis menschlicher Gesellschaften

Es gibt Belastungen der menschlichen Gesundheit, die sich nicht mit dem Auge wahrnehmen oder mit technischen Apparaturen erfassen lassen und gleichwohl unser Wohlbefinden auf das Empfindlichste beeinträchtigen. Erst als solche Phänomene nicht rundheraus als Einbildung abgetan oder auf physische Ursachen zurückgeführt, sondern in ihrer Eigenart als psychosomatische Phänomene anerkannt wurden, eröffnete sich der Medizin ein unverkürzter Blick auf das Ganze der menschlichen Gesundheit. Und auch im alltäglichen Umgang miteinander reifte die Einsicht in die Bedeutsamkeit des seelischen Wohlbefindens für das Wohl des eigenen Lebens wie dasjenige des Gegenübers. Hier immer das Richtige zu treffen und die nötige Achtsamkeit walten zu lassen, ist eine stete Herausforderung. Dass man einem Menschen mit einem gebrochenen Arm nicht zumuten darf, schwere Lasten zu tragen, versteht sich von selbst. Man sieht auf den ersten Blick, wie es um ihn steht.

Einem Menschen mit einem gebrochenen Herzen mutet man dagegen schnell zu viel zu – nicht aus bösem Willen, sondern einfach weil solcher Schmerz unter der Oberfläche liegt und sich nur der verständnisvollen Zuwendung zu einer Person erschließt. Manchmal sind dann sogar wir selbst die Person, mit der wir lernen müssen, achtsamer umzugehen.

Für unser gesellschaftliches Wohlbefinden, das Gemeinwohl, gilt dasselbe. Allerdings steht hier scheinbar jener Fortschritt im Wissen um die Komplexität und Verschiedenartigkeit der Aspekte unseres Zusammenlebens noch aus. Zu oft reduzieren sich unser Blick und die öffentliche Debatte auf das Offensichtliche, das, was sich anschaulich darstellen und in Statistiken präsentieren lässt. Und wie im medizinischen Bereich erweist sich das Fehlen eines unverkürzten Blicks auf das gesellschaftliche Ganze als besonders nachteilig in Krisenzeiten, in denen gleichermaßen schnelle wie umfassende Hilfe vonnöten ist.

Und wie in existenzbedrohenden medizinischen Notlagen, in denen das menschliche Leben auf dem Spiel steht, liegen auch in fundamentalen gesellschaftlichen Notlagen die Nerven aller Betroffenen schnell blank. Hier kühles

Blut zu bewahren und jene Professionalität walten zu lassen, die nicht in Ignoranz gegenüber der Gefühlslage des Patienten gründet, sondern in sachkundiger Empathie, ist nur möglich, wenn von den verantwortlichen Personen auf eine orientierungskräftige Einsicht in die grundlegenden Aspekte des menschlichen Zusammenlebens und ihr Zusammenspiel zurückgegriffen werden kann.

## Kultur und Geselligkeit als Elemente des Zusammenlebens auch in der Krise

Mit Beginn der Corona-Krise und dem Zurückfahren des öffentlichen Lebens war sofort klar, dass es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung und umfassender Solidarität bedarf, um diese Herausforderung zu meistern. In erstaunlich kurzer Zeit gab es höchst fantasievolle und effektive Hilfe, die von einzelnen Personen oder spontan entstandenen Initiativen und Netzwerken – nicht zuletzt in Kirchengemeinden, Dekanaten und der Diakonie – organisiert wurde. Diese Hilfe erreichte unmittelbar auch betroffene Einzelpersonen, die nicht in bereits bestehende Strukturen eingebunden und über diese erfasst waren.



Es liegt in der Natur der Sache, dass solch spontane und informelle Hilfe eine lediglich begrenzte Reichweite und Tragfähigkeit hat. Sie kann nicht eine institutionalisierte und formalisierte gesamtgesellschaftliche Hilfe ersetzen, sondern dieser nur vorübergehend vorangehen und sie später als weiteres flexibles Format ergänzen.

Um aber dauerhaft, fest institutionalisiert und zuverlässig Hilfe leisten zu können, ist auf jeden Fall so schnell als irgend möglich eine professionalisierte „Hilfsbürokratie“ unverzichtbar. Deren Reichweite und Effektivität ist aber abhängig davon, dass sie zum einen über das nötige Sensorium verfügt, um tatsächlich auch möglichst viele der in Not befindlichen Betroffenen überhaupt in den Blick zu bekommen. Zum anderen muss sie dann aber auch über die sachgemäßen Instrumente verfügen, um möglichst viele – am besten natürlich alle – Notleidenden mit der ihnen jeweils angemessenen Hilfe unterstützen zu können.

Hier ist bisher ein deutliches Ungleichgewicht in der Professionalität und Effektivität der gewährten Hilfen zu beobachten. Die eindeutig größere Professionalität waltet bisher bei der Unterstützung der Notleidenden in den – um im eingangs



gewählten Bild zu bleiben – somatischen, das heißt unmittelbar sicht- und spürbaren Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, also dem Bereich des wirtschaftlichen Lebens, die auch zur Linderung und Behebung der Notlage genutzt werden können und gegenwärtig auch genutzt werden. Es sind ja gerade diese Bereiche, die ihre Effektivität standardisierten Arbeitsroutinen verdanken. Der Umgang mit diesen Bereichen ist seit Langem politisch eingeübt und auch öffentlich breit kommuniziert und kommentiert.

Weit hinter solch eingeübter Routine fallen dagegen all jene Bereiche zurück, deren Wesen es ist, ihre Qualität und Wirksamkeit jenseits standardisierter Routinen und Abläufe zu entfalten: freie Geselligkeit, Musik, Theater, Sport – überhaupt alle Bereiche des kulturellen Lebens. Im eingangs gewählten Bild wären dies die psychischen Aspekte des menschlichen Zusammenlebens. Es ist bezeichnend, dass es in diesem Feld gerade der Profifußball ist, der aktuell stattfinden kann, nicht aber der Amateurfußball.

So wenig es im medizinischen Fall darum geht, psychische gegen somatische Aspekte des menschlichen Lebens gegeneinander auszuspielen, so wenig kann es nun im Fall einer gesellschaftlichen Krise wie der Corona-Pandemie darum gehen, wirtschaftliche und ökonomische Belange gegen Kultur oder freie

Geselligkeit in Stellung zu bringen. Worum es allerdings geht, ist, auch jene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nach Kräften zu unterstützen, die nicht über eine hochgradig professionalisierte Verbandsstruktur verfügen und es nicht seit Langem gewohnt sind, ihre Interessen wirksam zu vertreten.

### Der Sonntag als heilsames Kulturgut in der Krise

Die Unterstützung in diesem Feld des kulturellen Lebens bedeutet neben der Sicherstellung des nackten Überlebens vor allem die Sicherstellung und Bewahrung jener Lebensräume, in denen das kulturelle und geistige Leben seiner eigenen Logik jenseits des Ökonomischen – wenn auch nicht ohne es – folgen kann.

Genau dies ist der ursprüngliche Sinn des arbeitsfreien Sonntags. Man kann ihn nicht gegen die Werktage ausspielen und umgekehrt gilt dasselbe. So, wie sich ja auch die rein somatischen Bedürfnisse nicht gegen die psychischen aufrechnen lassen. Wer nicht auch der Psyche des Menschen wieder auf die Beine hilft, bringt nur einen halben Menschen zum Laufen.

Das Engagement der Kirchen gilt aber dem unverkürzten ganzen Menschen. Darum setzen sie sich gerade auch in Krisenzeiten dafür ein, dass der ganze Mensch im Blick bleibt – nicht zuletzt in ihrem Einsatz für den arbeitsfreien Sonntag. ■

# Europa wieder stark machen – unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020

**Die öffentliche Verantwortung der Kirchen hat an vielen Stellen eine europapolitische Dimension. Als evangelische Kirche beobachten und kommentieren wir immer wieder Themen von europaweiter Bedeutung. Denn wir sind**

**überzeugt: Nur gemeinsam können wir Krisen überwinden und Antworten auf Probleme finden. Auch im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurden Themen aufgerufen, die für uns alle von Bedeutung sind.**



von: Dr. Julia Dinkel, Referat Arbeit & Soziales  
 ➔ [j.dinkel@zgv.info](mailto:j.dinkel@zgv.info)



**G**emeinsam. Europa wieder stark machen“ war das Motto der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU) vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020. Es macht deutlich: Nur gemeinsam können wir Probleme lösen. Eine Pandemie kennt keine Grenzen und sie führt uns deutlich vor Augen, wie verbunden und abhängig wir vom Handeln anderer Menschen in Europa und der Welt sind. Dies gilt für Fragen des Umweltschutzes, der Flucht und Migration, aber auch in Fragen von verantwortlichem wirtschaftlichen Handeln, der Sozialpolitik oder der Digitalisierung. Nur gemeinsam können diese Themen bearbeitet werden. Das Stichwort „Europa wieder stark machen“ weist darauf hin, dass Europa aktuell vor großen Herausforderungen steht, die die EU schwächen. Auch ohne die Pandemie und ihre Auswirkungen wäre die Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft lang gewesen.

## Herausforderungen für die EU unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Die Pandemie und ihre Auswirkungen auf fast alle unserer Lebensbereiche nahmen auch auf der europäischen Ebene großen Raum ein. Zentral war die Frage, wie wirtschaftliche und soziale Folgen der

Pandemie abgefedert werden können. Im Fokus stand die Verabschiedung des neuen EU-Haushalts für die Jahre 2021 bis 2027 und damit verknüpft auch der Wiederaufbauplan „Next Generation EU“. Der europäische Green Deal für mehr Klimaschutz, aber auch die Asyl- und Migrationspolitik, Digitalisierung und „kleinere“ Themen wie Lieferketten oder Fischfangquoten standen auf der Agenda. Allen Themen in ihrer Unterschiedlichkeit gerecht zu werden, war eine große Herausforderung.

## Neuer Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027

Auf dem letzten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs unter der deutschen Ratspräsidentschaft gelang nicht zuletzt aufgrund des Verhandlungsgeschicks der deutschen Vertreter\*innen eine Einigung auf einen neuen EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 (Mehrjähriger Finanzrahmen). Mit der Verabschiedung des Haushalts können auch die Corona-Hilfen aus dem Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ auf den Weg gebracht werden. Die Einigung auf diesen gemeinsamen Wiederaufbaufonds ist historisch, da die Union zum ersten Mal die Aufnahme gemeinsamer Schulden beschlossen hat. Dass die Einigung auf den neuen Haushalt sich so lange

verzögert hat, lag an einer Blockade durch Polen und Ungarn. Der Grund für das Veto der beiden Staaten war die Einführung eines Rechtsstaatsmechanismus, der es der EU erlaubt, Gelder zu kürzen, wenn Mitgliedsstaaten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verletzen. Eigentlich sollte die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, einem der Grundwerte der EU, eine Selbstverständlichkeit sein, die Ablehnung gegen den Rechtsstaatsmechanismus spricht daher für sich selbst. So wichtig es war, dass eine Lösung gefunden wurde und die dringend benötigten Corona-Hilfen ausgezahlt werden können, so zeigt sich im Streit um den Rechtsstaatsmechanismus jedoch auch, wie tief die Gräben zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten sind. Für die Zukunft muss überlegt werden, wie es gelingen kann wieder besser zusammenzuarbeiten.

## Umwelt- und Klimaschutz

Die Europäische Kommission hat mit dem europäischen grünen Deal das Thema Umwelt zu einer ihrer Prioritäten gemacht. Bis zum Jahr 2050 möchte die Europäische Union, dass Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Der Europäische Rat einigte sich unter der deutschen Ratspräsidentschaft darauf, die Treibhausgase bis 2030 um mindes-



tens 55 Prozent zu reduzieren, um dieses Ziel erreichen zu können. Ob diese Maßnahme im Verbund mit anderen geplanten Handlungen ausreichen wird, um die Klimaerwärmung zu begrenzen, darf bezweifelt werden. Auch wenn die EU selbst den Green Deal als ambitioniert bezeichnet, so erscheinen die vorgeschlagenen Maßnahmen angesichts der Dringlichkeit des Klimawandels als zu wenig. In der Zukunft werden gerade bei dem Thema Umwelt- und Klimaschutz noch viele Aufgaben und Diskussionen auf uns zu kommen. Die Stimme der Kirchen wird hier noch stark gefragt sein.

## Flucht und Migration

Nach wie vor gibt es vor unserer Haustür Flucht- und Migrationsbewegungen, doch seit Jahren ist selbst die Einigung auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner innerhalb der EU bei diesem Thema schwierig. Leidtragende sind die Menschen, wenn notwendige Hilfe verweigert wird. Die Irrfahrten von Rettungsbooten wie der Sea-Watch im Mittelmeer zeigen, dass Menschen vor dem Ertrinken zu retten nicht gern gesehen wird. Christliche Werte und Moral werden bei der Frage von Flucht- und Migration leider zu oft über Bord geworfen. Wenn die EU weiterhin glaubhaft für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte stehen

möchte, ist es höchste Zeit, Antworten auf die Fragen von Flucht und Migration zu finden. Das von der EU-Kommission im September 2020 vorgeschlagene neue Asyl- und Migrationspaket ist ein erster Schritt hin auf dem Weg zu einer gerechteren Aufteilung der Verantwortlichkeiten und mehr Solidarität. Weitere Schritte müssen folgen, um eine würdige Antwort auf Fragen von Flucht und Migration zu finden.

## Globale Lieferketten

Die Pandemie offenbart die Verwundbarkeit globaler Lieferketten und der Menschen, die darin arbeiten. Am Anfang und Ende einer jeden Lieferkette stehen Menschen, die unter fairen Bedingungen arbeiten und entlohnt werden möchten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben es erfreulicherweise geschafft, die Ratspräsidentschaft zu nutzen, um das Thema „Lieferkettengesetz“ sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene zu platzieren und entscheidend voranzubringen – auch gegen Widerstände aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie aus der Wirtschaft. Mitte 2021 darf auf europäischer Ebene mit einem Vorschlag der EU-Kommission zu einem

Lieferkettengesetz gerechnet werden. Faire Handelsbeziehungen sind ein Zeugnis für mehr Gerechtigkeit und Solidarität in einer globalisierten Welt. Auch wir in der EKHN wollen uns nicht mit wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten, Armut und der Zerstörung der Umwelt abfinden, die durch wirtschaftliches Handeln entlang von globalen Lieferketten entstehen. Die Synode der EKHN hat daher im Herbst beschlossen, der „Initiative Lieferkettengesetz“ beizutreten und sich auf deutscher und europäischer Ebene für ein Lieferkettengesetz einzusetzen.

## Was können die Kirchen und wir Christinnen und Christen tun?

Die Herausforderungen für die EU werden nicht kleiner, und angesichts der nur sehr mühsam errungenen Antworten unter der deutschen Ratspräsidentschaft fällt es nicht immer leicht, optimistisch auf die Zukunft der EU zu schauen. Grundlegende Probleme der Union lassen sich nicht mehr überdecken.

Umso wichtiger ist es, dass wir als Kirche das Projekt europäische Einigung nach wie vor positiv begleiten und uns mehr denn je für ein solidarisches und soziales Europa einsetzen. Soziale Themen gerieten auch unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu stark in den Hintergrund. Dabei hat uns die Pandemie in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie viele Missstände z. B. bei der Entsendung von Arbeiter\*innen an Schlachthöfen oder zur Ernte vorhanden sind. Als Kirche weisen wir in der öffentlichen Diskussion immer wieder auf die Wichtigkeit von sozialen Fragen hin und rücken diese in den Fokus.

Auch bei anderen Themen mischen wir uns ein und beteiligen uns. In der Kampagne „Wir schicken ein Schiff!“ wird die europapolitische Dimension des kirchlichen Handelns in puncto Flucht- und Migrationsfragen besonders deutlich. Andere Formen der Einmischung wie das oben erwähnte Engagement der EKHN in der Initiative Lieferkettengesetz, die Teilnahme an Konsultationen oder das Schreiben eines Blogs sind dabei genauso wichtig. Denn wie schon gesagt, nur gemeinsam bewältigen wir die Probleme. ■

# Es reicht einfach nicht ... Grundsicherungsbezieher\*innen in der Corona-Krise

**Erster Corona-Lockdown im Frühjahr 2020. Das Geschäft in den Gartencentern und Baumärkten boomt. Viele Menschen richten sich ihr Zuhause als Erholungs- und Rückzugsort für eine schwierige Zeit ein. Haus und Garten, Terrasse oder Balkon werden als Aufenthaltsort immer wichtiger, um soziale Kontakte aufrecht zu erhalten. Aber nicht alle können das.**



**Erster Corona-Lockdown im Frühjahr 2020. Das Geschäft in den Gartencentern und Baumärkten boomt. Viele Menschen richten sich ihr Zuhause als Erholungs- und Rückzugsort für eine schwierige Zeit ein. Haus und Garten, Terrasse oder Balkon werden als Aufenthaltsort immer wichtiger, um soziale Kontakte aufrecht zu erhalten. Aber nicht alle können das.**

von: Marion Schick, Referat Arbeit & Soziales  
 ➔ [m.schick@zgv.info](mailto:m.schick@zgv.info)



**F**ast jede vierte Person, die Grundsicherung bezieht, hat laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Sozialforschung<sup>1</sup> keinen Garten, keinen Balkon und keine Terrasse. Und somit fällt diese Möglichkeit, Familie, Freunde und Bekannte in Coronazeiten zu treffen, weg.

Auch die Größe der Wohnung unterscheidet sich erheblich: Menschen mit Grundsicherung haben im Vergleich mit anderen nur etwa zwei Drittel der Wohnfläche zur Verfügung. In 40 Prozent der Grundsicherungshaushalte mit Kindern müssen sich mehrere Personen ein Zimmer teilen, während in fast allen anderen Haushalten jedes Familienmitglied über ein eigenes Zimmer verfügt.

Konflikte und Schwierigkeiten sind vorprogrammiert. Ein oder zwei Kinder im Homeschooling während das dritte im Kindergartenalter bei geschlossener Kita beaufsichtigt und beschäftigt werden muss und das alles in einer beengten Wohnung. Dies sind wenig förderliche Umstände, um sich als Kind auch mal auszutoben, in Ruhe Hausaufgaben zu machen und in der Schule mithalten zu können. Während sich viele Kinder im eigenen Garten an der frischen Luft bewegen und spielen konnten, waren im ersten Lockdown durch Schließung der öffentlichen Spielplätze und Sportvereine die meisten Kinder in der Grundsicherung in ihrer Freizeit auf die häusliche, kleinere Wohnung beschränkt.

Warum ist das erwähnenswert? Die Bewältigung von Krisen fällt leichter, wenn man über bestimmte Ressourcen verfügt. In der Corona-Krise sind dies neben ökonomischen Ressourcen vor allem Ressourcen, die sich aus sozialen Beziehungen, der Wohnsituation, dem Wohnumfeld und der jeweiligen IT-Ausstattung ergeben.

Hier, neben der schon beschriebenen Wohnsituation, ein paar weitere Fakten:

- Etwa ein Fünftel der Grundsicherungsbeziehenden ist 60 Jahre oder älter und gehört somit zur Risikogruppe für einen schweren Verlauf bei Ansteckung mit dem Corona-Virus. Um sich vor Ansteckung zu schützen, ist es ratsam, soziale Kontakte einzuschränken. Und damit nimmt die soziale Isolation zu.
- Grundsicherungsbeziehende sind mit neun Prozent dreimal so häufig sozial isoliert wie Personen ohne Grundsicherungsbezug.
- Grundsicherungsbeziehende besitzen seltener einen Computer mit Internetanschluss (70 Prozent gegenüber 87 Prozent aller Personen ohne Grundsicherung) und haben dadurch seltener die Möglichkeiten, soziale Kontakte über das Internet aufrechtzuerhalten.
- Nur 36 Prozent der Grundsicherungsbeziehenden besitzen ein eigenes Auto (86 Prozent der anderen Haushalte). Sie können in dieser Krise zum Durch-

atmen nicht einfach raus in die Natur fahren oder wie viele andere aus Sorge vor Ansteckung mit dem Virus für die Fahrt zur Arbeit vom öffentlichen Nahverkehr aufs Auto umsteigen.

Insgesamt kann man sagen, dass Grundsicherungsbeziehende „häufig nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, um die Auswirkungen der Krise gut abfedern zu können“.<sup>2</sup>

## Der blinde Fleck: Fehlende Unterstützung für Grundsicherungsbezieher\*innen in der Corona-Krise

Laut einer Mitteilung des Bundesfinanzministeriums im Mai 2020<sup>3</sup> schützt die Bundesregierung mit ihrem größten Hilfspaket in der Geschichte in Höhe von insgesamt 353,3 Milliarden Euro die Beschäftigten und Unternehmen in Deutschland vor den Auswirkungen der Corona-Krise. Dazu kommen noch Garantien von mehr als 800 Milliarden Euro. Das ist viel Geld, das durch die neue „Novemberhilfe 2020“ um weitere 10 Milliarden aufgestockt wurde, um Soloselbstständige und Unternehmen im zweiten Lockdown zu unterstützen. Dass die Ausgaben notwendig sind, um Existenzen abzusichern und die Wirtschaft zu stützen, wird allgemein anerkannt. Diskutiert wird nur über die genaue Ausführung, Ausrichtung und



**GERADE FÜR KINDER, DIE IN BEENGTE WOHNUMG OHNE EIGENEN GARTEN LEBEN, WAR DIE SCHLISSUNG VON SPIELPLÄTZEN BESONDERS HART.**

Sinnhaftigkeit mancher Unterstützung wie in der Diskussion um Zuschüsse zum Kauf von Benzinautos (vgl. Mainzer Appell 27.05.2020).

Leider gibt es trotz der großen und vielseitigen Hilfsprogramme keine Unterstützung für die ärmste Gruppe der Bevölkerung, für die Grundsicherungsbeziehenden. Trotz der, von vielen Seiten wie Wohlfahrtsverbänden, dem Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt der Evangelischen Kirche, Gewerkschaften, der

Parteien der Grünen, der Linken und der FDP, erhobenen Forderung, die Hilfen für Bezieher\*innen von Hartz IV in der Pandemie aufzustocken, wird dies seitens der Bundesregierung nach wie vor abgelehnt.

Der Aufschlag ist jedoch dringend notwendig. Mit den geringen Ressourcen der Grundsicherungsbeziehenden ist die Lücke, die durch Schließungen und Wegfall von Tafeln, Suppenküchen, kostenfreie Mittagstische und Verpflegung in Kitas und Schulen entsteht, nicht zu schließen und Mehrausgaben durch Erhöhung von Lebensmittelpreisen, Ausgaben für Hygieneartikel, Masken, Internet- und Hardwarekosten für Homeschooling nicht aufzufangen.

### Die geringe Erhöhung der Regelsätze löst das Problem nicht

Die seit Januar 2021 gültigen, neuen Regelsätze bleiben mit 446 Euro für einen Single-Haushalt weit unter der von Wohlfahrtsverbänden geforderten notwendigen Anhebung der Grundsicherung zurück. Nach Berechnung der Diakonie ist eine Erhöhung von mindestens 160 Euro für Alleinlebende und für Kinder je nach Alter zwischen 44 Euro und 97 Euro im Monat nötig<sup>4</sup>. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert eine Anhebung des Regelsatzes für Alleinstehende ab 1.1.2021 auf 644 Euro<sup>5</sup>.

### Nachhaltigkeitsziel „Bekämpfung von Armut“ wird verfehlt

In der von der Bundesregierung unterschriebenen UN-2030-Strategie werden zahlreiche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele für die Politik anerkannt, die sog. SDG (Sustainable Development Goals). Unter dem Ziel 1 wird die Bekämpfung der Armut und unter Ziel 10 die Reduktion von sozialer Ungleichheit auf die politische Agenda gesetzt. Die niedrigen Grundsicherungsregelsätze widersprechen insbesondere dem sozialen Nachhaltigkeitsziel SDG 10.1. In diesem Ziel verpflichten sich die Länder zu einer Entwicklung, in der die einkommensschwächsten 40 Prozent der Haushalte in der Gesellschaft bis 2030 stärkere Einkommenszuwächse haben sollen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Mit der mangelnden Anpassung der Regelsätze der letzten Jahre wird dieses Ziel nicht erreicht.

Gemeinsam mit der Diakonie vertritt das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN den Standpunkt, dass die neuen Hartz-IV-Regelsätze die bestehende Armut fortschreiben. Sie reichen nicht aus, um ein soziokulturelles Mindestmaß an sozialer Teilhabe zu gewährleisten. Neben einem „Corona-Aufschlag“ von monatlich 100 Euro, der die zusätzlichen Ausgaben ausgleicht, ist eine grundsätzliche, strukturelle Erhöhung der Regelsätze notwendig.

Die Diskussion wird uns in den nächsten Jahren weiter begleiten. Kirche und Diakonie nehmen daher weiter ihre Verantwortung wahr, denjenigen eine Stimme zu geben, die am Rand stehen, und dafür zu sorgen, dass nicht in Vergessenheit gerät, dass nach wie vor in unserer Gesellschaft Menschen leben, die am Ende des Monats nur noch von Reis oder Nudeln leben, da es für frisches Obst und Gemüse oder ein Stück Fleisch auf dem Teller nicht mehr reicht. ■

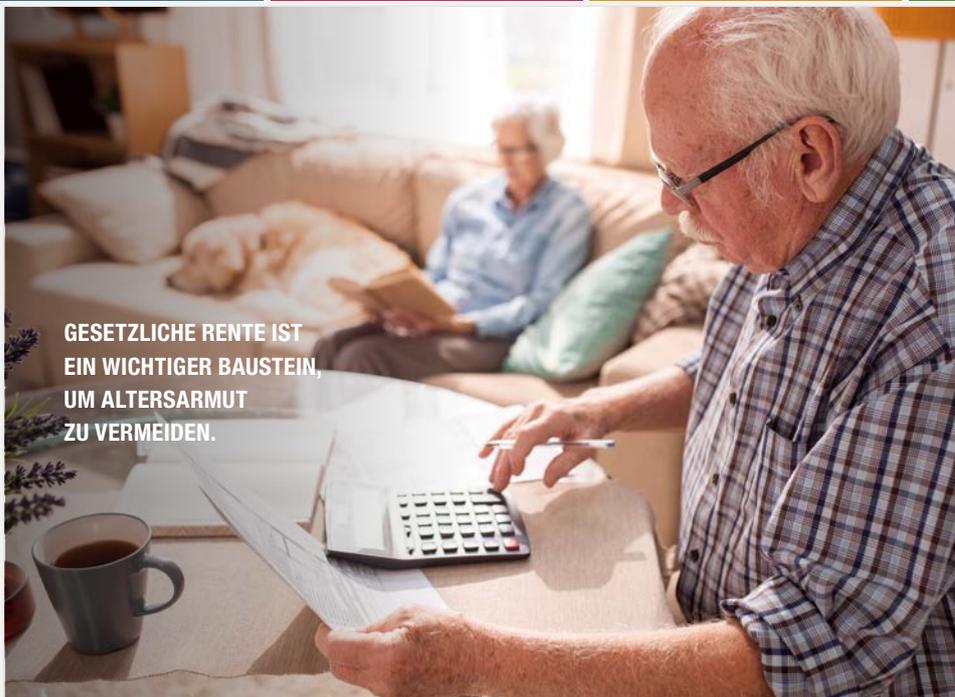
### Regelbedarfsstufen 2020 und 2021 in Euro je Monat

Regelbedarfsstufe (RBS)	2020	ab 1. Januar 2021	Veränderung in Euro
RBS 1: Volljährige, die nicht in einer Partnerschaft lebend	432	446	+ 14
RBS 2: Volljährige Partner	389	401	+ 12
RBS 3: SGB XII: Volljährige in Einrichtungen SGB II: 18- bis 24-Jährige im Elternhaus	345	357	+ 12
Kinder im Alter von			
RBS 4: 14 bis 17 Jahre	328	373	+ 45
RBS 5: 6 bis 13 Jahre	308	309	+ 1
RBS 6: 0 bis 5 Jahre	250	283	+ 33

Quelle: <https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/hoehere-regelbedarfe-in-der-grundsicherung-und-sozialhilfe.html>

#### Quellen

- 1 IAB Forum Juni 2020: <https://www.iab-forum.de/knapper-wohnraum-weniger-it-ausstattung-haeufiger-alleinstehend-warum-die-corona-krise-menschen-in-der-grundsicherung-hart-trifft>
- 2 Ebd.
- 3 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html>
- 4 vgl. Diakonie Pressemitteilung vom 19. August 2020, „Neue Hartz-IV-Regelsätze schreibt Armut fort“
- 5 <https://www.der-paritaetische.de/presse/armut-abschaffen-paritaetischer-berechnet-armutsmessung-hartz-iv-regelsatz/>



GESETZLICHE RENTE IST EIN WICHTIGER BAUSTEIN, UM ALTERSARMUT ZU VERMEIDEN.

## ARBEIT & SOZIALES

# „Verlässlicher Generationenvertrag“ – Kommentar zum Bericht der Rentenkommission

Der Bericht der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ wurde am 27. März 2020 der Öffentlichkeit

vorgelegt. Er fand jedoch kaum Beachtung. Und das, obwohl die Empfehlungen die Richtung für eine zukünftige Alterssicherung vorgeben sollen.



von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales  
➔ [h.miehe@zgv.info](mailto:h.miehe@zgv.info)

**D**ie gesetzliche Rente für alle Generationen langfristig gerecht und zuverlässig auszugestalten, ist das Vorhaben der Großen Koalition. Sie setzte dazu 2018 eine Kommission mit dem Ziel ein, Vorschläge für die nachhaltige Sicherung und die Fortentwicklung der Alterssicherungssysteme ab dem Jahr 2025 zu erarbeiten. Ein grundsätzlich begrüßenswertes Vorhaben, da Weichen für eine Alterssicherung langfristig gestellt werden und Entscheidungen frühzeitig

getroffen werden müssen. Falls dies nicht geschieht, ist damit zu rechnen, dass immer mehr Menschen in Armut abgedrängt werden.

Ab dem Jahr 2025 werden große Teile der sogenannten Babyboomer-Generation in Rente gehen, die Lebenserwartung der Bevölkerung steigt und weniger junge Erwerbstätige zahlen in die Rentenkasse ein. Das stellt das Rentensystem vor große Herausforderungen. Dennoch soll die gesetzliche Rente weiterhin als Kern

der Alterssicherung in Deutschland erhalten bleiben. Betriebliche und private Vorsorge sollen diese ergänzen und am Umlageverfahren wird festgehalten.

## Doppelte Haltelinien. Nur ein Schritt in die richtige Richtung

Die Kommission schlägt für die Zeit nach 2025 eine „doppelte Haltelinie“ vor. Gemeint sind damit die Höhe des Rentenbeitrages und des Rentenniveaus. Deren Höhe soll dann alle sieben Jahre neu festgelegt werden, um Beitragszahler\*innen und Rentner\*innen „vor Überforderung zu schützen“, heißt es im Bericht.

Dazu benennen die Expert\*innen sogenannte Korridore. So soll der Rentenbeitrag (derzeit 18,6 Prozent) nicht über einen Korridor von 20 bis 24 Prozent steigen und das Rentenniveau soll nicht unter eine Grenze von 44 bis 49 Prozent sinken.

Die Festlegung einer doppelten Haltelinie von Beitragssatz und Rentenniveau ist sicher zu begrüßen, denn es begrenzt die Belastungen der Zahler\*innen und für die Empfänger\*innen gilt das Versprechen weiter, an der Wohlstandsentwicklung partizipieren zu können.

## Vermeidung von Altersarmut spielt keine große Rolle

Allerdings wiegt schwer, dass der Bericht keine konkreten Vorschläge zur langfristigen Bekämpfung von Altersarmut aufweist. Personengruppen, die besonders häufig von Altersarmut betroffen sind, wie z. B. Erwerbslose, Niedriglohneempfänger\*innen, Soloselbstständige, spielen eine untergeordnete Rolle. Vorschläge, wie z. B. die Rentenformel so modifiziert werden kann, dass „Fehlzeiten“ zukünftig bei Menschen, die keine durchlaufende Vollzeitberufsbioografie vorweisen können, eine andere Gewichtung erfahren, kommen überhaupt nicht in den Blick.

## Frauen finden nur am Rande Erwähnung

Auch die Situation von Frauen wird insgesamt in dem Bericht nur am Rand thematisiert. Zwar empfiehlt die Kommission die Einführung eines „Gender-Checks“, der vorsieht, dass bei allen Gesetz-

gebungsverfahren eine geschlechterdifferenzierende Folgenabschätzung gemacht wird, aber zentrale weitere Punkte zur Bekämpfung von Frauenarmut fehlen. Die Annahmen für die Empfehlungen basieren weiterhin auf dem sogenannten Eckrentner, sprich dem „männlichen“ Lebenslauf.

Bereits 2019 diagnostizierte die Studie der OECD, dass Deutschland mit 46 Prozent innerhalb der OECD Staaten eine der größten Geschlechter-Rentenlücke (Gender Pension Gap) aufweist. Da das geschlechtsspezifische Lohngefälle über dem OECD-Durchschnitt liegt und viele Frauen in Deutschland in Teilzeit arbeiten, dürften zukünftige Rentenansprüche von Frauen im Vergleich zu Männern weiter niedrig bleiben, wenn keine systemrelevanten Änderungen vorgenommen werden.<sup>1</sup>

### Weitere Finanzierungsquellen für die Einnahmenseite werden nicht diskutiert

Gänzlich unerwähnt bleiben ebenfalls Vorschläge zur Erhöhung der Beiträge aus anderen Einnahmequellen, wie z. B. die Einbeziehung von Beamt\*innen und Selbstständigen. Auch Vorschläge, höhere Einkommen stärker mit Rentenbeiträgen zu belegen (z. B. durch Erhöhung oder Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze ohne Erhöhung der entsprechen-

den Rentenansprüche) sucht man in dem Bericht vergeblich.

### Die Frage des Renteneintrittsalters wird vertagt

Ein sehr umstrittener Punkt in der Kommission ist die Frage, ob das gesetzliche Renteneintrittsalter weiter steigen soll. Im Ergebnis wird diese Frage vertagt. Im Jahr 2026 soll dazu ein neu zu gründender Alterssicherungsbeirat eine Einschätzung abgeben, „ob und in welcher Weise die Anhebung der Altersgrenzen erforderlich und vertretbar“ ist.

Dass die gesetzliche Rentenversicherung auf längere Sicht an ihre Leistungsgrenze stoßen wird, ist weitgehend unstrittig. Mit einer stetigen Erhöhung des Renteneintrittsalters wird dieses Problem jedoch nicht zu lösen sein. Denn schon heute kommen viele Beschäftigte aufgrund der Arbeitsverdichtung und der vielfältigen Anforderungen an ihre Belastungsgrenzen. Eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters wird dazu führen, dass zukünftig vermehrt Beschäftigte die Regelaltersgrenze nicht erreichen werden, was weitere Renteneinbußen nach sich ziehen würde. Meines Erachtens müsste eine Rentenreform viel stärker die Einnahmenseite durch eine solidarische Umverteilung nicht nur zwischen den Generationen, sondern vor allem auch innerhalb einer Generation in den Blick

nehmen, indem Besserverdienende stärker an der Finanzierung beteiligt werden, z. B. durch Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung oder der Einbeziehung weiterer Beschäftigtengruppen.

### Vorschläge der Rentenkommission sind unzureichend

Aufs Ganze gesehen sind die Empfehlungen der Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ enttäuschend. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass konkrete Vorschläge für die Bekämpfung von Altersarmut fehlen. Wichtige Fragen, wie eine auskömmliche Rente für die Versicherten langfristig über das Jahr 2025 hinaus gesichert werden kann, werden verschoben und das Thema Altersarmut wird kaum behandelt. Angesichts der großen Herausforderungen bei der Alterssicherung wäre es an der Zeit gewesen, über grundlegende Veränderungen im System nachzudenken, die auch den Veränderungen der sich rasch wandelnden Arbeitswelt Rechnung tragen.

Es ist kein Wunder, dass das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen, in dem das ZGV Mitglied ist, in seiner Stellungnahme zu dem Ergebnis kommt, dass der Bericht der Rentenkommission keinen konstruktiven Beitrag zu drängenden Problemen der Alterssicherung leistet. ■



VIELE FRAUEN ARBEITEN IN TEILZEIT. IHRE DADURCH ERWORBENEN RENTENANSPRÜCHE SICHERN IHR LEBEN IM ALTER NICHT.

#### LITERATURHINWEIS

Bundesministerium für Arbeit und Soziales:  
Bericht der Kommission Verlässlicher  
Generationenvertrag (2020)

#### Quellen

1 Siehe OECD-Studie „Renten auf einen Blick.“  
<http://www.oecd.org/berlin/presse/alterssicherung-fuer-selbststaendige-in-deutschland-lueckenhaft-27112019.htm>

# Verkehrswende in Coronazeiten

Einfach in die S-Bahn oder den Zug setzen und zur Arbeit fahren oder zu Freundinnen und Freunden reisen – seit dem 22. März, mit Beginn des ersten Corona-Lockdowns, ist die Unbefangenheit dieser Art der Mobilität verfliegen. Es herrscht eine Maskenpflicht

in Bus und Bahn und viele Menschen stiegen aus Angst vor Ansteckung wieder auf den eigenen Pkw um. Wird die Verkehrswende dadurch ausgebremst?



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt  
 ✉ [h.meisinger@zgv.info](mailto:h.meisinger@zgv.info)

Der ÖPNV, dem eine Schlüsselrolle für das Gelingen der Verkehrs- und Klimawende zukommt, verzeichnet einen Fahrgastrückgang um bis zu 80 Prozent.<sup>1</sup> Dennoch hoffen die Verantwortlichen, dass nach einem Aufheben der Corona-Beschränkungen eine schnelle Erholung oder sogar Erhöhung der Nutzer\*innenzahlen stattfinden wird.<sup>2</sup> Mit neuen Preisangeboten reagiert z. B. der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) auf diese Situation. Er bietet Prepaid-Angebote an, bei denen ein Guthaben auf die App im Handy geladen wird, das es erlaubt, jede Fahrt 20 Prozent günstiger zu erhalten. Damit soll die Fahrt aus dem Homeoffice an den regulären Arbeitsplatz schmackhaft gemacht werden, damit keine neuen Mobilitätsroutinen entstehen, die allein auf das Auto setzen. Eine wegweisende Entscheidung, die flankiert wird von einem erweiterten Angebot an Zug- und S-Bahn-Verbindungen, die der RMV seit dem Winterfahrplan bereitstellt. So können weniger Menschen in mehr Zügen fahren – ein zu honorierendes Angebot des Verkehrsverbundes.



## Ein Blick in den Verkehrssektor allgemein

Bleibt also die gewünschte Verkehrswende in Zeiten von Corona auf der Strecke, obwohl der ÖPNV mit seinen Angeboten „eigentlich“ an Attraktivität gewinnt? So einfach lässt sich diese Frage nicht beantworten. Denn in der Verkehrspolitik ist manches versäumt worden. Die Verkehrswende hätte früher einsetzen müssen, Maßnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes hätten schon früher im Verkehrssektor auf den Weg gebracht werden müssen. Aber leider sind die Werte im Vergleich von 1990 mit 2020 sogar absolut um 2 Prozent an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten gestiegen.<sup>3</sup>



## E-Mobilität – ein zweischneidiges Schwert

Immerhin wird jetzt verstärkt auf E-Mobilität gesetzt, bei Pkws, Bussen und Fahrrädern. Bei der Bahn ja, nebenbei bemerkt, schon immer.

Viele neue E-Fahrzeuge kommen derzeit auf den Markt. Zum Glück nicht nur überproportionierte und energiefressende E-Geländewagen sogenannter „Premiumhersteller“, sondern immer mehr auch Klein- und Mittelklassewagen, die für eine breitere Bevölkerungsschicht erschwinglich werden, auch dank der Investitions-hilfe der Bundesregierung. Allerdings ist auch bei dieser Entwicklung nicht alles Gold, was glänzt. Der Abbau von seltenen Erden und anderen Materialien für die Herstellung von Akkus geschieht vielfach unter sozialen Bedingungen, die menschenunwürdig genannt werden müssen. Unsere „Erfolge“ kommen auf Kosten von Menschen in Ländern des globalen Südens zustande – eine Verlagerung, die uns nicht unbeeindruckt sein lassen kann. Technologische Entwicklung wird hier hoffentlich bald Abhilfe schaffen, damit die Verkehrswende überall auf der Welt positive Spuren hinterlässt.





## Mobilitätsverhalten am Beispiel des Fahrradfahrens

Blicken wir auf E-Fahrräder, aber auch auf die Nutzung von herkömmlichen Fahrrädern ohne Motorunterstützung, so wurde in diesem Jahr eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Nahezu ausverkaufte Fahrradläden wurden von Kaufinteressent\*innen vorgefunden, die sich „zu spät“ auf den Weg machten, ihr Mobilitätsverhalten konkret zu verändern und per Velo unterwegs sein zu wollen – sei es auf dem Weg zur Arbeit oder zur Bewegung im Freizeitbereich. Pop-up-Fahrradwege dienen dem Ausprobieren einer anderen Raumregulierung des öffentlichen Verkehrs vor allem in Städten, mit weniger Raum für den Pkw-Verkehr und mehr für die Rad fahrende Bevölkerung. Aus diesen Erfahrungen können verbesserte und ausgebauten Fahrradwege entstehen – das Beispiel Kopenhagen, das schon seit vielen Jahren auf innerstädtischen Fahrradverkehr setzt, kann Mut machen.



## Ein Blick zum Fliegen

Blicken wir zuletzt auf ein Verkehrsmittel, das unter der Corona-Pandemie ebenfalls sehr gelitten hat, das Flugzeug. Hier brach das Geschäft coronabedingt teilweise um bis zu 95 Prozent ein. Das hatte vielfältige Gründe, angefangen bei Reiseverboten in beliebte Urlaubsländer bis hin zu einer Verlagerung von Geschäftsreisen als Internetkonferenzen. Die Flugverkehrsbranche wird nach eigener Aussage noch Jahre unter dieser Entwicklung leiden. Und so werden Flugzeuge ausgeflottet, ja, wie am Beispiel des Airbus A380 geschehen, sogar ganz aus dem Verkauf genommen und Routen nicht mehr bedient – mit positiven Auswirkungen auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Branche insgesamt. Allerdings werden auch Neuananschaffungen emissionsärmerer Flugzeuge hinausgezögert – ein Rebound-Effekt gewissermaßen.

Leider wurde das Rettungspaket für die Lufthansa in Deutschland, anders als z. B. in Frankreich, nicht an die Erfüllung von Klimazielen geknüpft. „Konkurrent“ Air France-KLM muss auf Inlandflügen generierte CO<sub>2</sub>-Emissionen zu 100 Prozent kompensieren.<sup>4</sup> Im Sinne einer Stärkung einer ökologischen Verkehrswende ist Frankreich in diesem Sektor konsequenter als Deutschland.



## Ein Blick in die Zukunft

Auch nach der Corona-Pandemie kann es kein „Weiter so wie bisher“ geben. Es müssen die alten, ausgetrampelten Pfade verlassen werden, die unsere Welt an den Rand des Ruins führen. Zu den neuen Pfaden gehört z. B., dass klimaschädliche Subventionen gestrichen werden, seien diese direkter oder indirekter Natur: Das Dienstwagenprivileg ist einzustellen, Diesel ist wie Benzin auch zu versteuern, eine Kerosinsteuer ist einzuführen. Eine CO<sub>2</sub>-Abgabe in Höhe von 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> ist mindestens als Zielmarke erforderlich. Das ist der Wert, den das Umweltbundesamt als Umweltschadenssumme pro Tonne CO<sub>2</sub> errechnet hat. Er entspricht in etwa einer Benzinpreiserhöhung in Höhe von 45 Cent pro Liter.

Kleine und große Schritte können gleichermaßen gegangen werden: von jeder und jedem von uns durch eine klimabewusstere Wahl des Fortbewegungsmittels im Alltag und im Beruf, und von der Gesellschaft als Ganzes durch ein geradezu Einfordern von strukturellen Rahmenbedingungen, die letztlich eine Klimaneutralität Deutschlands noch vor 2050 ermöglichen. ■



### Quellen

- <https://www.zfk.de/mobilitaet/oePNV/oePNV-ausbau-trotz-corona-muessen-das-jetzt-noch-viel-schneller-tun>
- [https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart\\_zentrales\\_uebersicht/Mehrheit-der-Deutschen-meint-OePNV-nach-Corona-wieder-auf-Wachstumskurs-5633680](https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/Mehrheit-der-Deutschen-meint-OePNV-nach-Corona-wieder-auf-Wachstumskurs-5633680)
- <https://www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/klimaschutzbericht-co2-emissionen-im-verkehr-gestiegen-2654114.html>
- <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/lufthansa-rettungspaket-101.html>

# „... den Wald vor lauter Bäumen nicht?“ Zum Sinn des Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagements



**Der Begriff „Umweltmanagement“ klingt sperrig und regt im Vergleich zu „Fairen Kaffee kaufen“, „Energiesparen“ oder „Blühwiesen anlegen“ kaum zu inneren Bildern an. Dennoch steckt darin viel Potenzial für eine nachhaltige Entwicklung.**

von: Kathrin Saudhof, Referat Umwelt & Digitale Welt  
 ↪ [k.saudhof@zgv.info](mailto:k.saudhof@zgv.info)



**M**it Blick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind in den letzten Jahren verschiedenste Managementsysteme auf den Weg gebracht worden, die schrittweise dazu beitragen sollen, Umweltverträglichkeit zu verbessern und nachhaltiges Leben zu fördern.

In kirchlichen Zusammenhängen kennt man seit 20 Jahren den *Grünen Hahn*. Dabei handelt es sich um das auf kirchliche Bedürfnisse heruntergebrochene sogenannte „Öko-Audit“ der Europäischen Union, im Fachjargon auch als *EMAS* (Eco-Management and Audit Scheme) bezeichnet. Die EMAS-Verordnung ermöglicht Unternehmen und anderen Organisationen in der Europäischen Union seit 1993 eine freiwillige Zertifizierung ihres Umweltmanagements nach einheitlichen Kriterien durch die zuständige IHK. Aktuell gibt es in Deutschland ca. 1.100 zertifizierte Organisationen.

Beim Grünen Hahn geht es wie bei EMAS vor allem um Transparenz, um Rechtssicherheit sowie um messbare Veränderungen zum Positiven. Ziel ist eine kontinuierliche Verbesserung der Umweltauswirkungen, etwa durch verringerte Energieverbräuche, umweltfreundlichere Mobilität, die Reduktion von Treibhausgasen sowie Ressourceneinsparungen, z. B. bei Papier und Wasser oder umweltverträglicheren Produkten und Dienstleistungen. Durch die kirchenspezifische

Zertifizierung ist der Grüne Hahn deutlich kostengünstiger als die Prüfung nach EMAS. Zudem übernimmt das ZGV momentan die anfallenden Kosten sowohl für die Begleitung als auch für die Prüfung.



1996 wurde die *ISO 14001* als international gültige Norm für Umweltmanagement eingeführt. Die Anforderungen der ISO-Norm sind etwas geringer als bei EMAS. In Deutschland haben rund 8.000 Organisationen ein Umweltmanagementsystem nach *ISO 14001* implementiert.

*Ökoprofit* ist ein Kooperationsprojekt zwischen einzelnen Kommunen und der örtlichen Wirtschaft, das z. B. in Frankfurt, Mainz und Wiesbaden angeboten wird und dort auch kirchlichen Einrichtungen offen steht. Wichtigstes

Ziel des Projekts ist die Betriebskostensenkung bei gleichzeitiger Ressourcenschonung.

## Notwendige Ergänzungen

Nach und nach werden Umweltmanagementsysteme um weitere Nachhaltigkeitsaspekte ergänzt, die die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN aufgreifen und um soziale Aspekte erweitern. Von staatlicher Seite gibt es dazu bisher keine Zertifizierungsnorm. Bei börsennotierten Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten besteht jedoch eine Berichtspflicht.



Hierzu müssen Daten zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmendenbelangen, zur Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption bereitgestellt werden. In Deutschland hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung den *Deutschen Nachhaltigkeitskodex* erarbeitet, mit dessen Hilfe ein solcher Nachhaltigkeitsbericht erstellt werden kann.

Wenig bekannt ist bisher die Zertifizierung *EMASplus*, welche das klassische Umweltmanagement um Corporate Social Responsibility und nachhaltiges Wirtschaften erweitert.

Auch wenn sie kein klassisches Managementsystem beinhaltet, darf hier das Konzept der *Gemeinwohl-Ökonomie* (GWÖ) nicht fehlen. Es wurde 2010 als Vision eines alternativen Wirtschaftssystems entwickelt, das auf gemeinwohlfördernden Werten wie Kooperation und



Die Petrusgemeinde  
in Darmstadt setzt  
beim Umweltschutz  
auf Bienen.

- Sichtbarere Erfolge durch die Bestandsaufnahme und die regelmäßige Überprüfung der Verbräuche im Bereich Energie, Wasser, Papier und des Aufkommens im Bereich Abfall und Mobilität.
- Klare Verantwortlichkeiten für alle Arbeitsabläufe, in denen Umwelt- oder Nachhaltigkeitsaspekte relevant sind.
- Gemeinsame Leitlinien als Orientierung für das tägliche Handeln von Haupt- und Ehrenamtlichen.
- Mehr Glaubwürdigkeit durch ein nach außen sichtbares Umweltmanagementsystem.

Auf staatlicher Ebene haben Unternehmen, die ein Umweltmanagement nach EMAS eingeführt haben, zudem deutliche finanzielle Vorteile. Eine Zertifizierung ist Voraussetzung für die Teilbefreiung energieintensiver Betriebe von der EEG-Umlage. Zudem werden zertifizierte Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe bei der Strom- und Energiesteuer entlastet. Auf kirchlicher Ebene gibt es für zertifizierte Gemeinden bisher finanzielle Zuschüsse zur Umsetzung von Umweltmaßnahmen im nicht-baulichen Bereich.

### Erfahrungen aus der Praxis der EKHN

In der EKHN gibt es inzwischen eine Reihe von positiven Erfahrungen mit dem Grünen Hahn. Maßnahmen wie das Aufstellen von Bienenstöcken in der Petrusgemeinde Darmstadt oder das Anlegen einer Kräuterspirale im ZGV sind in der Öffentlichkeit gut sichtbar. Doch wird in den aktiven Gemeinden auch vieles bewegt, was von außen schwerer erkennbar ist:

- Die regelmäßige Analyse der Energieverbräuche hat in der Ev. Gemeinde Bad Schwalbach ergeben, dass seit der Einführung der sogenannten Winterkirche pro Jahr mehr als 2.000 Euro Energiekosten eingespart werden.
- In einer anderen Gemeinde hat die Überprüfung der Heizzeiten in der Kirche im Rahmen einer Begehung des Umweltteams aufgedeckt, dass

diese unnötigerweise regelmäßig unter der Woche aufgeheizt wurde, obwohl dort schon seit vielen Jahren keine Nutzung mehr stattfindet.

- Gelohnt hat sich die Empfehlung, Zählerstände bei Energie und Wasser monatlich abzulesen z. B. für das Frankfurter Spenerhaus. Dort wurde ein versteckter Wasserrohrbruch frühzeitig erkannt und größerer Schaden abgewendet.
- In der Gemeinde Köppern konnten neue Ehrenamtliche für die Mitarbeit im Umweltteam gewonnen werden, die sich zuvor nicht in der Gemeinde engagierten.
- In Alzey ist der vom Umweltteam jährlich organisierte Kinderumwelttag zu einer Institution geworden, an der sich Vereine und lokale Betriebe gerne beteiligen und der der Kirchengemeinde auch in der nicht-kirchlichen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit verschafft.

### Im Handeln nicht nachlassen

Die begrenzten natürlichen Ressourcen, die zunehmende Verschmutzung der Ökosysteme, die Klimakrise und der rapide Verlust an biologischer Vielfalt fordern engagiertes und konsequentes Handeln von uns ein, wenn wir als Menschheit einen für uns lebenswerten Planeten erhalten wollen, auf dem wir in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit leben können. Ob es dafür ausreicht, Einzelmaßnahmen freiwillig umzusetzen und ansonsten auf strengere gesetzliche Vorgaben zu warten, ist ungewiss. Der Martin Luther zugeschriebene Ausspruch „und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, so würde ich heute ein Apfelbäumchen pflanzen“ macht deutlich, dass wir aufgefordert sind, für Einsichten aktiv zu werden und unseren eigenen Beitrag zu leisten, um hoffnungsvoll eine zukunftsfähige Welt zu gestalten. Wie groß kann unser Beitrag dazu sein? Diese Frage muss jeder für sich beantworten und wird dabei hoffentlich von guten Rahmenbedingungen und Managementansätzen unterstützt. ■

Solidarität statt Konkurrenz und Gewinnmaximierung aufgebaut ist und u. a. Vertrauen, Verantwortung und Gerechtigkeit fördern soll. Basis des Modells ist die „Gemeinwohl-Bilanz“.

### Warum lohnt sich ein Management?

Im Vergleich zur Umsetzung einzelner Umwelt- oder Nachhaltigkeitsprojekte ist die Einführung eines Managementsystems zunächst aufwändiger. Warum sich der Zusatz-Aufwand – auch für Kirche – lohnt? Hier einige wesentliche Aspekte:

#### WEITERFÜHRENDE LINKS

[www.emas.de](http://www.emas.de)

[www.emasplus.org](http://www.emasplus.org)

[www.gruenerhahn-ekhn.de](http://www.gruenerhahn-ekhn.de)

[www.oekoprofit.de](http://www.oekoprofit.de)

[www.ecogood.org/de](http://www.ecogood.org/de)

[www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de](http://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de)

# Energiemission: Ein frischer Blick auf unseren Umgang mit Energie

**Die Energiewende schreitet nur zögerlich voran. Ein Blick auf den Status quo zu Energie, Treibhausgas-Emissionen und Klimazielen zeigt dringend nötigen Handlungsbedarf auf. Politik, Unternehmen, Organisationen und Individuen müssen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Auch Kirche kann dabei eine wichtige Zukunftsgestalterin sein.**



von: Cassandra Silk, Referat Umwelt & Digitale Welt  
➔ [c.silk@zgv.info](mailto:c.silk@zgv.info)

**W**ärme, Warmwasser, Strom, Licht – unsere gesamte Gesellschaft ist auf Energie angewiesen. Wie oft denken wir darüber nach, wie wertvoll diese Ressource ist, die wir jeden Tag ganz selbstverständlich einsetzen? Möglicherweise haben wir alle bereits mal kurzfristige Stromausfälle erlebt. Die Folge: Kerzenschein, kalt duschen, das eigene Zuhause nicht wärmen und nicht arbeiten können. Man stellt fest, wie wichtig Energie in unserem Leben ist.

Gerade deshalb sind wir in Zeiten des stetig steigenden Ressourcenverbrauchs, der weiter steigenden Emissionen von Treibhausgasen und Schadstoffen und des menschengemachten Klimawandels dazu angehalten, eine neue Haltung zum Thema Energie zu entwickeln. Wir haben die Chance, unsere Zukunft proaktiv zu gestalten und durch die Wahl unserer Energiequellen, die Reduktion von Energieverbräuchen, Effizienzsteigerungen und Energiesuffizienz effektiv und gezielt zu einer Gesellschaft beizutragen, die ökonomische, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

## Welche Energie kommt aus unseren Steckdosen?

Die Energie, die wir aus unseren Steckdosen beziehen, spiegelt den deutschen

Strommix wider. Laut Fraunhofer Institut fiel in Deutschland im Jahr 2019 der größte Anteil der Nettostromerzeugung mit 24,4 Prozent auf Windenergie, 19,7 Prozent auf Braunkohle, 13,7 Prozent auf Kernenergie, 10,2 Prozent auf Gas, 9,4 Prozent auf Biomasse und 9,2 Prozent auf Solarenergie. Mit absteigenden Anteilen folgen Steinkohle, Wasserkraft und Öl. Insgesamt wurden 53,9 Prozent aus konventionellen Energieträgern und 46,1 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt.

Im ersten Halbjahr 2020 zeigte die Corona-Pandemie deutliche Auswirkungen auf die Stromerzeugung. Bedingt durch die geringere Industrieproduktion sanken sowohl Stromlast als auch -produktion. Die erneuerbaren Energien erreichten mit 55,8 Prozent einen neuen Rekord in der Stromerzeugung. Mit 30,6 Prozent bildete Windenergie die größte Energiequelle.<sup>2</sup>

## Energie und Treibhausgas-Emissionen in Deutschland

Ein Blick auf den deutschen Primärenergieverbrauch macht den drastischen Handlungsbedarf deutlich. Inklusive Strom, Wärme und Mobilität etc. besteht dieser immer noch zu 78 Prozent aus fossilen Energieträgern, 6 Prozent Kern-

energie und nur 15 Prozent erneuerbaren Energien.<sup>3</sup> Deutschland ist noch weit entfernt von einer klimagerechten Zukunft im Einklang mit Nachhaltigkeitszielen.

Energiegewinnung und -verbrauch sowie die damit verbundenen Treibhausgas-Emissionen zählen zu den Hauptursachen des anthropogen bedingten Klimawandels. Die größten Treibhausgas-Emittenten in Deutschland sind der Energiesektor (30 Prozent), der Transportsektor (25 Prozent), der Industriesektor (22 Prozent) und der Gebäudesektor (19 Prozent).<sup>4</sup> Die Erzeugung konventioneller Energie verursacht immense Treibhausgas-Emissionen, befördert gesundheitsgefährdende Schadstoffe in die Atmosphäre und ist seit jeher Grund für internationale Konflikte und soziale Ungerechtigkeit.

## Zukunft gestalten im kirchlichen Kontext

Kirchliches Handeln steht im Kontext vieler Verantwortungsebenen. Die Landeskirche beeinflusst durch ihre Entscheidungen die Menschen in der Landeskirche und darüber hinaus. Im Hinblick auf einen gesellschaftlichen Werte- und Kulturwandel hin zu Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit haben Kirchen eine besondere Verantwortung.





### WIE GRÜN IST UNSER STROM?

#### NATIONALE UND INTERNATIONALE KLIMAZIELE

Das deutsche Klimaschutzgesetz 2019 legt fest, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden sollen, angelehnt an die UN-Klimarahmenkonvention und die EU.<sup>6</sup> Das Pariser UN-Übereinkommen von 2015 sieht vor, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C zu begrenzen. Aktuell liegen wir bereits bei 1,2 °C Erwärmung im globalen Durchschnitt. Während des Klimagipfels von 2019 hat sich Deutschland dazu bekannt, langfristig Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen.<sup>2</sup>

Das Klimapaket der Bundesregierung reicht jedoch nicht aus, um diesen Zielen gerecht zu werden. Insbesondere der späte Kohleausstieg bis 2038 wird diese Bestrebungen stark hemmen, wohingegen die Mehrheit der EU-Länder weitaus ambitioniertere Ziele verfolgt.<sup>7</sup>

Laut Ratsvorsitzendem der EKD, Dr. Bedford-Strohm, will die Evangelische Kirche in Deutschland „in dem Umsetzungsprozess der Agenda 2030 Mahner, Mittler und Motor sein“, dazu will sie selbst in ihrer „kirchlichen Praxis noch nachhaltiger und glaubwürdiger werden“<sup>5</sup>. Auch die EKHN stellt sich mit dem Zukunftsprozess ekhn2030 diesen Herausforderungen. U. a. werden drei Querschnittsthemen bearbeitet, darunter auch „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“. Wenn es gelingt, die Auswirkungen zukunftsweisender Entscheidungen nicht nur auf Wirtschaftlichkeit, sondern ebenso auf Ökologie und soziale Gerechtigkeit hin zu prüfen und daran zu orientieren, so wird sie selbst zur Gestalterin eines gesellschaftlichen Wandels. Im Kontext Energie wurde in der EKHN bereits durch das Energiebeschaffungsgesetz ein wichtiger Grundstein für ein klimagerechtes Handeln gelegt.

#### Die Energiemission – Energie sparen, Schöpfung bewahren

Ohne Zweifel bilden Kirchengemeinden eine wichtige Schnittstelle und Umsetzungsebene von aktivem Klimaschutz. Dort, wo Menschen zusammenkommen, um Gottesdienste zu feiern, sich in Grup-

pen zusammensetzen und das gemeindliche Leben gemeinsam gestalten, können Menschen direkt an einem positiven Wandel mitwirken und diesen gestalten.

Um das Thema Energie in Kirchengemeinden effektiv anzupacken, wurde das Projekt Energiemission begonnen. Angelehnt an ein Energiemanagementkonzept der badischen Landeskirche geht es um ein niedrigschwelliges Angebot, welches Kirchengemeinden gezielt unterstützt, ihre verhaltensbedingten Energieverbräuche genau unter die Lupe zu nehmen. Ziel ist, unnötige Verbräuche zu vermeiden und durch positive Verhaltensveränderungen sowie geringinvestive Maßnahmen Energie effektiv einzusparen.

Auftakt bildet ein Klimaschutztag mit Gebäudebegehungen, professioneller Energieberatung und fachlicher Begleitung. Im gemeinsamen Austausch wird eine Maßnahmen- und Prioritätenliste erstellt, woraus ein zweijähriges Energieprogramm zur Umsetzung vor Ort resultiert. Das regelmäßige Beobachten der Zählerstände unterstützt dabei. Zur Unterstützung der Kirchengemeinde wird ein 50-prozentiger Förderzuschuss von bis zu 2.000 Euro in zwei Jahren geboten. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass im Schnitt 10 Prozent der Energiekosten eingespart werden können. ■



#### INFORMATIONEN ZUR ENERGIEMISSION

Cassandra Silk  
ZGV, Referat Umwelt & Digitale Welt  
E-Mail: [c.silk@zgv.info](mailto:c.silk@zgv.info)  
oder telefonisch unter:  
06131 28744-36

#### Quellen

- 1 Öffentliche Nettostromerzeugung in Deutschland in 2019, Fraunhofer Energy-Charts: [https://energy-charts.info/charts/energy\\_pie/chart.html?l=de&c=DE&year=2019](https://energy-charts.info/charts/energy_pie/chart.html?l=de&c=DE&year=2019)
- 2 Nettostromerzeugung im 1. Halbjahr 2020, Fraunhofer Energy Charts, 2020: [https://energy-charts.info/post.html?l=de&c=DE&q=nettostromerzeugung\\_im\\_1\\_halfjahr\\_2020\\_rekordanteil\\_erneuerbarer\\_energien\\_von\\_558\\_prozent\\_af67d649-8b60](https://energy-charts.info/post.html?l=de&c=DE&q=nettostromerzeugung_im_1_halfjahr_2020_rekordanteil_erneuerbarer_energien_von_558_prozent_af67d649-8b60)
- 3 Primärenergieverbrauch, Umweltbundesamt, 2020: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primarenergieverbrauch#primarenergieverbrauch-nach-energetragern>
- 4 Climate Transparency Report 2020, country profile Germany: <https://www.climate-transparency.org/wp-content/uploads/2020/11/Germany-CT-2020-WEB.pdf>
- 5 „Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben“ – Die Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen, EKD-Texte 130, Evangelische Kirche in Deutschland, 2018.
- 6 Treibhausgasminderungsziele Deutschlands, Umweltbundesamt, 2020: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgasminderungsziele-deutschlands>
- 7 Climate Transparency Report 2020, country profile Germany: <https://www.climate-transparency.org/wp-content/uploads/2020/11/Germany-CT-2020-WEB.pdf>

# Mehr nachhaltigen Konsum wagen! Die Corona-Krise zeigt: Nachhaltiger Konsum ist wichtiger denn je

Die Konsumbranche ist durch Corona heftig durcheinandergewirbelt worden. Die Auswirkungen der Pandemie sind unterschiedlich stark ausgeprägt, das Bild ambivalent: Manche Branchen haben massive Verluste zu verzeichnen (z. B. Tourismus, Gastronomie und Bekleidungsindustrie), andere, insbesondere der Onlinehandel profitieren. Vor allem die Branche der schnelllebigen Konsumgüter (Fast Moving Consumer Goods) konnte einen Aufschwung verbuchen. Aber auch das Konsumverhalten hat sich verändert:

**Es gibt mehr Onlinekäufe, die Menschen kaufen seltener, aber umfangreicher in Supermärkten und Discountern ein und insgesamt achten die Leute mehr darauf, wofür sie Geld ausgeben.**



von: Ulrike Schoppet-Fender und Christian Schwindt



**A**ngesichts der disruptiven Wirkungen, die das Corona-Virus auf Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur ausübt, rückt eine Frage immer mehr in den Fokus: Wird es nach der Corona-Krise mit dem Konsum wieder so wie vorher? Schaut man auf die Ursachen der Pandemie, wäre dies jedoch weder sinnvoll noch vernünftig.

## Nachhaltigkeit und die Corona-Krise

Schon früh wurde darauf hingewiesen, dass mangelnde Nachhaltigkeit zur Krise beigetragen und sie verschärft hat.<sup>1</sup> In ökologischer Hinsicht ist hier die große Flächennutzung durch Landwirtschaft, Bergbau, Straßenbau und Waldrodungen zu nennen, die zu einem Verlust biologischer Diversität geführt und natürliche Lebensräume vieler Wildtiere stark dezimiert bzw. zerstört hat. Durch das Fehlen dieser natürlichen Rückzugsgebiete hat sich die Schnittstelle zwischen Menschen und Wildtieren verdichtet. Die Möglichkeit, dass Viren, die ursprünglich nur Wildtiere befielen, auf Menschen überspringen und sogenannte Zoonosen auslösen, hat sich erhöht. Im Fall von Corona wird zwar gegenwärtig unter Leitung der WHO der Ursprung des Virus noch genauer un-

tersucht, doch vieles deutet darauf hin, dass dies ebenfalls eine zoonotische Krankheit ist.

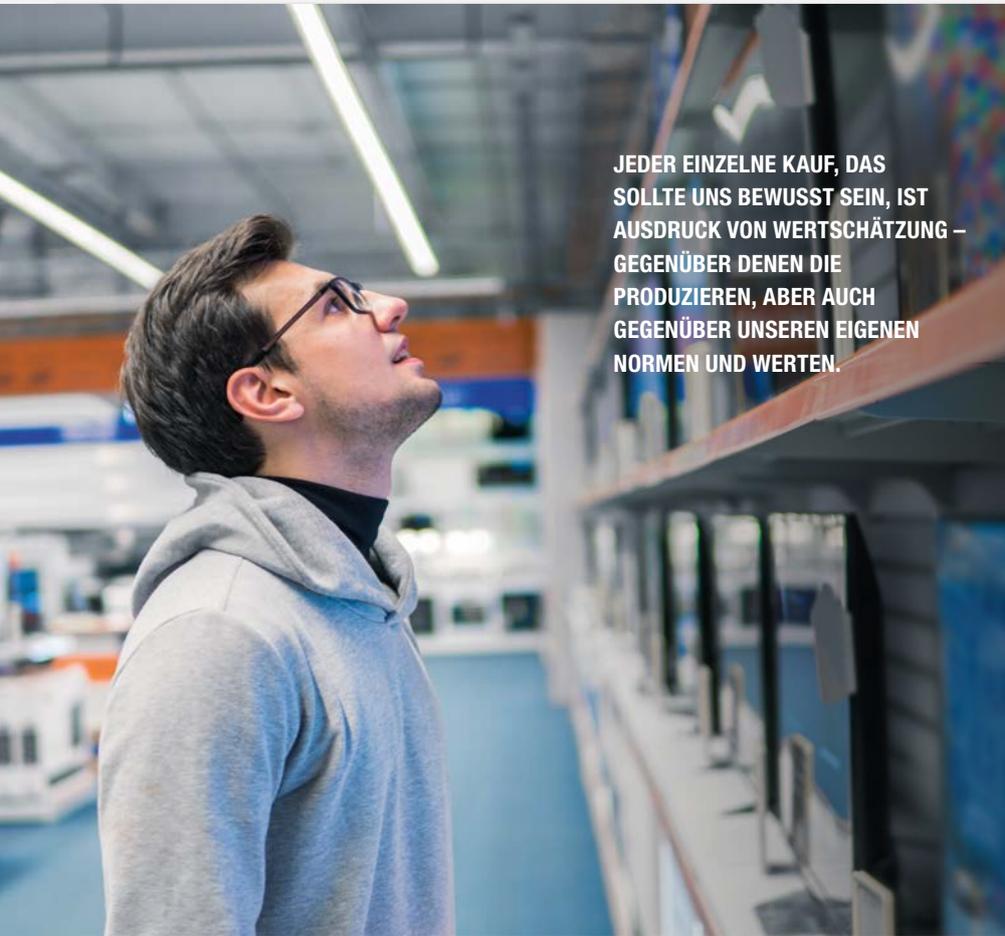
Auch unsere hochgradig globalisierte Wirtschaft mit ihren langen, komplexen Wertschöpfungsketten und den dazugehörigen internationalen Kontakten und Reisen hat zur schnellen Ausbreitung des Corona-Virus beigetragen. Ebenso zeigte sich in der Krise, dass diese Art des Wirtschaftens höchst störanfällig und wenig resilient ist. Die starke Konzentration der Lieferketten auf wenige Niedriglohnländer und die „Just-in-Time“-Produktion ermöglichen zwar, Waren aus aller Welt schnell und günstig bis vor die eigene Haustür geliefert zu bekommen, doch die Pandemie unterbrach zeitweise Lieferketten durch Grenzkontrollen, Exportverbote und Lockdowns, der Ausfall einiger Zulieferer legte ganze Wertschöpfungsketten lahm.

Die Krise hat auch offenbart, dass der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit nach wie vor zu wenig Beachtung beigemessen wird. Viele westliche Gesundheitssysteme sind von ähnlichen Effizienzzwängen betroffen wie andere Teile der Wirtschaft und Gesellschaft auch. Dies hat in der Krise dazu geführt, dass in vielen Ländern zu wenig Intensivbetten und zu wenig Beatmungsgeräte für die

plötzlich ansteigende Zahl der Patienten zur Verfügung standen. Personalmangel, schlechte Entlohnung und eine geringe Wertschätzung von Berufen im Gesundheitssektor haben überdies dazu beigetragen, dass viele Länder nur schlecht auf die Corona-Krise vorbereitet waren.

## Nachhaltiger Konsum – jetzt erst recht!

Mit Blick auf den Konsumbereich kann es kein „Weiter so wie bisher“ geben. Gegenwärtig krisenbedingte Konsumeinschränkungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass grundsätzlich Veränderungen vonnöten sind. Das ist zugegeben ein ausgesprochen komplexer Prozess. In der Transformationsforschung ist schon seit Langem bekannt, dass reine Wissensvermittlung, die über Zusammenhänge und Auswirkungen auf Mensch und Umwelt aufklärt, nicht ausreicht. Es geht vielmehr darum, bisher gewohnte Lebensweisen und -stile und die dahinter liegenden Werte, Normen, gesellschaftlichen Leitbilder und Ziele, an denen wir uns orientieren, zu verändern. Alle müssen dazu beitragen, dass der Weg zu mehr Nachhaltigkeit Erfolg hat – jeder und jede Bürger\*in genauso wie Verantwortliche in Wirtschaft und Politik. So wäre ein



**JEDER EINZELNE KAUF, DAS SOLLTE UNS BEWUSST SEIN, IST AUSDRUCK VON WERTSCHÄTZUNG – GEGENÜBER DENEN DIE PRODUZIEREN, ABER AUCH GEGENÜBER UNSEREN EIGENEN NORMEN UND WERTEN.**

## LINKS

CO<sub>2</sub>-Rechner des Umweltbundesamtes:  
[uba.co2-rechner.de](http://uba.co2-rechner.de)

Nachhaltig Einkaufen – Nachhaltiger Konsum:  
<https://kurzelinks.de/8gsv>

Ökumenisches Projekt:  
[wir-kaufen-anders.de](http://wir-kaufen-anders.de)

## Und die Kirchen ...

Auch die Kirchen haben eine Verantwortung und nehmen sie wahr: Um den nachhaltigen Konsum für kirchliche Einrichtungen und Körperschaften zu erleichtern, engagiert sich z. B. die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) in dem von bislang sechs Landeskirchen bzw. Bistümern getragenen ökumenischen Projekt „Wir-kaufen-anders“. Daraus ist 2018 das kirchliche Einkaufs- und Informationsportal mit gleichem Namen entstanden. Es bietet nicht nur einen Onlineshop mit einem umfangreichen Sortiment nachhaltiger Produkte an, sondern informiert rund um die Fragen des nachhaltigen Einkaufs. Best-Practice-Beispiele laden zum Nachmachen ein. Zusätzlich bietet das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung Seminare, Workshops und Beratungen zum nachhaltigen Konsum an.

## Mehr nachhaltigen Konsum wagen!

Hat die Krisenerfahrung ein tieferes Bedürfnis nach einem bewussteren Konsum befördert? Repräsentative Umfragen der letzten Monate (z. B. von YouGov, Kantar Emnid oder Ernst&Young) deuten in diese Richtung. Das ist ermutigend, denn gelingt es uns nicht, auch unseren Konsum stärker im Sinne der Nachhaltigkeit auszurichten, werden wir wohl vermehrt Virus-Krisen erleben, sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene – nicht zuletzt auch aufgrund der sich zuspitzenden Klimakrise. Wir sollten die aktuelle Situation nutzen, um nicht weiter auf Kosten anderer und der Umwelt zu konsumieren, sondern gemeinsam mehr nachhaltigen Konsum wagen! ■

Quellen

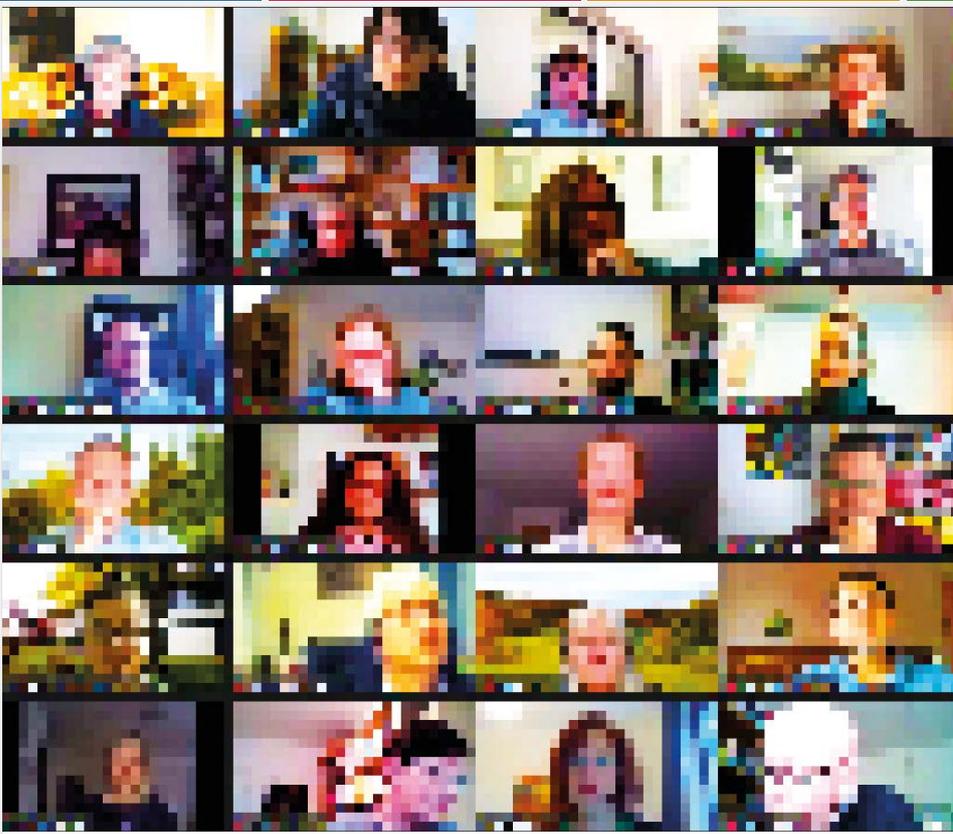
1 S. nähere Informationen: <https://www.ekd.de/coronakrise-okologische-krise-und-nachhaltigkeit-55144.htm>

Lieferkettengesetz, wie es gegenwärtig auf europäischer Ebene diskutiert wird, ein wichtiger politischer Beitrag zu diesem Erfolg. Es sollte selbstverständlich sein, zu wissen, wie Produkte oder Komponenten hergestellt werden. Aber auch die Überarbeitung des 2016 aufgelegten „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum“ duldet keinen Aufschub. Nachhaltiger Konsum muss zum Standard werden, indem er günstiger, attraktiver und einfacher ist als ein Konsum, der Umwelt und Menschen schadet. Transparenz und Freiwilligkeit reichen nicht (mehr), wir brauchen weitere politische Maßnahmen, die verbindliche Standards erweitern und Grenzwerte senken und ökonomische Anreize für grundlegende infrastrukturelle Veränderungen so ausgestalten, dass sozial-ökologisches Wirtschaften belohnt wird. Dabei muss auch klar sein: Nachhaltiger Konsum darf nicht nur etwas für Leute sein, die genug Geld haben! Anders gesagt: Die Kosten notwendiger Maßnahmen müssen möglichst sozial gerecht verteilt werden.

Die Wirtschaft muss sich weit mehr als bisher im Sinne einer „Bio-Ökonomie“ ausrichten. Wirtschaftliches Handeln würde sich dann noch stärker an natürlichen Stoffkreisläufen und weniger an fossilen Rohstoffen orientieren. Das ei-

gene Konsumverhalten und die damit verbundene Einkaufsmacht bei der Nachfrage von nachhaltigen Produkten sind zweifelsohne ebenfalls wichtig. So kann uns beispielsweise die Art der Textilherstellung nicht egal sein. Ein Kleidungsstück sollte zu einem Wohlbefinden führen, da es benötigt wird, passt und gefällt, aber eben auch, weil es nicht mit pestizidverseuchter Baumwolle, ressourcenverringenden (da erdölbasiert) Kunstfasern von Arbeiter\*innen hergestellt wurde, die unter menschenunwürdigen Bedingungen produzieren.

Jeder einzelne Kauf, das sollte uns bewusst sein, ist Ausdruck von Wertschätzung – gegenüber denen, die produzieren, aber auch gegenüber unseren eigenen Normen und Werten. Reiner Konsumverzicht ist nicht das Ziel. Vielmehr geht es darum, sich immer wieder bewusst zu machen, dass wir in erkennbaren Grenzen unserer planetaren Ressourcen leben und es mit in der Hand haben, unsere Gesellschaft nachhaltiger zu gestalten. Hilfreiche Unterstützung der Verbraucher\*innen ist da unerlässlich. Wer will, kann z. B. mit dem „CO<sub>2</sub>-Rechner“ des Umweltbundesamtes ([uba.co2-rechner.de](http://uba.co2-rechner.de)) seinen persönlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bilanzieren – und zentrale Schrauben ausmachen.



## UMWELT & DIGITALE WELT

# Wenn auch nicht ganz freiwillig! Erfahrungen mit dem Digitalisierungsschub in Zeiten des Corona-Virus



**Angesichts der Abstandsregeln und Kontaktbeschränkungen beginnt die Suche nach geeigneten digitalen und hybriden Formaten für Veranstaltungen und Besprechungen.**

von: Michael Grunewald, Referat Umwelt & Digitale Welt  
 → [m.grunewald@zgv.info](mailto:m.grunewald@zgv.info)

**W**ir schreiben den 19. November des Jahres 2020. Gerade habe ich die Zählerstände der Strom-, Wasser- und Gaszähler in das Eingabefeld der Webseite meiner Stadtwerke eingegeben.

Dieses Verfahren, zum Schutz vor einer Infektion mit dem Corona-Virus eingeführt, ist erstmals eine Option. Vorher konnte man zwischen dem „Stromableser“, einer Übersendung der Zählerstände per Post oder per E-Mail

wählen. Der „Stromableser“ ist dieses Jahr keine Option.

Dieses Alltagsbeispiel zeigt, dass die Corona-Pandemie zu einem Digitalisierungsschub führte, der vor einem Jahr noch undenkbar gewesen wäre. Heute gehen plötzlich Dinge, wenn auch nicht ganz freiwillig, die bislang als unmöglich oder schwer umzusetzen galten. Menschen arbeiten zunehmend im Homeoffice und nutzen digitale Werkzeuge für die Zusammenarbeit. Die Kommunikation

über digitale Applikationen (Apps), auch schon vor Corona fest in vielen Haushalten und Arbeitsumgebungen etabliert, erhält ein neues Format: Die Videokonferenz.

## Neue Veranstaltungsformate

Veranstaltungen, analog mit physischer Präsenz geplant, dürfen seit einigen Monaten nicht mehr oder nur beschränkt stattfinden. Stattdessen beginnt die Suche nach digitalen Lösungen, nach Veranstaltungs- und Besprechungsformaten, die die körperliche Anwesenheit im gleichen Raum mit anderen Menschen ersetzen.

Natürlich kann dies nicht eins zu eins gelingen, denn die physische Begegnung von Menschen ist weitaus mehr als das Zusammentreffen von Stimmen und zweidimensionalen Bildern. In den Nachrichten wird „social distancing“ gefordert, wobei es doch gar nicht darum geht, soziale Distanz walten zu lassen. Gerade als soziale Wesen ist der Kontakt mit Mitmenschen lebenswichtig. Isolation hingegen fördert psychische Probleme bis hin zu Depressionen.

Die große Frage lautet also, welche digitalen Formate für welche Art der Begegnung geeignet sind. Ein Telefon ist eine altbekannte Form von inzwischen digital vermittelten Gesprächen. Unbekannte Popularität hat die Videokonferenz erfahren. Hier können sich die Menschen auch sehen, was eine zusätzliche Nähe erzeugt, denn neben der verbalen Sprache kommen die Körpersprache, die Mimik und Gestik hinzu.

Auch in unseren Einrichtungen wurden die unterschiedlichen Formen der digitalen Zusammenkunft ausprobiert. Besprechungen wurden als Videokonferenz, Veranstaltungen als Konferenz oder Webinar durchgeführt und digitale Kaffeepausen boten die Möglichkeit zum Austausch.

Zu Beginn der Pandemie waren nicht überall in der EKHN die Voraussetzungen für gelingende digitale Treffen gegeben. Die technische Grundausstattung auch für ein immer mehr gefordertes mobiles Arbeiten stand noch nicht voll umfänglich zur Verfügung (z. B. Laptops, VPN-Client, Software). Die nötigen Kompetenzen im Umgang mit den verschiedenen Applikationen mussten ebenfalls verstärkt auf-

gebaut werden. In diesem Zusammenhang wurden mit dem Zentrum Bildung, das eine eigene Stelle für digitale Bildung hat, unterschiedlichste Formate erprobt und unzählige Applikationen auf ihre Tauglichkeit für unsere spezifischen Anforderungen getestet und Erfahrungen gesammelt.

Kleine Veranstaltungen mit bis zu 10 Personen wurden ebenso ausprobiert wie große Webinare mit mehr als 200 Teilnehmenden. So sorgte das ZGV als Mitveranstalter des Social Talks des IZGS (Institut für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft der Evangelischen Hochschule Darmstadt) durch das inzwischen gewonnene Know-how und die vorhandene Technik gemeinsam mit dem Zentrum Bildung für einen reibungslosen Ablauf einer hybriden Veranstaltung, d. h., die Referentinnen und Referenten sowie die Moderation waren an einem Ort, die Teilnehmenden wurden über Videokonferenz zugeschaltet.

## Vor- und Nachteile digitaler Veranstaltungen

Der vermehrte Einsatz von digitalen Formaten hat ohne Zweifel den Vorteil, dass größere Teilnehmerkreise erreicht werden können, u. a. entfällt die An- und Abreise, und Übernachtungskosten fallen nicht an.

Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit digitalen Formaten auch Menschen ausgeschlossen werden. Wer technisch nicht ausgestattet ist, wer die nötigen Kompetenzen im Umgang mit den verwendeten Applikationen nicht hat, kann nicht oder nur erschwert teilnehmen.

Ebenfalls ist eine Sehnsucht nach der „Vor-Corona-Situation“ vor allem in Veranstaltungen spürbar, da das physische Beisammensein eine eigene Qualität besitzt. Dennoch wird es keine „Vor-Corona-Situation“ mehr geben.

## Zurück zum Alten ist keine Option

So wichtig und schön analoge Zusammenkünfte sein können, das gemeinsame Feiern von Gottesdiensten, die zufälligen Begegnungen bei Veranstaltungen, das Händeschütteln bei Treffen, so wichtig ist die Erkenntnis, dass auch analoge Treffen nicht nur Vorteile mit sich bringen. Lange Anfahrtswege, der Ausschluss von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nicht an analogen Zusammenkünften teilnehmen können oder wollen, zeugen von den Schattenseiten. Wer schon einmal zwei Stunden zu einer einstündigen Besprechung gefahren ist und im Anschluss zwei Stunden zurück, kennt das zur Genüge.

Digitale oder hybride Treffen und Veranstaltungen sind nicht an einen Ort gebunden und sind in dieser Hinsicht niedrighwelliger. Es ist nicht entscheidend, welche Kleidung man trägt, wie man aussieht, ob man einen Sprachfehler hat oder woher man kommt.

## Weiterentwicklung von digitalen und hybriden Formaten

Im Laufe des Jahres stellten wir fest, dass die Anfragen nach Unterstützung zunehmen, denn die Gestaltung digitaler oder hybrider Veranstaltungen ist von vielen Faktoren abhängig. Im Vordergrund ste-



hen die Fragen nach der geeigneten Technik (Hard- und Software), aber auch nach pädagogischen und didaktischen Konzepten. In analogen Zusammenkünften machen wir uns vor jedem Termin Gedanken über die Ausgestaltung des Raumes, über die einzusetzende Technik, über das Format und über die Einbindung der Teilnehmenden. Soll es einen Vortrag mit Diskussion, eine Predigt, eine Podiumsdiskussion geben? Solche Überlegungen müssen auch für digitale und hybride Formate stattfinden.

Diese bieten eine Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten. Im digitalen Raum ist die Anzahl der zur Verfügung stehenden Räume weitaus größer als vor Ort in einem Gebäude. Ohne großen Aufwand können Teilnehmende in Kleingruppen zusammenkommen und sich austauschen. Hier liegt, das zeigen die Erfahrungen, eine der großen Stärken. Kommunikationsbarrieren werden für die Teilnehmenden minimiert. Es gab unzählige Rückmeldungen, dass der Austausch in kleinen Gruppen eine Bereicherung der Zusammenkünfte darstellte.

In der reinsten Form haben wir das in den beiden digitalen Barcamps erfahren (siehe <https://barcamp-bildung.digital/>), aber auch der von uns mitorganisierte Digitaltag der EKHN zeugte davon.

Mit Blick auf die Weiterarbeit in digitalen und hybriden Formaten ist es wichtig, die gewonnenen Erfahrungen auszutauschen, zu dokumentieren und daraus für die Zukunft zu lernen. Wir bieten deshalb, gemeinsam mit dem Zentrum Bildung, eine monatliche Sprechstunde für diese Art des Austausches an. Sicher ist, dass es eine solche Anlaufstelle, auch über die Corona-Pandemie hinaus, braucht.

Übrigens: Mein Energieversorger hat durchblicken lassen, dass diese Form der Zählerablesung auch über die Corona-Pandemie hinaus beibehalten wird. ■

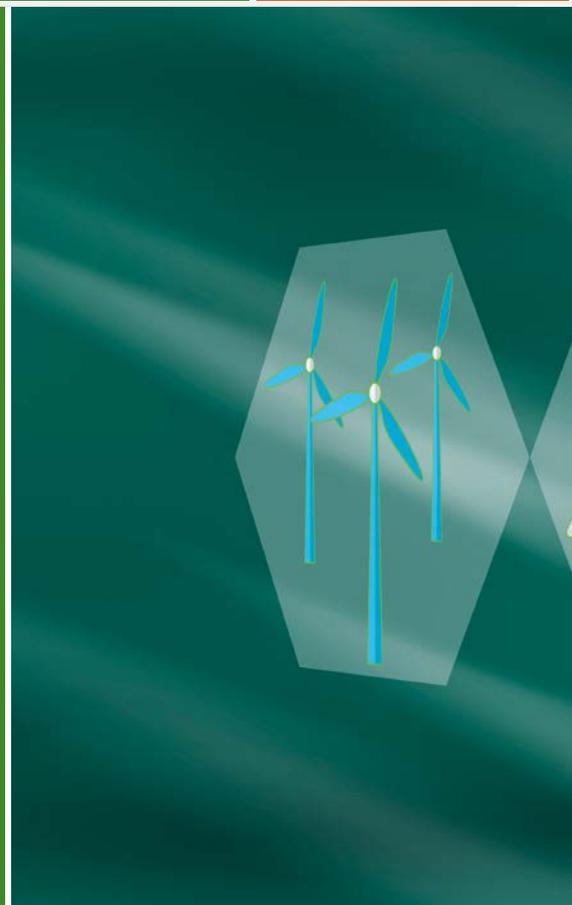


# Digitalisierung und Nachhaltigkeit finden zueinander



**Die digitale und die sozio-ökologische Transformation sollen Hand in Hand gehen. Nur, wie und in welchem Ausmaß?! Darüber ist man sich noch nicht so ganz im Klaren.**

von: Lukas Spahlinger, Referat Umwelt & Digitale Welt  
 ↪ [l.spahlinger@zgv.info](mailto:l.spahlinger@zgv.info)



**D**ie Digitalisierung ist aus unserer Lebenswirklichkeit nicht mehr wegzudenken. Die Covid-19-Pandemie hat diesen gesellschaftlichen Prozess intensiviert. Das zeigt sich an der verstärkten Nutzung des Internets in Form von Internet- oder Videotelefonie und Streaming-Diensten (Statistisches Bundesamt 2020), aber auch am steigenden Medienkonsum über das Internet (ARD/ZDF 2020). Digitale Technologien haben soziale Kontakte aufrechterhalten, Begegnungen und die Wahrnehmung kultureller oder religiöser Angebote ermöglicht.

## Das Positive kommt selten allein

Hinsichtlich der Bewältigung der Klimakrise geben diese Entwicklungen Grund zur Sorge. Allein das Internet ist für 3,7 Prozent der weltweiten Treibhausgase verantwortlich (Plöger 2020). Außerdem fördert eine höhere Nachfrage von Laptops, Smartphones oder Tablets den Abbau seltener Ressourcen, die für die Produktion von Hardware benötigt werden. Dieser steht oft in Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen in Konfliktregionen (Langkau/Hilbig 2019).

## Digitalisierung, ein Klima-Killer? Nicht unbedingt!

Ein Gegeneinander-Ausspielen der beiden Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit ist nicht zielführend, schließlich durchdringt die Digitalisierung jeden Lebensbereich. Sinnbildlich dafür steht das Smartphone als ständiger digitaler Begleiter in unserer Hosentasche. Digitale Technologien sind mächtige Werkzeuge, die unterstützend wirken können. Ein kluger Einsatz digitaler Technologien kann in vielerlei Hinsicht im Sinne der Nachhaltigkeit sein. Videokonferenzen, die den Straßen- und Flugverkehr entlasten, sind ein Beispiel, smarte Systeme, die Energie einsparen, ein anderes. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Haltbarkeit digitaler Technologien sowie das Recycling von Altgeräten zu verbessern. Diesbezüglich bedarf es jedoch Investitionen in diese Bereiche.

## Die Ziele und Strategien konkretisieren sich

Im März 2020 legte die Europäische Kommission mit dem Green Deal einen ersten Plan vor, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll. Im Programm der EU-Ratspräsidentenschaft forderte die Bundesregierung,

dass „der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft auf Basis des Europäischen Grünen Deals erfolgt und die digitale Transformation dabei eine zentrale Rolle spielt.“ (Bundesregierung 2020: 4). Die Digitalisierung nimmt auch eine Schlüsselrolle in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ein. Der Schlüssel ist die Effizienzsteigerung durch digitale Technologien. Ähnlich verhält es sich in den anderen Regionen der Welt. Im September 2020 kündigte beispielsweise Staatspräsident Xi-Jingping vor der UN-Vollversammlung an, China würde bis 2060 klimaneutral. Auch China setzt auf technologischen Fortschritt: Künstliche Intelligenz und Big Data.

## Das Tückische an der Effizienz

Grundsätzlich ist der Gedanke einfach und plausibel: Wird die Energieeffizienz technischer Geräte gesteigert, bedeutet das eine Verringerung des Energieverbrauchs. Die effektiven Einsparungen werden jedoch durch Mehrnutzung oder Neukauf von Geräten kompensiert (Umweltbundesamt 2016). Diesen Zusammenhang nennt man Rebound-Effekt. Er sorgt dafür, dass in etwa fünf bis dreißig Prozent der Energieeinsparungsmaßnahmen zunichtegemacht werden



(Umweltbundesamt 2016). Neben dem Rebound-Effekt verhindern ein Wachsen der Branche der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – dem am stärksten wachsenden digitalen Sektor, der weltweit für etwa fünf bis neun Prozent des Stromverbrauchs verantwortlich ist (Schulz 2020) – und das allgemeine Wirtschaftswachstum, dass sich die Effizienzsteigerungen am Gesamtenergieverbrauch bemerkbar machen (Lange/Pohl/Santarius 2020). Die Frage, wie der Energieverbrauch gesenkt werden kann, lässt sich also nicht allein mit Effizienzsteigerungen beantworten.

### Nachhaltigkeitsstrategien: Effizienz, Konsistenz und Suffi-Was?!

Auf politischer Ebene wird momentan hauptsächlich auf Effizienz und Konsistenz gesetzt. Effizienz betrifft die Einsparungspotenziale, die durch die Weiterentwicklung digitaler Technologien entstehen. Konsistenz meint in diesem Zusammenhang die Vereinbarkeit von Natur und Technik, also die Entwicklung und Vernetzung naturverträglicher Technologien, wie beispielsweise von erneuerbaren Energien. Suffizienz spielt in der politischen Debatte nur eine unwesentliche Rolle. Sie wird meist auf den mensch-

lichen Lebensstil und sein individuelles Verhalten reduziert. Was ist wesentlich? Was brauche ich für ein gutes Leben? Wo bin ich bereit zu verzichten? Dabei wird aber oftmals übersehen, dass diese Fragen nicht allein die Individuen betreffen, denn der individuelle Lebensstil steht in einem Wechselspiel mit den gesellschaftlichen Strukturen. Alles ist vernetzt.

### Kreativität gegen Komplexität

Ganzheitliche Ansätze bergen die Schwierigkeit, der Komplexität der verschiedenen Sachlagen gerecht zu werden und sie in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Nichts anderes bedeutet Nachhaltigkeit: Ein reichhaltiges Leben führen können, das nicht auf der Ausbeutung unserer natürlichen Grundlagen beruht. Dieser Gedanke ist tief verankert im christlichen Glauben, denn es geht um nichts Geringeres als den schon lange erkannten Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Kreativität, Innovation oder Erfindergeist des menschlichen Handelns sind ein wesentlicher Teil dieser Schöpfung. Wir sollten sie nutzen! Der Satz des Apostel Paulus kann dabei womöglich als Leitbild, aber auch als Mahnung dienen: „Alles ist erlaubt, aber nicht alles dient zum Guten“ (1. Korinther 10,23). ■

#### Literaturnachweise

ARD/ZDF (2020): Onlinestudie, [https://www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2020/2020-10-12\\_Onlinestudie2020\\_Publikationscharts.pdf](https://www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2020/2020-10-12_Onlinestudie2020_Publikationscharts.pdf), abgerufen am 23.11.2020.

Bundesregierung (2020): Gemeinsam. Europa wieder stark machen, <https://www.eu2020.de/blob/2368182/31b12ea327ea1ab489932b9bd3d18841/07-15-pdf-rp-programm-neu-2--data.pdf>, abgerufen am: 23.11.2020.

Europäische Kommission (2020): Green Deal: Kommission legt Strategien für das Energiesystem der Zukunft und sauberen Wasserstoff vor, [https://ec.europa.eu/germany/news/20200708-wasserstoffstrategie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200708-wasserstoffstrategie_de), abgerufen am: 23.11.2020.

Lange, Steffen; Pohl, Johanna; Santarius, Tilman (2020): Digitalization and energy consumption. Does ICT reduce energy demand? Ecological Economics Vol. 176, Elsevier, <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2020.106760>, abgerufen am: 23.11.2020.

Langkau, Sabine; Hilbig, Sven (2019): Auf Kosten des Globalen Südens. Ökologische Auswirkungen der digitalen Transformation, in: Höfner, Anja; Frick, Vivian (Hrsg.): Was Bits und Bäume verbindet. Digitalisierung nachhaltig gestalten, S.14–18.

Plöger, Sven (2020): Stromfresser Internet, <https://www.heise.de/tp/features/Stromfresser-Internet-4776573.html>, abgerufen am: 10.12.2020.

Schulz, Florence (2020): Deutsche Ratspräsidentschaft will Digitalisierung im Klimaschutz voranbringen, <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/deutsche-ratspraesidentschaft-will-digitalisierung-im-klimaschutz-voranbringen/>, abgerufen am: 23.11.2020.

Statistisches Bundesamt (2020): Pressemitteilung N3. 302 vom 11. August 2020, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/08/PD20\\_302\\_639.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/08/PD20_302_639.html), abgerufen am: 23.11.2020.

Umweltbundesamt (2016): Rebound-Effekte: Wie können sie effektiv begrenzt werden? [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/rebound-effekte\\_wie\\_koennen\\_sie\\_effektiv\\_begrenzt\\_werden\\_handbuch.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/rebound-effekte_wie_koennen_sie_effektiv_begrenzt_werden_handbuch.pdf), abgerufen am: 23.11.2020.

# „Nutztier und Mitgeschöpf!“ Gesellschaftspolitische Konflikte in der Debatte zum Tierwohl



Eine der großen gesellschaftspolitischen Konfliktlinien in Deutschland betrifft den ethisch vertretbaren Umgang mit Nutztieren. Die unterschiedlichen Positionen stehen sich teilweise diametral gegenüber.

von: Dr. Maren Heincke, Referat Stadt- & Landentwicklung  
➔ [m.heincke@zgv.info](mailto:m.heincke@zgv.info)



SCHWEINE SOLLEN IHREN  
SPIEL- UND ERKUNDUNGSTRIEB  
AUSLEBEN KÖNNEN.

**D**ialoge über Tierwohl sind oft stark polarisiert. Das Spektrum reicht von radikalisierten Tierrechtlern, die ganz grundsätzlich jegliche Nutzung von Tieren für menschliche Zwecke ablehnen. Sie stehen teilweise für das Konzept des „Antispeziesismus“, lehnen die Unterscheidung und Hierarchisierung zwischen verschiedenen Tier-Arten und Menschen ab und sprechen deshalb u. a. von „nicht-menschlichen Tieren“.

Auf der anderen Seiten stehen nach wie vor Vertreter des reinen Anthropozentrismus. Nutztiere werden völlig auf ihre verschiedenen Erfüllungszwecke für den Menschen reduziert. Das Leiden von Tieren wird ignoriert oder bagatellisiert.

Lange waren Diskussionen über die Legitimität der Nutztierhaltung ein Nischenthema. Inzwischen befassen sich viele unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen damit. Es zeichnet sich der Beginn eines tief greifenden Transformationsprozesses der Mensch-Tier-Beziehung ab. Die Reflexion der Mensch-Tier-Bezüge verlangt nach größerer Ehrlichkeit, Erneuerung, Vertiefung sowie Anerkennung der Komplexität diverser Zielkonflikte. Dies setzt u. a. eine hohe Ambiguitätstoleranz voraus.

## Diskussionsanstöße der EKD

Im Herbst 2019 hat die EKD das Impulspapier „Nutztier und Mitgeschöpf“ veröffentlicht. Im Sommer 2020 hat der Deutsche Ethikrat seine Stellungnahme „Tierwohlhaltung – Zum verantwortlichen Umgang mit Nutztieren“ abgegeben. Die Erläuterung verschiedener methodischer und normativer Herangehensweisen sowie Diskursveränderungen innerhalb der verschiedenen nutztierethischen Positionierungen entwickelte sich deshalb 2020 zu einem Arbeitsschwerpunkt.

## Hohe mediale Aufmerksamkeit

Medialer Auftrieb ergab sich dadurch, dass aufgrund der „Corona-Krise“ ein Fokus der breiteren Öffentlichkeit auf das Geschehen in deutschen Schlachthöfen gelenkt wurde. Bezeichnend ist, dass erst nach großen Covid-Ausbrüchen mit starken Quarantäne-Maßnahmen für die ansässige Bevölkerung die oft skandalösen, zuvor bereits jahrelang bekannten ausbeuterischen Arbeitsbedingungen für

Osteuropäer mit Akkordarbeit, Lohndumping und Sub-Subunternehmerstrukturen skandalisiert wurden.

Der hohe Zeitdruck, die fehlende Sachkunde bewirken u. a. massive Tierschutzverstöße. Die Fehlschlachtungsquoten in deutschen Schlachthöfen sind erschreckend hoch. Zehntausende Nutztiere werden jährlich gesetzeswidrig ohne vollständige Betäubung getötet.

## „Schweinstau“ – ein systemisches Warnsignal

Die notwendigen Verringerungen der Schlachtkapazitäten aufgrund der Corona-Arbeitsbestimmungen führten zu einem „Schweinstau“ in den Ställen. Millionen Tiere, die eigentlich schlachtreif waren, konnten nicht fristgerecht geschlachtet werden und entwickelten durch die längere Haltung preisschädigendes Übergewicht. Gleichzeitig standen in der stark arbeitsteiligen Lieferkette die bereits geborenen Ferkel für die nächste Boxenbelegung bereits bereit und „stauten“ sich bei den „Ferkelerzeugern“.

Aufgrund des Ausbruches der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in Ostdeutschland im Herbst 2020 verbot China als größter Importeur deutschen Schweinefleisches die Einfuhren. Die Erzeugerpreise der Landwirte für Schweinefleisch brachen danach dramatisch ein. Die Landwirte mussten die Tiere unter ihren Erstellungskosten abgeben, machten also monatelang ökonomische Verluste.

## Kein Bauern-Bashing oder einseitige Schuldzuweisungen!

Dieses reale Beispiel zeigt exemplarisch gut auf, wie komplex und verflochten die gewachsene Situation in der deutschen Nutztierhaltung ist. Das gesamte Produktionssystem von den agrarpolitischen Rahmensetzungen, Tierzucht, Veterinärwesen, Landwirtschaft, Tiertransporte, Schlachtereien, Lebensmitteleinzelhandel bis hin zum Verbraucher muss systemisch betrachtet werden.

Es geht nicht um ein einseitiges Zuschreiben der Verantwortung an den Landwirtschaftssektor. Jeder der Teilbereiche muss seine jeweilige Eigenverantwortung wahrnehmen.

Das gesamte System ist in sich nicht nachhaltig, sondern beruht auf der Aus-

beutung der Nutztiere, der im Agrarsektor arbeitenden Menschen und der Umwelt. Es herrscht keine Kostenwahrheit. Eine zusätzliche Problematik ist die Globalisierung der Fleischmärkte und die damit verbundenen internationalen Dumpingpreise.

## Naturwissenschaftliche Erkenntnisse – Treiber für mehr „Tierwohl“

Über viele Jahrzehnte hinweg stand beim Tierschutz die Reduktion von Schmerzen im Vordergrund. In den 1980er-Jahren änderte sich das grundsätzlich. Das britische Farm Animal Welfare Council entwickelte das Konzept der „5 Freiheiten“ als Grundlage für die Bewertung von Tiergerechtigkeit: Vom Menschen gehaltenen Tieren sollen frei sein von Hunger, Durst und Fehlernährung, haltungsbedingten Beschwerden, Schmerz, Verletzungen und Krankheiten sowie Angst und Leiden. Außerdem sollen sie die Freiheit zum Ausleben normaler Verhaltensmuster haben. Im Jahr 2002 wurde der Tierschutz als Staatsziel in das deutsche Grundgesetz aufgenommen.



### LITERATUR ZUM THEMA

**EKD-Texte 133:**  
„Nutztier und Mitgeschöpf“, 2019

**Deutscher Ethikrat:**  
„Tierwohlhaltung – Zum verantwortlichen Umgang mit Nutztieren“, 2020

Zunehmend entwickeln sich moderne naturwissenschaftliche Erkenntnisse zum Impulsgeber für den Tierethikdiskurs. Evolutionsbiologie, Genetik, Neurobiologie und Verhaltenskunde haben zu einer grundlegend neuen Sichtweise auf die

kognitiven, emotionalen und sozialen Kompetenzen der Tiere geführt.

Dadurch werden weiter steigende Ansprüche an den Schutz der Tiere begründet. Inzwischen wird gefordert, dass Nutztiere nicht nur nicht leiden sollen, sondern ihnen auch positive Emotionen ermöglicht werden müssen. Dazu gehören z. B. das Ausleben von Spiel- und Erkundungstrieb sowie artspezifischer Sozialkontakte.

In den letzten beiden Jahrzehnten wird das Konzept „Tierwohl“ zusätzlich erweitert um Fragen nach der kognitiven Förderung von Nutztieren. Nutztiere benötigen offenbar geistige Anregungen und für sie bewältigbare Lern-Herausforderungen. Sie sind zufriedener und weniger gestresst, wenn sie positive Lernerfahrungen machen können und damit ein Stück weit eigene Kontrolle über ihre Umgebung haben.

## Kontroverse, emotionalisierte Diskurse

Im Jahr 2020 nahm das ZGV an der wissenschaftlichen Expertenbefragung „Tierwohl“ des Bundesministeriums Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) teil. Außerdem fanden etwa ein Dutzend reale und digitale Veranstaltungen mit ZGV-Beteiligung zum Thema Nutztierhaltung statt. Am Rande der Grünen Woche in Berlin wurde u. a. mit einem BMEL-Staatssekretär und Vertretern des Deutschen Bauernverbandes über die EKD-Studie hochrangig diskutiert.

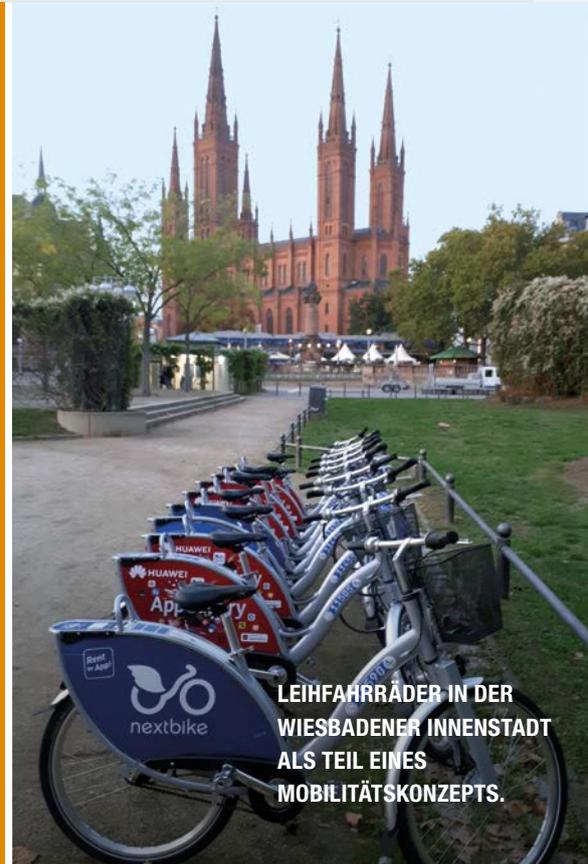
Mit 40 Personen aus Landwirtschaft, Umweltschutz und Kirche wurde ein konventioneller Schweinemastbetrieb im Odenwald besichtigt. Der EKD-Text „Nutztier und Mitgeschöpf“ wurde außerdem dem Landestierschutzbeirat Niedersachsen ausführlich vorgestellt. Im Rahmen eines interreligiösen Dialogs wurde mit einer islamischen Theologin in einer Moschee kritisch über Schlachten und Schächten diskutiert. Unter anderem unterstützt von der „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ und dem Bistum Limburg fand eine sehr kontroverse Debatte mit Vertretern der Tierrechtsbewegung statt. Neben mehreren Zeitungsinterviews gab es ein Interview im Deutschlandfunk Kultur. Zudem erfolgten Fortbildungen für Religionspädagogen und andere Interessierte. ■

# Veränderungen bedürfen eines langen Atems. Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung – was kann Kirche beitragen?



**Städte stehen vor vielfältigen und komplexen Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, ist eine integrierte und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung nötig. Kirche kann dazu beitragen.**

von: Stefan Heinig, Referat Stadt- & Landentwicklung  
✉ s.heinig@zgv.info



**LEIHFAHRRÄDER IN DER WIESBADENER INNENSTADT ALS TEIL EINES MOBILITÄTSKONZEPTS.**

**N**och keine 20 Jahre ist es her, dass der Diskurs um die Zukunft der Städte in Deutschland geprägt war von Fragen der Schrumpfung, Abwanderung in den sogenannten „Speckgürtel“ und soziale Problemlagen auch in den innenstadtnahen Quartieren. Heute prägen dagegen die Herausforderungen eines starken Wachstums, vor allem in den Großstadtreionen, die öffentliche Diskussion: steigende Preise, Wohnungsmangel, Gentrifizierung, Umweltbelastungen, fehlende Kindertagesstätten und Schulen, Verschwinden von Freiräumen.

Überlagert wird diese Entwicklung von vier Megatrends:

- Der globale Klimawandel erfordert enorme Kraftanstrengungen zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Gleichzeitig werden Städte mit den lokalen Folgen des Klimawandels, u. a. Zunahme von Trockenheit, Starkregenereignissen und sommerlichen Hitzetagen, konfrontiert.
- Die Migrationsbewegungen innerhalb von Europa und aus dem globalen Süden beschleunigen das Wachstum der Städte und erfordern immer neue Integrationsleistungen.
- Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung, gerade im Bereich Energie und Klimaschutz, aber auch Risiken der digitalen Ausgrenzung.



- Der Strukturwandel unserer Wirtschaft führt zu neuen Herausforderungen, die von einer neuen Mischung von Arbeit und Wohnen bis hin zum Rückzug des lokalen Einzelhandels reichen.

In vielen Städten wird an konkreten Projekten und Konzepten zur Lösung einzelner Herausforderungen gearbeitet. Es entstehen Mobilitätskonzepte, Klimaschutzprojekte, sozialer Wohnungsbau, neue Stadtquartiere oder die Umgestaltung von Straßen und Plätzen. Aber vieles löst auch Kritik und Widerspruch aus. Das liegt nicht nur daran, dass sich Menschen mit Veränderungen in der vertrauten Umgebung oft schwer tun. Städtische Herausforderungen haben immer auch mit komplexen Problemen und Zielkonflikten zu tun. Diese lassen sich nicht so einfach lösen, wie Politiker\*innen,

Bürger\*innen und Medienvertreter\*innen das oft erwarten. Es bedarf dazu einer klaren Werteorientierung, innovativer Ideen, fairer Beteiligungsprozesse und eines langen Atems.

## Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung

Nachhaltigkeit, im Zuge der Coronapandemie zunehmend auch Resilienz, sind zentrale Orientierungen für Stadtentwicklungsprojekte und -konzepte. In den letzten Jahren ist aber auch die Gemeinwohlorientierung wieder stärker in den Fokus gerückt. Gemeinwohl – das Wohl der Allgemeinheit – ist ein schwer zu greifender Begriff. Er meint nicht das Wohl aller, das im irdischen Leben wohl kaum zu erreichen ist. Er umfasst das Abwägen der Interessen der Gemeinschaft mit den individuellen Rechten des Einzelnen. Das Verständnis von Gemeinwohl ändert sich auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung, sodass immer wieder neue Aushandlungsprozesse erforderlich sind.

Diese Auseinandersetzung zeigt schon, dass sich Gemeinwohl nicht durch einen Bürgerentscheid – wie zum Beispiel kürzlich zur Citybahn in Wiesbaden – erreichen lässt. Gemeinwohl ist nicht einfach, was die Mehrheit wünscht. Vielmehr bedarf es der Bereitschaft, sich

in einen Diskurs um das Wohl der Allgemeinheit einzubringen. Das umfasst die Berücksichtigung möglichst breiter Interessen der Bevölkerung, den Blick auf die Schwächsten in unserer Gemeinschaft und das Ringen um Kompromisse. Ziel einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung ist eine „Stadt, in der Gemeinschaft, Solidarität, Teilhabe, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung einen zentralen Platz haben“.<sup>1</sup>

## Leipzig Charta als Orientierung

Im Dezember 2020 hat die Gemeinwohlorientierung auch ihren Platz in der „Leipzig Charta für eine nachhaltige europäische Stadt“ gefunden, die von zuständigen Minister\*innen der Europäischen Union beschlossen wurde. Die Leipzig Charta ist eine zentrale Orientierung für das Handeln in den Städten Europas. 2007 erstmals beschlossen, benennt sie integriertes und partizipatives Handeln sowie das Bemühen um benachteiligte Stadtquartiere als zentrale Aufgaben. In der Weiterentwicklung 2020 haben sich die Staaten auch dazu bekannt, dass Gemeinwohl in der Stadtentwicklung handlungsleitend sein soll<sup>2</sup>.

## Rolle der Kirche

Und was hat jetzt Kirche damit zu tun? Kirche ist nicht nur als Grundstückseigentümer, sondern auch als Vertreter der Zivilgesellschaft ein Akteur von Stadtentwicklung. Dabei ist sowohl ihr diakonischer als auch ihr missionarischer Auftrag handlungsleitend. Der christliche Glaube birgt die Verantwortung für das Ganze des gesellschaftlichen Lebens in sich. Nächstenliebe macht sich nicht an einem gemeinsamen Glauben fest, sondern an den Menschen im gleichen Quartier, in einer Stadt und Region oder auch in der einen Welt.

Die im Prozess „EKHN 2030“ formulierte Gemeinwesen- und Mitgliederorientierung kirchlicher Arbeit greift dies auf und ist ein wichtiger Ausgangspunkt für gemeinwohlorientiertes Handeln in der Stadtentwicklung. Durch Gespräche mit den Menschen im Quartier und konkrete Projekte mit anderen Akteuren ist Kirche „nah und in vielfältiger Weise bei den Menschen“. Sie kann Nächstenliebe

praktisch umsetzen und bedarfsgerechte Angebote gestalten. Dabei ist Kirche besonders wirksam, wenn sie sich mit anderen Akteuren im Quartier vernetzt und die Kräfte bündelt.

Angebote zur Beteiligung an lokalen Planungsprozessen sollten frühzeitig und aktiv von Kirche genutzt werden. Wichtig ist es, die ortsspezifischen Bedarfe für eine ökologisch und sozial ausgewogene Entwicklung so früh und so klar wie möglich zu artikulieren. Denn zu Beginn eines Planungsprozesses sind die Beteiligungsspielräume am höchsten. Zumindest in allen großen Städten in der EKHN gibt es inzwischen im Internet zentrale Beteiligungsplattformen, wo Informationen zu aktuellen Planungen und Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

In manchen Planungsprozessen haben sich Positionen bereits verhärtet, Partikularinteressen werden durch gezielte Kommunikation und Kampagnen in den Mittelpunkt gespielt. Hier kann Kirche auch eine informierende und moderierende Rolle einnehmen. Sie kann unterstützen, dass unterschiedliche Argumente sachlich und transparent dargestellt und auch Minderheiten mit ihren Bedarfen



### AUSGEWÄHLTE BÜRGERBETEILIGUNGSPLATTFORMEN

**Offenbach:**  
mitreden.offenbach.de

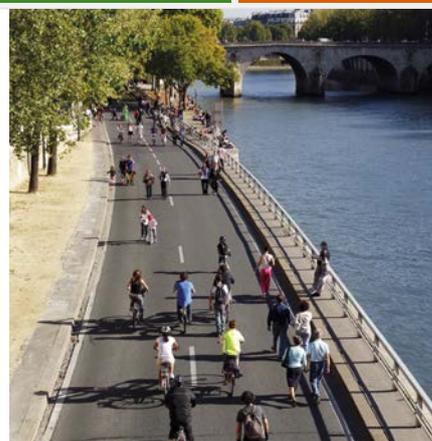
**Wiesbaden:**  
dein.wiesbaden.de

**Darmstadt:**  
da-bei.darmstadt.de

**Gießen:**  
giessen-direkt.de

**Frankfurt:**  
www.ffm.de/frankfurt/de/home/beteiligen

**Mainz:**  
www.mainz.de/verwaltung-und-politik/buergerbeteiligung/buergerbeteiligung.php



### INFORMATIONEN ZUM THEMA

Weitere Informationen zur Leipzig Charta und ein Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung gibt es unter [www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de)

wahrgenommen werden. Damit schafft sie eine Grundlage, fundierte und breit getragene Entscheidungen zu treffen.

Schließlich sollte sich Kirche auch als Eigentümerin von Gebäuden und Grundstücken aktiv in eine gemeinwohlorientierte Entwicklung einbringen. Wenn sich Kirchengemeinden am Grünen Hahn oder der Energiemission beteiligen, Wohnungen im Pfarrhaus zu bezahlbaren Mieten an Bedürftige vermieten, Dächer und Fassaden begrünen oder Carsharing nutzen, leisten sie nicht nur einen ganz konkreten Beitrag vor Ort, sondern sie sind auch ein gutes und wahrnehmbares Beispiel für andere. Das trifft übrigens auch dort zu, wo sich über den Prozess „EKHN 2030“ die Notwendigkeit zur Trennung von Gebäuden und Grundstücken ergibt. Durch deren Veräußerung kann Kirche Anstöße zu einer urbanen Transformation geben. Anstatt an einem Höchstpreis orientiert, könnte sich die Vergabeentscheidung (auch) an vorher formulierten inhaltlichen Kriterien, z. B. dem Anteil sozialen Wohnungsbaus, einem Mobilitätskonzept, energetischen Standards oder dem Beitrag zu einer lebendigen Nachbarschaft orientieren.

Letztlich ist es wichtig, dass Kirche nicht nur ihre Stimme in gesellschaftlichen Prozessen erhebt, sondern Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung im eigenen Handeln lebt. ■

#### Quellen

- 1 BBSR (Hg.) Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung, Bonn 2020, S. 19.
- 2 [www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de)

# Ausstieg aus dem Kirchenkarussell. Sozialraumanalyse und Geh-Struktur als Chancen für Kirche im ländlichen Raum



**Karussellfahren? – Das klingt zunächst lustig; kann aber ganz schnell öde werden, denn ein Karussell dreht sich immer nur um die eigene Achse und im Kreis, dazu meist noch ziemlich langsam.**

von: Merle Große, Spezialvikarin, Referat Stadt- & Landentwicklung



## Die Ausgangslage

**E**s ist kein Geheimnis: Die großen Kirchen in Deutschland befinden sich in der Krise. Neben Mitgliederverlusten und schwindenden finanziellen und personellen Ressourcen machen ihnen Traditionsabbrüche, die Verflüssigung vereinskirchlicher Organisation sowie die großen gesellschaftlichen Transformationen zu schaffen. Besonders prekär erscheinen in diesem Zusammenhang die Entwicklungen in ländlichen Räumen, in denen oft auch andere Strukturen wegzubrechen drohen. Mit Reformpapieren und Zukunftsprozessen wird versucht, Wege für eine zukunftsfähige Kirche angesichts dieser Herausforderungen zu finden. Mein Eindruck ist, dass die (evangelische) Kirche darin oft auf organisatorischer Ebene um Strukturen – d. h. um sich selbst – kreist. Dies ist jedoch nicht zielführend, weshalb ich einen anderen Weg gehen möchte. Dieser beinhaltet zwei Ausrichtungen: die Sozialraumanalyse und die Geh-Struktur.

## Die Kirche ist immer zu reformieren

„Die Kirche ist immer zu reformieren.“ Luther hat diesen Ausdruck geprägt. Er ist durch seine Beobachtung entstanden, dass Kirche ihrer Aufgabe, den Menschen durch das Evangelium zu dienen, nicht nachkommt. In Anlehnung an Luther verstehe ich unter Evangeliumsdienst heute

eine Haltung theologischer Weltdeutung, die kritisch wahrnimmt, wo Herausforderungen, Probleme und Zwänge bestehen, und sich diesen entgegenstellt. Das bedeutet, im Sinne eines diakonos christos (Dienst an anderen) dazwischen zu gehen, um sich für gerechte und menschenwürdige Lebensbedingungen für alle einzusetzen und für Frieden, Versöhnung und Gemeinschaft zu streiten.

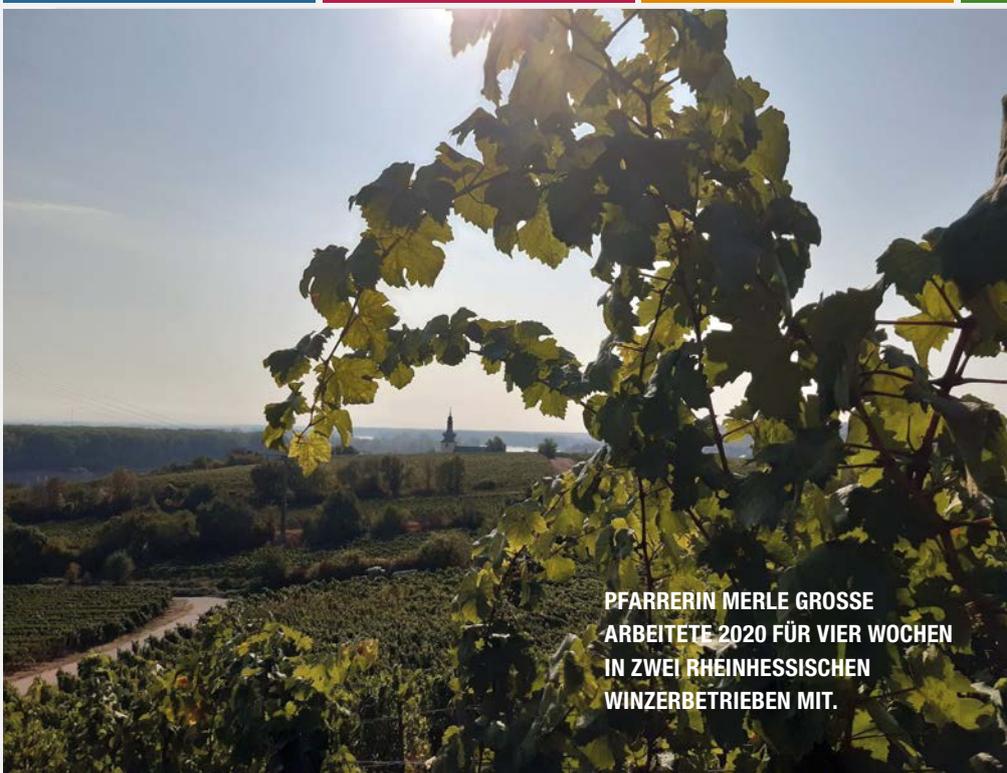
## Die Sozialraumorientierung

... ist hierbei eine hilfreiche Herangehensweise, um zielgerichtetes Handeln zu ermöglichen. Dabei werden mittels raumplanerischer Instrumente, wie z. B. [www.landatlas.de](http://www.landatlas.de) (vom Thünen-Institut für Ländliche Räume) oder [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de) (Bertelsmann Stiftung), Fakten über einen Ort bzw. eine Region gesammelt, die Aufschluss darüber geben können, welche Herausforderungen dort bestehen. Hierbei spielen Informationen über Bevölkerungszahlen und -entwicklungen sowie Aspekte der sogenannten Daseinsvorsorge, d. h. Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Gesundheit, Kultur, öffentliche Sicherheit, Post und Telekommunikation, Verkehr und Wohnungswirtschaft eine Rolle. Darüber hinaus werden landschaftliche und wirtschaftliche Faktoren in den Blick genommen. Sozialraumanalyse bedeutet also gewissermaßen eine „Draufsicht“ einzunehmen, um einen Überblick über die Gegebenheiten und Ausgangsbedingun-

gen eines Ortes bzw. eine Region zu gewinnen. Besonders für das Handeln sowie die Entwicklungsförderung in ländlichen Räumen ist solch eine Analyse bedeutend: Zum einen weisen ländliche Räume sehr unterschiedliche Gepräge auf, zum anderen ist aufgrund des demografischen Wandels und angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung besonders in ländlichen Regionen viel im Umbruch.

## Das soziale Dilemma

Bei dieser Betrachtungsweise werden soziale Aspekte jedoch oft unterbelichtet. Daher sollten sich (evangelische) Kirchengemeinden dieses Instrument zu eigen machen und sich zudem in lokalen Aktionsgruppen (z. B. LEADER) engagieren. Neben ihrer „Anwaltstätigkeit als Stimme der Stummen“ im (über-)regionalen Bereich hilft ihnen diese Analyse zusätzlich, besser zu verstehen, was Menschen an einem Ort bzw. in einer Region prägt und mit welchen Problemen sie zu kämpfen haben. Das ermöglicht ihnen, angemessen zu und mit ihnen sprechen zu können sowie spezifische Angebote zu schaffen. Sozialraumanalyse ist daher kein „on top“ zu kirchengemeindlichen Aufgaben, sondern sollte Ausgangspunkt allen Wirkens sein. Unter der Perspektive einer Gottoffenheit nehmen Kirchengemeinden dabei dann eine intermediäre Position ein, indem sie sich für heilvolle, men-



**PFARRERIN MERLE GROSSE  
ARBEITETE 2020 FÜR VIER WOCHEN  
IN ZWEI RHEINHESSEN  
WINZEBETRIEBEN MIT.**

schenwürdige Lebensbedingungen einsetzen und gleichzeitig ihre Grenzen mitbedenken.

## Der konstruierte Raum

Während der Sozialraum früher nur territorial verstanden wurde – als Absteckung eines Gebiets, in dem soziale Interaktion stattfindet –, so wird der Begriff seit dem sog. Spatial Turn in den 1970er-Jahren relational verstanden. Das bedeutet, dass ein (territorialer) Raum nicht nur nach seinen Vor-Ort-Gegebenheiten definiert wird, sondern immer auch durch die Menschen und ihr soziales Handeln geprägt wird. Das lenkt den Blick auf die Verknüpfungen und Abhängigkeiten von verschiedenen Faktoren und Akteuren mit ihren Ortsbindungen. Raum gibt es also nie an sich, sondern wird konstruiert. So werden Kirchengemeinden als Teil der Gesellschaft an einem Ort durch die dort lebenden Menschen und ihr Handeln geprägt. Und umgekehrt wirken die Impulse der Gemeinde in den Sozialraum hinein und prägen diesen mit. Die Vernetzung miteinander unter der Leitfrage „Was können wir füreinander bedeuten?“ bietet ein großes Ressourcenpotenzial und führt mich zur zweiten Perspektive, der Geh-Struktur.

## „Geht hin ...“ (Mt 28, 19)

Lange Zeit haben Kirchengemeinden in ihren Angeboten fast ausschließlich auf

eine Komm-Struktur gesetzt. Dass diese nicht mehr so richtig funktioniert, zeigen vielerorts sinkende Teilnehmendenzahlen, nicht nur bei Gottesdiensten, sondern auch bei anderen Veranstaltungen, besonders wenn sie Regelmäßigkeit voraussetzen. Eine Ursache können die immer vielfältiger und individueller, mobiler und spontaner werdenden Lebensentwürfe der Gesellschaft sein, die zu großem Teil erfahrungsorientiert gesteuert sind. In einer zunehmend entkirchlichten Gesellschaft werden Erfahrungen tendenziell außerhalb der Kirche gemacht und die Schwelle zur Kirche, um Erfahrungen religiös zu deuten, scheint unüberwindbar hoch. Dass es hier jedoch einen Bedarf gibt, zeigt der boomende Markt an Lebensdeutungs-literatur. Es lässt sich also beobachten, dass viele Menschen auf der Suche nach Sinn, Halt und Spiritualität sowie nach Wegen zum guten Leben sind. Es ist daher an der Zeit, den Missionsbefehl von Jesus „Geht hin in alle Welt“ ernst zu nehmen. So können wir gemeinsam dem Evangelium auf die Spur kommen und dem Raum geben, was uns bewegt.

## Gelebte Theologie ist keine Einbahnstraße

„Gelebte Theologie“ ist ein theologisches Konzept von Sabrina Müller, Geschäftsführerin des Zentrums für Kirchenentwicklung in Zürich. Dahinter steht die Wahrnehmung von Gesellschaft, dass die

je eigene Erfahrung die ausschlaggebende Instanz für die Deutung des Lebens sei, so auch für die religiöse. Um diesen Beobachtungen gerecht zu werden, ist es wichtig, Menschen dort abzuholen, wo sie ihre Lebenserfahrungen machen und offen für diese zu sein. Hierbei leistet die Geh-Struktur einen wertvollen Dienst. Zuhören und Wahrnehmen, am besten bei den Menschen an ihren vertrauten Orten, und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, bietet die Chance, sich in ihr Leben einzufühlen. Eine aufsuchende Kirche ermöglicht oft erst, dass Menschen ihre Alltagsherausforderungen und -geschichten sowie die sie existenziell beschäftigenden Themen von Freud bis Leid teilen. Dabei geht es dann nicht um eine eindimensionale Sender-Empfänger-Kommunikation, sondern um gegenseitige Bereicherung. Aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen kann eine reflektierte Glaubenspraxis entstehen, die Raum für Fragen, Zweifel und Leerstellen lässt. Ich gehe also davon aus, dass Gott immer schon da ist und Menschen ihre je eigenen Erfahrungen machen. Pfarrpersonen und Kirchenleitende werden so zu „theologische[n] Coaches und Ermöglicher\*innen für eine sich verändernde und auch immer wieder kontextuell entstehende kirchliche Praxis“ (Sabrina Müller).

**Fazit:** Es zeigt sich, dass die Kirche nicht im Planen und Sichern von Strukturen aufgeht. Sondern: Die Zukunft der Kirche-Seins liegt in ihrem Werden und Suchen nach Gotteswirklichkeit, im Ausprobieren und Geschehenlassen. Sozialraumanalyse und Geh-Struktur ergänzen sich dabei und können Kirche neuen Schwung geben. ■

### Quellen

Christoph Sigrist: Gemeinde im sozialen Nahraum. In: Kunz, Ralph/Schlag, Thomas (Hg.), Handbuch für Kirchen- und Gemeindeentwicklung, Göttingen 2014, 327–335.

Martina Löw: Space Oddity. Raumtheorie nach dem Spatial Turn. In: sozialraum.de (7) Ausgabe 1/2015. URL: <https://www.sozialraum.de/space-oddy-raumtheorie-nach-dem-spatial-turn.php>, Datum des Zugriffs: 16.11.2020.

Sabrina Müller: Kirche als Erfahrungsraum – jenseits der Organisierbarkeit. Vortrag zum EKD Zukunftsforum 2020. URL: <https://www.ekd.de/zukunftsforum-2020-mueller-kirche-erfahrungsraum-58972.htm>, Datum des Zugriffs: 20.09.2020.

BMEL: Entwicklung ländlicher Räume. Dritter Bericht der Bundesregierung, Oktober 2020.



JUGENDLICHE WOLLEN WAHRGENOMMEN  
WERDEN. AUCH IN CORONAZEITEN.

## JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

# Junge Menschen brauchen Anerkennung und wollen gesehen werden – Jugendpolitische Bildung in Zeiten der Corona-Pandemie



Wie geht es jungen Menschen in Deutschland und wie wirken sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen aus? Und was braucht politische Bildung, um während einer globalen Krise zu bestehen.

von: Annika Gramoll, Referat Jugendpolitische Bildung  
➔ [a.gramoll@zgv.info](mailto:a.gramoll@zgv.info)

## Junge Menschen in Deutschland heute

**N**eueste Umfragen zeigen: Die Lebenszufriedenheit von jungen Menschen ist hoch. Wichtig sind ihnen Umweltschutz, Anerkennung von Vielfalt und Respekt, das Respektieren von Gesetz und Ordnung, gute Sozialkontakte sowie ihre Freunde, Partner\*innen und Familie<sup>1</sup>. Sie sind mit digitalen Medien ausgestattet, nahezu jede\*r besitzt ein Smartphone. Genutzt werden die digitalen Geräte zur Kommunikation und Unterhaltung, für Spiele und Informationssuche<sup>2</sup>. Digitalisierung sehen sie als Chance<sup>3</sup> und weniger als Bedrohung –

dies ist wenig überraschend, da sie digitale Dienste vielfältig nutzen. Angst haben junge Menschen hauptsächlich vor dem Klimawandel. Diese Angst wächst zunehmend und ist unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund<sup>4</sup>.

Junge Menschen sind mehr als Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende – sie sind Aktive in Vereinen, besuchen Jugendgruppen, Verbände, Zentren. Durch die Lockdown-Maßnahmen brachen diese Kontakte größtenteils ein. Junge Menschen leben in einer Vielfalt von Situationen, einige erhalten beispielsweise große Unterstützung durch das Elternhaus, andere müssen das Elternhaus selbst unterstützen. Es zeigt sich,

dass soziale Ungleichheiten in Bezug auf Bildungschancen durch die Maßnahmen verschärft worden sind.

Für junge Menschen muss nicht immer alles digital sein. Digitale Angebote werden als hilfreiche Mittler angesehen, die direkte Kontakte jedoch nicht ersetzen. Besondere Verunsicherungen entstehen aktuell gerade in Übergangssituationen, wie von der Schule ins Ausbildungs- oder Studierendenleben<sup>5</sup>.

## Junge Menschen fühlen sich nicht wahrgenommen

Blickt man auf das Interesse junger Menschen an Politik, so ist festzustellen, dass

dieses im Vergleich zu den letzten Jahren gleich geblieben ist. Junge Menschen sind mit der Demokratie durchaus zufrieden, aber eher unzufrieden mit Politiker\*innen<sup>6</sup>. Werden Jugendliche gefragt, wie ideale Politiker\*innen wären, so beschreiben sie sie als Menschen, die zuhören, ernst nehmen und Interessen von jungen Menschen vertreten<sup>7</sup>. Währütteln müsste daher ein Ergebnis der JuCo – Studie 2020 zum Thema Jugend in Coronazeiten: Die Studie zeigt, dass sich junge Menschen nicht gefragt und nicht gehört fühlen<sup>8</sup>. Auf Basis dieser Erkenntnis überrascht es dann auch nicht, wenn aus den Ergebnissen der SINUS-2020-Studie hervorgeht, dass die wahrgenommene Einflusslosigkeit die größte Barriere für ihr politisches Engagement ist (SINUS 2020, S. 448). Junge Menschen müssen also als aktiver Teil der Gesellschaft respektiert und ernst genommen werden.

## Jugendpolitische Bildung anerkennen

Dabei spielt die jugendpolitische Bildung eine wichtige Rolle. Seit der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist eine der größten Herausforderungen die Frage, wie junge Menschen erreicht werden können. Gesellschaftspolitische Jugendbildung findet bisher überwiegend in außerschulischen Kontexten statt oder in Kooperation mit Schulen. Durch die Kontaktbeschränkungen können offene Angebote kaum stattfinden, Gruppenveranstaltungen sind auch kaum machbar.

Grundlage jeglicher Bildungsarbeit ist aber die Beziehungsarbeit und diese braucht ihren Raum ganz besonders in

Krisenzeiten, wenn Unsicherheiten groß sind und Orientierung gesucht wird. Sie kann junge Menschen abholen, mit ihnen ins Gespräch gehen und sie darin unterstützen, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen.

Deshalb fordert der Deutsche Bundesjugendring in seinem Positionspapier zur politischen Bildung 2020 zu Recht, die zuverlässige, langfristige und nachhaltige Förderung von Programmen, um gelingende Bildungsarbeit leisten zu können<sup>9</sup>.

In der praktischen Arbeit wird und wurde vielerorts an digitalen, analogen und hybriden Möglichkeiten gebastelt und die Coronazeit für kreatives Ausprobieren genutzt, um Angebote weiter möglich zu machen. Kennzeichnend gerade auch in der EKHN, aber auch außerkirchlich war eine Zunahme an Vernetzung unter Hauptamtlichen, um Konzepte auszutauschen, Schwierigkeiten zu teilen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Damit eine gute praktische Arbeit möglich ist, braucht es die grundsätzliche Anerkennung von politischer Bildung. Der 16. Kinder – und Jugendbericht<sup>10</sup> fordert dies vor dem Hintergrund, dass politische Bildung ein Recht von jungen Menschen ist. Das leitet sich aus den Grundlagen des § 1 SGB VIII und aus den UN-Kinderrechten ab. Alle Kinder und Jugendliche sollten ein Recht auf „Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“<sup>11</sup> haben.

Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend, in für das Aufwachsen wichtigen Sozialräumen statt. Der Auftrag der politischen Bildung ist es, „dass junge Menschen eine demokratische Haltung, eine eigene begrün-

dete Meinung und eine Bereitschaft sowie die Fähigkeit entwickeln, sich zu beteiligen und demokratisch zu engagieren“<sup>12</sup>.

## Kirche als Trägerin politischer Bildung

Die Evangelische Kirche nimmt das auf und ist Trägerin politischer Bildung an vielen Orten. Von Jugendverbandsstrukturen, Akademien bis Gruppenstunden, auf bundesweiter Ebene und direkt vor Ort. So ist beispielsweise die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung ein über das Bundesgebiet verteiltes Netzwerk, das Themen wie Demokratische Mitwirkung, Digitalisierung von Gesellschaft, europäische und globale Bürgerschaft sowie Zusammenleben in Diversität aufnimmt.

Laut der SINUS-2020-Studie genießen die Kirchen einen Vertrauensvorsprung bei Jugendlichen. Dieser wird durch das Bild begründet, dass die Kirchen „eine moralische Instanz“ in der Gesellschaft sind und sie ihr Handeln an ethischen Grundsätzen ausrichten. Die Kirchen sollten diesen Vertrauensvorsprung auch in der jugendpolitischen Bildung nutzen. Das setzt allerdings voraus, dass sie Jugendliche mehr zu Wort kommen lassen und deren Interessen mehr Gehör verschaffen. ■

### Quellen

- 1 Vgl. McDonald's Deutschland LLC (Hrsg.) (2019). Die McDonald's Ausbildungsstudie 2019. Eine Repräsentativbefragung junger Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren. Kinder der Einheit. Same same but (still) different!. Düsseldorf, vgl. Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2019). 18. Shell Jugendstudie 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim: Beltz.
- 2 Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2020). JIM-Studie 2019. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart. <https://www.mpfs.de/de/studien/jim-studie/2019/>
- 3 Vgl. McDonald's Ausbildungsstudie 2019, JIM-Studie 2019
- 4 Vgl. 18. Shell Jugendstudie 2019
- 5 Vgl. Andresen, Sabine (et. al.) (2020). Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse aus der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. S. 12–15.
- 6 Vgl. 18. Shell Jugendstudie 2019
- 7 Vgl. Calmbach, Marc et. al. (2020). SINUS-Jugendstudie 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Frankfurt am Main: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH. S. 431.
- 8 Vgl. JuCo Studie 2020, S. 11.
- 9 Deutscher Bundesjugendring (2020). Politische Bildung in der Jugendverbandsarbeit. <https://www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-in-der-jugendverbandsarbeit/>
- 10 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020). 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16--kinder--und--jugendbericht/162238>
- 11 16. Kinder- und Jugendbericht, Kurzbrochure. <https://www.bmfsfj.de/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, S. 29.
- 12 Ebd. S. 19.



# From #HateSpeech to #HopeSpeech – Hoffnungsfroh streiten für Demokratie und Menschenwürde



**Diskriminierende Sprache bis hin zu Hassrede und der Umgang damit sind in aller Munde. Mit Recht! Denn diese Sprache trägt zur Zersetzung demokratischer (Sprach-) Kultur bei. Biblische Bilder und die hoffnungsfrohe Botschaft des Evangeliums können dem entgegenwirken. Ein Einblick in das kirchliche Projekt #HopeSpeech.**

von: Matthias Blöser, Projekt Demokratie stärken  
 ↪ [m.bloeser@zgv.info](mailto:m.bloeser@zgv.info)

Im Rahmen des Projekts Demokratie stärken im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) der EKHN stehen Fragen der politischen Kommunikation und einer guten demokratischen Kultur im Fokus. Hass im Netz war bereits mehrfach Thema, unter anderem bei dem Fachtag „Strategien gegen Hass – Für eine digitaldemokratische Streitkultur“ 2018 oder in den Onlinetrainings der Chat- und Aktionsplattform LOVE-Storm 2019 und 2020. In zahlreichen Beratungen, Diskussionen und Bildungsveranstaltungen des Projekts Demokratie stärken ist der christliche Umgang mit Hass und Menschenverachtung im Netz und in Gemeinde und Gesellschaft immer wieder Thema. Eine explizit christliche Perspektive auf Hassrede und den Umgang damit ist jedoch eher selten Kern der Debatte.

## Christ\*innen stellen sich gegen Hass im Netz

Eine wichtige Frage ist, welche biblischen Bilder und Erzählungen Christ\*innen dem Hass im Netz und der Verrohung entgegensetzen können, um eine demokratische Kultur zu stärken. Eine praktische Antwort bietet der an der Evangelischen Akademie zu Berlin entwickelte #HopeSpeech-Workshop ([www.netzteufel.eaberlin.de/hopespeech-workshop](http://www.netzteufel.eaberlin.de/hopespeech-workshop)). In partizipativen Seminaren suchen die Teilnehmenden nach christlichen Narrativen und Möglichkeiten, diese analog und digital zu vermitteln. Das Ziel des ursprünglichen, vom Bundesprogramm

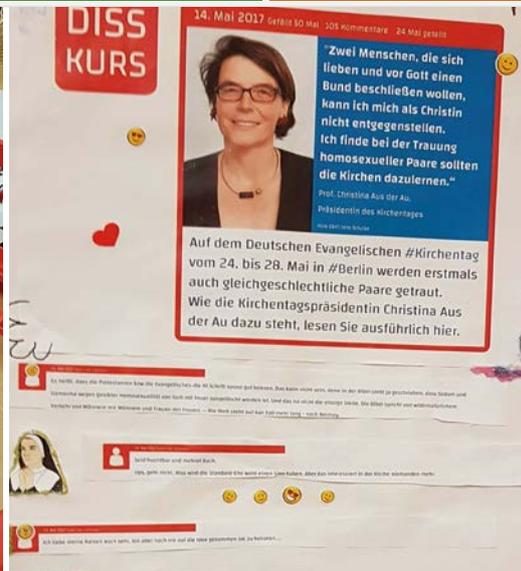
„Demokratie Leben!“ geförderten Projekts war es, Strategien der digitalen Positionierungen zu erproben und eine demokratische Netzkultur durch das Engagement von Christ\*innen zu stärken. Nach dem Ende der Förderperiode 2019 bleiben diese Herausforderungen selbstverständlich bestehen. Daher haben wir uns im Zentrum entschlossen, das Projekt weiterzuführen. Das Konzept wurde übernommen, Material für eigene Seminare erstellt und Anfang März 2020 ein erster Workshop mit 30 Konfirmand\*innen in Södel in der Wetterau erfolgreich durchgeführt. Nach einer theoretischen Einführung zu Hassrede und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich selbst mit Hass im Netz auseinanderzusetzen. Sie sammelten zunächst in Kleingruppen

Strategien zum Umgang. An einem Praxisbeispiel wurden dann diese Strategien analog erprobt, indem die Kleingruppen mit Klebestift, eigenen Kommentaren, Stickern und biblischen Bildern gegen den Hass bastelten und anschrieben. Mit diesen Mitteln veränderten die Teilnehmenden eine vorgegebene Kommentarspalte nach eigenen Vorstellungen. Nach dem gut zweistündigen Workshop präsentierten sie auf beeindruckende Weise die individuell in der jeweiligen Kleingruppe gestalteten Plakate mit hoffnungsvoll verschobenen Diskursen.

## Das #HopeSpeech-Konzept

Ausgangspunkt des Workshops ist eine authentische Kommunikationssituation aus dem Netz, in Form eines Beitrags aus





HopeSpeech-Seminar mit Jugendlichen und was man dazu braucht.

einer Social-Media-Plattform mit rund zehn dazugehörigen Kommentaren, die Diskriminierung vermeintlich christlich begründen. Der Beitrag wird mit Hilfe einer fiktiven Social-Media-Plattform visualisiert. Der Beitrag und die Kommentare werden jeweils auf einem Flipchartpapier angebracht. Die Teilnehmenden haben anschließend freie Hand. Sie können die Kommentare anders anordnen und so den Einfluss von Algorithmen und Social-Media-Plattformen erspüren. Sie können Aussagen zensieren, selbst kommentieren, biblische Bilder, Smileys und anderes Material nutzen, um ihre Stimme hör- und sichtbar zu machen. Das Ergebnis zeigt ein vielfältiges Bild und ermutigt zu zivilgesellschaftlichem Engagement in christlicher Perspektive.

Die Auswahl der Beiträge bestimmt die gewünschte inhaltliche Fokussierung des Workshops. Je nach Bedarf, Zielgruppe und Lernziel können verschiedene Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie beispielsweise Rassismus, Sexismus oder Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten, thematisiert werden. Bereits entwickelt ist ein Modul zum Komplex Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen anlässlich der Debatte um die „Ehe für Alle“ und eines zu Flucht und Migration.

## Leerstellen pädagogischer Arbeit müssen bearbeitet werden

Im kirchlichen Raum gibt es Leerstellen im pädagogischen Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und in Bezug auf digitale Lebenswelten. Hier setzt der #HopeSpeech-Workshop an, indem er ohne digitale Hilfsmittel den

praktischen Umgang mit Hassrede und Diskriminierung adressiert. Das Format kann vielfältig eingesetzt werden mit dem Ziel, ein religionspädagogisches Modul zu vermitteln, das sich sowohl positiv auf digitale Lebenswelten bezieht als auch mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befasst. Durch die präferentielle analoge Umsetzung des Workshops soll bei den Teilnehmenden eine Reflexion der digitalen Praxis ermöglicht und bei Multiplikator\*innen die Hemmschwelle für digitalpositive Arbeit gesenkt werden. Bei den Teilnehmenden sollen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit gestärkt und

Format umgestellt werden. Ab Sommer 2020 gab es mehrere digitale Kurzworkshops und die freigewordene Zeit konnte für die methodische und inhaltliche Weiterentwicklung des Konzepts genutzt werden. Die inzwischen erprobte verkürzte digitale Variante kann in diversen Runden zum Einsatz kommen: vom Pfarrkonvent über die Jugendgruppe bis hin zu Bildungs- und Austauschsettings für verschiedene Zielgruppen.

## Hoffnungsfroh streiten lernen mit dem #HopeSpeech-Workshop

Auch im nächsten Jahr wird das Projekt Demokratie stärken einzelne Workshops vor Ort und digital anbieten. Die Veranstaltungen richten sich zum Beispiel an Gemeindegruppen, Konfirmand\*innen, die Erwachsenenbildung oder andere geeignete Settings wie Dienstkonferenzen oder Konvente. Haupt- und Ehrenamtliche aus kirchlichen Einrichtungen, Gemeinden oder Verbänden, die mit Jugendlichen oder anderen interessierten Zielgruppen jeden Alters arbeiten, können aber auch Fortbildungen zur künftigen eigenständigen Durchführung buchen. Mit Kooperationspartner\*innen der kirchlichen und kirchennahen Jugend- und der Erwachsenenbildung können zwischen 2021 und 2023 weitere Workshops mit Jugendlichen durchgeführt werden. Auch Fortbildungen für Multiplikator\*innen werden angeboten. Diese befähigen dazu, den #HopeSpeech-Workshop in eigenen Kontexten durchzuführen und ggf. auch selbst weitere Multiplikator\*innen auszubilden, um das Angebot in die Breite kirchlichen Engagements zu tragen. ■

### INFORMATIONEN ZUM THEMA

Informationen zum #HopeSpeech-Konzept und mögliche Unterstützung erhalten Sie beim Projekt Demokratie stärken:  
**Matthias Blöser**  
 m.bloeser@zgv.info  
 Telefon: 06131 2874460

die Bereitschaft zum digitalen zivilgesellschaftlichen Engagement befördert werden. Dafür sollen die Teilnehmenden darin befähigt und bestärkt werden, eigene Handlungsstrategien zu entwickeln und im Netz und im sonstigen Alltag gestärkt für ihre christlichen und menschenfreundlichen Überzeugungen einzustehen.

## Digitale Angebote

Die bestechende Einfachheit der Umsetzung mit lediglich einer Präsentation oder einem Handout und der anschließenden analogen Arbeit in Kleingruppen musste leider coronabedingt auf ein digitales

# Unter Armut leidet die Kinderseele



**Sie mögen keine anderen Kinder nach Hause einladen, sitzen hungrig im Schulunterricht oder haben kein Geld für die Fahrkarte: In Wiesbaden erleben viele Kinder hautnah, was es bedeutet, arm zu sein.**

von: Andrea Wagenknecht, Ev. Dekanat Wiesbaden  
 andrea.wagenknecht@ekhn.de

In einer so reichen Stadt wie der hessischen Landeshauptstadt lebt jedes fünfte Kind in Armut. Was die wenigsten wissen ist, dass Wiesbaden damit hessenweit zu den Kommunen mit den höchsten Armutsquoten zählt. Und in Wiesbaden geht die Schere zwischen Arm und Reich besonders weit auseinander. Das macht die Situation für die betroffenen Familien oft besonders belastend und stigmatisierend.

Die Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung, Nicole Nestler, vom Evangelischen Dekanat Wiesbaden hat deshalb mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Initiative ins Leben gerufen, die sich in Wiesbaden gegen Kinder- und Jugendarmut einsetzt. Ziel war es, unter dem Slogan „Jedes Kind ist wertvoll“ mit verschiedenen Formaten eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und zu sensibilisieren. „Armut ist in unserer Gesellschaft auf den

ersten Blick oft gar nicht so sichtbar. Für die betroffenen Kinder und Familien ist diese Situation jedoch nicht nur sehr belastend, sie kann, so zeigt es die Forschung, das gesamte weitere Leben prägen“, erläutert Nestler.

Im Laufe des Jahres hat sich die politische Dimension des Themas durch neue Sparzwänge zudem zugespitzt: „Viele Maßnahmen im Kinder- und Jugendbereich standen wieder unter Finanzierungsvorbehalt oder waren dem politischen Spiel ausgeliefert“, so Nestler. Mit der Plakatkampagne „Jedes Kind ist wertvoll. Kein Sparhaushalt bei Kindern und Jugendlichen“ wurde im Vorfeld der Haushaltsberatungen stadtweit an zahlreichen Haus- und Kirchenfassaden auf das Thema aufmerksam gemacht. Das blieb nicht wirkungslos: Die

„Wenn sich die Kinder nicht bei Saxophon oder anderen Musikinstrumenten anmelden können, da sie kein Geld haben.“

Elia, 9 Jahre

„Arme Kinder können keine anderen Kinder zum Kindergeburtstag einladen, weil sie keinen Kuchen haben, die Eltern zu viel arbeiten müssen und zu wenig Platz im Haus ist.“

Tilda, 9 Jahre

wichtigen öffentlichen Investitionen in Kinder- und Elternzentren oder die Jugendarbeit werden in Wiesbaden auch 2021 fortgeführt.

Pandemiebedingt waren in 2020 nur wenige der angeordneten Präsenzveranstaltungen mit Experten möglich.

Den Auftakt machte der Armutsforscher Professor Michael Klundt Anfang Februar, gefolgt von einer sehr kontroversen Podiumsdiskussion mit kommunalen politischen Entscheidungsträgern im März.

Es ist darüber hinaus gelungen, das Thema medial zu setzen, und es wurde trotz Corona eine große Öffentlichkeit erreicht. In Interviews sind Menschen, die in der Kita, der Jugend- und Schulsozialarbeit, im Quartiersmanagement oder der Familienbildung tätig sind, befragt worden, wie sie Kinder- und Jugendarmut in ihrem Berufsalltag wahrnehmen. Sie berichteten schonungslos von sichtbaren materiellen Sorgen der Familien, von Zukunftsangst durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit und der großen Unsicherheit, etwa beim Ausfüllen von Anträgen.

Die Wiesbadener Bergkirchengemeinde hat das Thema auch theologisch



aufgegriffen und mit Nicole Nestler einen Gottesdienst zum Diakoniesonntag vorbereitet. Im Vorfeld sprach Pfarrer Helmut Peters im Religionsunterricht mit Kindern über Armut – wie man sie erkennen kann und warum es sie gibt (siehe Zitate). Die Kinder haben ungeschönt das benannt, was auch in den Interviews angesprochen wurde: Platzmangel, eingeschränkte Teilhabemöglichkeit bei Freizeitgestaltung, fehlende Unterstützungsmöglich-

keiten bei Schulaufgaben durch mangelnde Sprachkenntnisse oder Zeit.

Kirchengemeinden können durch ihre Eltern-Kind-Arbeit im Quartier oder im Rahmen der Kitaarbeit durchaus praktisch helfen und die Not, die durch Armut entsteht, ein bisschen lindern. Die großen Baustellen auf dem Wohnungsmarkt oder im Schul-

„Vielleicht sind die Eltern aus dem Krieg gekommen und konnten kein Geld mitnehmen und müssen nun einen Job finden.“

Jonas, 8 Jahre

system müssen jedoch politisch verändert werden. Hier ist es Aufgabe der Kirche, sich an die Seite der Schwachen zu stellen.

Für Nicole Nestler ist deswegen klar: „Die Aktion war ein guter erster Schritt, um

das Bewusstsein in der Gesellschaft für das Problem zu schärfen und die Augen für die Not zu öffnen.“ ■

## INTERVIEW ZUM THEMA

# Gute Gemeinwesenarbeit braucht verlässliche Finanzierung

**Interview mit Christine Gilberg, die seit 18 Jahren im Kinder- und Beratungszentrum Sauerland (KBS) für Familien, Kinder und Jugendliche in allen Alters- und Lebenslagen da ist. Die Einrichtung in Trägerschaft der Evangelischen Erlösergemeinde liegt im Wiesbadener Stadtteil Sauerland. Hier ist jedes dritte Kind von Armut betroffen.**

### Wie erleben Sie Armut in Ihrer täglichen Arbeit?

**Gilberg:** Armut ist oft mit Scham behaftet: Bei kostenpflichtigen Ausflügen der Grundschule nehmen wir wahr, dass deutlich mehr Kinder krankgemeldet werden. Auch sieht man es den Kindern aus armen Familien leider oft an: Sie kommen in Kleidung zur Kita, die zu klein ist oder nicht der Jahreszeit entspricht. Und man sieht, dass sie oft viel zu fett- und zuckerreich essen. Eine Packung Toastbrot ist eben billiger als das Vollkornbrot. In der Kita liegt deshalb Wechselkleidung bereit, die nicht zurückgegeben werden muss. Ein Essensprojekt sorgt dafür, dass Schulkinder ein ausgewogenes Mittagessen bekommen – zum Teil ist es die erste Mahlzeit am Tag. Im Sauerland leben rund 80 Nationen, gerade die Frauen, die nicht arbeiten, können oft auch nach Jahrzehnten kein Deutsch. Die muttersprachlichen Netzwerke scheinen ausreichend und dennoch müssen die Kinder oft Dolmetschen – materielle Armut und sogenannte Bildungsarmut liegen oft nah beieinander.

### Welche Auswirkungen wird die Pandemie auf die von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen nach Ihrer Einschätzung haben?

**Gilberg:** Familien haben uns von Stresssituationen, Gewalterfahrungen und Überforderung berichtet. Die Coronazeit macht deutlich,



dass viele von Armut betroffene Familien die sozialen Unterstützungssysteme dringend benötigen. Dazu zählen auch soziale Strukturen wie die Nachbarschaft. Wir versuchen isoliert lebende Familien jetzt noch stärker miteinander zu vernetzen. Auch die Zugänge zu Freizeitaktivitäten sind schwieriger geworden: Für vieles muss man sich erst digital anmelden, bei manchen Angeboten dann auch online bezahlen – das können viele nicht. Und die Verunsicherung ist groß: Was ist erlaubt und was nicht? Was läuft anders als gewohnt? Sprachbarrieren, schlecht verständliche Vorgaben und Missverständnisse

tragen dazu bei, dass Menschen ängstlich, unsicher und manchmal auch wütend sind. Informieren, erklären und aufklären bestimmt noch stärker unsere Arbeit. Viele unserer Bewohner\*innen haben Sprachschwierigkeiten. Wir arbeiten viel mit Bildern, Piktogrammen und leichter Sprache. Am besten aber funktioniert die direkte Ansprache. Irgendwo einen Flyer auslegen oder einen Aushang machen, hat kaum Sinn.

### Was wünschen Sie sich, damit Sie den Herausforderungen von Kinder- und Jugendarmut besser begegnen können?

**Gilberg:** Wir wünschen uns Bildungsgerechtigkeit: Schulkinder sollten etwa technische Ausstattungen von der Schule gestellt bekommen. Wir wünschen uns eine Gerechtigkeit beim Zugang zu kulturellen Angeboten, etwa freier oder ermäßigter Eintritt zu Theatern, Museen und Freizeitangeboten. Wir wünschen uns stärkere finanzielle Unterstützungen, und wir brauchen für unsere gesamte Gemeinwesenarbeit Finanzierungssicherheit.



Das Interview führte:  
Nicole Nestler  
Ev. Dekanat Wiesbaden  
☞ nicole.nestler@ekhn.de

# RESTART! – Die etwas anderen Interkulturellen Wochen



**Was tun, wenn wegen einer Pandemie die Planung von Veranstaltungen für ein jährlich wiederkehrendes Ereignis keinen Sinn ergibt, aber man die ganze Sache trotzdem nicht ins Wasser fallen lassen will? Im Hochtaunuskreis haben sich die Mitglieder der Steuerungsgruppe der Interkulturellen Wochen entschieden, aus der durch die Corona-Pandemie entstandenen Not eine Tugend zu machen.**

von: Dr. Tobias Krohmer, Ev. Dekanat Hochtaunus  
 ↪ tobias.krohmer@ekhn.de



No-Rassismus-Kerze (links), Ausstellung zur Preisverleihung und die tagende Jury (rechts)

**W**egen Corona die Interkulturellen Wochen (IKW) 2020 komplett absagen? – Bei diesem Gedanken war uns, den Mitgliedern der Steuerungsgruppe der IKW im Hochtaunuskreis, gar nicht wohl zumute. Drei Mal waren die IKW bereits im Kreis durchgeführt worden. Und jedes Mal waren sie größer geworden, weil immer mehr Akteure sich mit Veranstaltungen daran beteiligen wollten.

Auf der anderen Seite wollten wir auch nicht wie so viele einfach auf das Prinzip Hoffnung setzen und so tun, als ob im Herbst die Pandemie weitgehend Geschichte sein würde und Veranstaltungen mit einer größeren Anzahl von Menschen wieder möglich wären. Uns schreckte der Gedanke, im Fall der Fälle wie im Frühjahr wieder alles kurzfristig absagen zu müssen. Wie sich leider herausstellte, war das nicht allzu pessimistisch gedacht.

Den Ausweg aus diesem Dilemma fanden wir schließlich in der Idee, einen Kreativwettbewerb für die IKW auszurufen. Dieser Wettbewerb sollte nicht nur trotz, sondern gerade wegen der Pan-

demie stattfinden. In den Beiträgen sollte man sich nämlich mit der Frage auseinandersetzen, welche Schlüsse aus den Erfahrungen des Lockdowns für das künftige gemeinsame Leben in der Gesellschaft zu ziehen seien.

## RESTART! Zusammen leben, zusammen wachsen

Das Motto, unter dem der Wettbewerb stand, lautete: „RESTART! Zusammen leben, zusammen wachsen“. Die Menschen im Hochtaunuskreis wurden eingeladen, ihre Überlegungen, Visionen und Träume auf jede erdenkliche kreative Art und Weise zu verarbeiten und zu präsentieren: Texte sollten verfasst, Bilder gemalt, Collagen zusammengestellt, Fotos aufgenommen, Videos gedreht oder Lieder komponiert werden. Sich am Wettbewerb zu beteiligen waren alle aufgerufen im Alter von 0 bis 99 Jahre (aber auch Ältere, wenn sie wollten).

Die besten Beiträge sollten prämiert und natürlich sollten

alle einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ermöglicht wurde das, indem sowohl eine eigene Facebook-Seite für die IKW Hochtaunus 2020 als auch ein entsprechendes Instagram-Profil angelegt wurden. Die Bewerbung des Wettbewerbs erfolgte auf einem eigens eingerichteten YouTube-Kanal mit einem selbstproduzierten Video, das auch im Vorprogramm des Bad Homburger Sommer-Autokinos zu sehen war.

Der Aufruf zur Teilnahme am Wettbewerb erging noch vor den Sommerferien. Potenzielle Teilnehmende sollten genügend Zeit haben für die Umsetzung ihrer Ideen. Denn der Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge war schon am Sonntag vor den eigentlichen Interkulturellen Wochen, die am 18. September anfangen sollten. Nach den Sommerferien war also nicht mehr allzu viel Zeit, um etwas auf die Beine zu stellen.

30 Beiträge wurden am Ende zum Wettbewerb eingereicht. Von Kindern wurden vor allem selbstgemalte Bilder geschickt. Bei den jugendlichen Teilnehmenden waren es in erster Linie Texte. Interessanterweise dominierten bei den Erwachsenen wieder eher die visuell ausgerichteten Beiträge. Die besagten drei Gruppen – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – waren auch die Kategorien, in denen die Preise vergeben werden sollten. Pro Teilnehmendenkategorie sollten ein 1., 2. und 3. Preis verliehen werden.

Die Jury, die über die Vergabe der Preise entschied, bestand aus Mitgliedern der Steuerungsgruppe der IKW. Zu ihr gehörten neben der Sozialdezernentin des Hochtaunuskreises die Leiterin der Leitstelle Integration des Kreises, WIR-Koordinatorinnen

.....  
 ELFCHEN  
**DEUTSCHLAND**  
**Deutschland,**  
**eine Einheit,**  
**in der wir,**  
**uns verbunden**  
**fühlen trotz**  
**Abstand.**  
 .....



Eröffnung der Preisverleihung vor einer historischen Scheune im Hessenpark bei Neu-Anspach

vom Landkreis und der Stadt Bad Homburg, die Leiterin der Caritas-Migrationsdienste im Hochtaunuskreis sowie ich selbst als Referent für Gesellschaftliche Verantwortung des Evangelischen Dekanats Hochtaunus.

Nachdem eine Sichtung und Sortierung gemäß den Teilnahmekategorien der Wettbewerbsbeiträge vorgenommen worden war, wurden die Beiträge der Jury präsentiert. Wie sich herausstellte, war es für die Gruppe gar nicht so einfach, „die“ Besten unter den Beiträgen zu küren. Gerade bei den Beiträgen der Kinder fiel ein Ranking schwer. Am Ende wurde ein salomonisches Urteil gefällt: Bei den Kindern wurden sechs Beiträge, von denen die Jury-Mitglieder alle gleichermaßen beeindruckt waren, gemeinsam ausgezeichnet.

Bei den Jugendlichen war es ähnlich. Zwar gab es hier einen eindeutigen ersten und zweiten Platz, doch den dritten teilten sich ein Fotoprojekt des Jugendbildungswerks des Kreises sowie drei Texte, die von Verfasserinnen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren stammten. Gewinner des 2. Preises war ein Zwölfjähriger, der eine Kerze mit einer antirassistischen Botschaft gestaltet hatte. Und bei der Vergabe des 1. Preises waren sich alle Jurymitglieder einig: Dieser ging an eine 15-Jährige, die drei umwerfende Gedichte eingereicht hatte, die sich mit der Pandemie und ihren Auswirkungen auf das Zusammenleben auseinandersetzen.

Bei den Erwachsenen erfolgte die Prämierung ganz so, wie ursprünglich vorgesehen. Den 3. Platz belegte eine Schwarz-Weiß-Zeichnung mit Anklängen an John Lennons visionäres Lied „Imagine“. Den zweiten Preis bekam eine Fotocollage, erstellt vom Offenen Haus der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Bad Homburg, einem Begegnungstreff für Geflüchtete. Mit dem ersten Preis wurde eine Luftballon-Aktion ausgezeichnet, die das Deutsche Rote Kreuz in zwei von ihm betreuten Gemeinschaftsunterkünften zusammen mit einer Freiwilligeninitiative durchgeführt hatte. Die Menschen, die in den Unterkünften wohnen, waren eingeladen worden, ihre Wünsche auf Karten zu schreiben. Diese wurden dann an Luftballons gebunden, welche man anschließend steigen ließ. Zum Wettbewerb wurden Fotos eingereicht, die sowohl die Karten mit den Wünschen als auch das Steigenlassen der Ballons dokumentierten. Allein schon wegen der mitunter ungemein berührenden Wünsche, die es hier zu lesen gab, verdiente das Projekt die Erstprämierung.

### Ausstellung – virtuell und real

Besichtigen konnte man alle Beiträge virtuell bei Facebook und Instagram. Nur zur Preisverleihung gab es eine einmalige reale Ausstellung. Das geschah allerdings

.....  
 HAIKU  
**FREIHEIT**  
**Kein Virus**  
**nimmt sie,**  
**Keine Maske**  
**erstickt sie,**  
**Die Freiheit,**  
**sie bleibt.**  
 .....

im sehr kleinen Rahmen – und natürlich unter strengen Hygieneauflagen. Die Veranstaltung fand weitestgehend im Freien statt, nämlich vor einer historischen Scheune im Hessenpark bei Neu-Anspach. Glücklicherweise spielte das Wetter an diesem Oktobertag mit. Zwar war es nicht

sonderlich warm, doch zumindest wurden wir nicht nass.

Alle Beteiligten waren sich darin einig, dass das Projekt rundum gelungen war. Aus meiner Sicht verdeutlicht es gut, dass auch Chancen in der Pandemie und den damit einhergehenden Herausforderungen lagen. Die radikale Infragestellung von allem, was normal erschien, ermöglichte es, Dinge aus einer anderen Perspektive zu sehen und kreative Lösungsmöglichkeiten ins Auge zu fassen. Dabei bewährte sich einmal mehr die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure, die aus einem gemeinsamen Interesse etwas in Angriff nehmen, statt die jeweiligen Eitelkeiten zu pflegen.

Daher steht diese Erfahrung für mich auch exemplarisch für den Weg, den Kirche weiter gehen sollte, wenn sie ihre gesellschaftliche Relevanz behalten möchte. Diese erhalten wir sicher nicht durch Rückzug in einen „inner circle“, sondern nur, wenn wir mitten im Leben, mitten in der Welt, mitten in der Gesellschaft stehen und wirken. ■

## (Wein)Klang: Schöpfungsgottesdienst in Worms



Ein Jubiläum hätte es in 2020 zu feiern gegeben – zum zehnten Mal fand der ökumenische Schöpfungstag statt. Corona machte dem Feiern einen Strich durch die Rechnung, nicht aber dem ökumenischen Gottesdienst am Schöp-

fungstag selbst. Dieser fand am 13. September 2020 unter Mitwirkung von Kirchenpräsident Dr. Volker Jung und Weihbischof Dr. Udo Bentz in der katholischen Pfarrgemeinde Liebfrauen in Worms inmitten von Weinbergen statt,

als Livestream gesendet und immer noch anzusehen auf der Homepage [www.schoepfungstag-hessen-rheinhausen.de](http://www.schoepfungstag-hessen-rheinhausen.de).

Passend zum Ort wurde das Motto (Wein)Klang gewählt. Ein Thema mit unterschiedlichen Facetten. In der jüdisch-christlichen Tradition ist der Wein das Zeichen von Gottes Zuwendung – von den Weintrauben im verheißenen Land bis hin zum Abendmahl.

Der Schöpfungsgottesdienst wurde veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Hessen-Rheinhausen (ACK) in Zusammenarbeit mit dem ZGV. ■



## Sozialökologischer Wandel. Unterschätzte Akteure – übersehene Möglichkeiten

### Forum des KWA-Verbands

Mit Unterstützung des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN in Mainz richtete der evangelische Bundesverband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt (KWA) im September 2020 die Online-Tagung „Sozialökologischer Wandel. Unterschätzte Akteure – übersehene Möglichkeiten“ aus. Die kurzfristige Um-

planung der Tagung von einer Präsenzveranstaltung in das Format einer Online-Tagung führte dazu, dass eine große Zahl von Personen aus dem gesamten Bundesgebiet an dieser Veranstaltung teilnahm.

Im Mittelpunkt der Tagung standen gesellschaftliche Akteure, die erheblich zum friedlichen und produktiven gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nach-

haltigkeit beitragen und dennoch oft in der Öffentlichkeit übersehen und in ihrer Wirksamkeit unterschätzt werden – zum Beispiel die Arbeit der Energiegenossenschaften, das Engagement der Sportverbände oder auch das ethische Investment etwa der EKHN.

Das Forum fand statt als eine Dialogveranstaltung mit Workshops und Keynotes. Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehörten Nachhaltigkeit nimmt Quartier, Nachhaltige Landwirtschaft, Nachhaltiger Städtebau, Nachhaltige Energiewende, Anders mobil sein, Anders kooperieren, Anders wirtschaften, Anders arbeiten und Anders investieren. Aus der EKHN waren der Leiter der Kirchenverwaltung OKR Heinz Thomas Striegler („Anders investieren“) und Pfarrer Dr. Hubert Meisinger („Anders mobil sein“) sowie Pfarrer Dr. Ralf Stroh (Moderation) beteiligt. ■



## Der Grüne Hahn im ZGV: Zertifikat übergeben und ersten Umweltbericht vorgelegt

**Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ist es gelungen, den Grünen Hahn im ZGV einzuführen.** Der kirchliche Umweltrevisor Stefan Weiland begutachtete die Arbeit des hauseigenen Umweltteams, nahm die bereits umgesetzten Maßnahmen in Augenschein und prüfte, ob umweltrelevante Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Nach seinem positiven Testat konnte das Umweltteam das Zertifikat in einer Feierstunde im September entgegennehmen.

Im ersten Umweltbericht des Zentrums wurden u. a. sämtliche umweltrelevanten Daten des ZGV sowie das Umweltschutzprogramm veröffentlicht ([www.zgv.info](http://www.zgv.info)). Die regelmäßige Erhebung der Zahlen ermöglicht interessante Einblicke: Im Jahresvergleich wurde z. B. zuletzt erheblich



Helga Baur, Sprecherin des KirUm-Netzwerks für kirchliches Umweltmanagement (3.v.l.) übergibt das Zertifikat an das Umweltteam des ZGV. V.l.n.r.: A. Schwinn, D. Becker, H. Baur, C. Schwindt, K. Saudhof und S. Zerfaß.

weniger Papier verbraucht und die Pkw-Dienstfahrten konnten reduziert werden. Gestiegen ist der Stromverbrauch. Um abzuklären, ob dies allein auf den Elektro-

Dienstwagen zurückzuführen ist, wurde nun ein separater Zähler für die Ladestation installiert. Ziel ist die Verbesserung der Umweltauswirkungen bis 2023. ■

## Autofasten

**Mitten in die ökumenische Aktion „Autofasten“, die im Februar 2020 in Höchst im Odenwald und damit in einer ländlichen Region eröffnet wurde, fiel der Beginn des Corona-Lockdowns.** Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wurde fast zu einem No-Go in dieser Zeit, obwohl er eine Alternative zur Autonutzung sein sollte. Dennoch beteiligten sich 1200 Teilnehmende an der Aktion.

Die ökumenische Aktion Autofasten wird allerdings in Zukunft nicht mehr stattfinden. Immer weniger Landeskir-

chen und Bistümer hatten sich in den zurückliegenden Jahren daran beteiligt, auch Verkehrsverbünde hatten sich verabschiedet. Jetzt war mit weiteren Absagen die Grenze des Machbaren und Finanzierbaren erreicht.

Allerdings wird das Stichwort Mobilität nicht aufgegeben. Es ist Teil einer anderen ökumenischen Aktion, Klimafasten ([www.klimafasten.de](http://www.klimafasten.de)), zu deren Teilnahme das ZGV Kirchengemeinden und Einrichtungen der EKHN im Jahr 2021 aufruft. ■



## Auf einen Kaffee mit ... Online-Reihe zur digitalen politischen Bildung



Mit der Reihe „Auf einen Kaffee mit ...“ wurde ein Raum geschaffen, um sich über Erfahrungen auszutauschen und in der Krise digitale politische Bildung nachhaltig weiterzuentwickeln. Dabei treffen sich die Teilnehmenden in einer 75-minütigen Onlinekonferenz, diskutieren aktuelle Fragestellungen und erhalten einen fachlichen Impuls. Beispielsweise zur Bedeutung von TikTok in der politischen Bildung oder wie digitale politische Bildung nachhaltig geht oder wie wir selbst nicht zu Verschwörungstheorie-

tiker\*innen werden. Gäste waren u. a. Simon Hurtz (Autor SocialMediaWatchblog und Sueddeutsche Zeitung), Anja Höfner (Konzeptwerk neue Ökonomie Leipzig) und Katharina Nocun (Netzaktivistin und freie Autorin).

Moderiert wurden die Gespräche von Annika Gramoll, der Referentin für jugendpolitische Bildung im ZGV, und Ole

Jantschek von der Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

Mitschnitte der Gespräche sind unter folgender Seite zu finden:

[www.digitalepolitischebildung.de](http://www.digitalepolitischebildung.de)

Das Projekt entstand aus der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. ■



## Internationaler Tag zur Bekämpfung von Armut

**Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen fordert eine wirksame Bekämpfung von Altersarmut.** Zum Welttag der Überwindung von Armut am 17. Oktober 2020 wies das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen darauf hin, dass zunehmend mehr ältere Menschen in Hessen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen seien.

Jede sechste Rentnerin bezog im Jahr 2018 im Durchschnitt eine Rente von 686 Euro. Nach Angaben der amtlichen Sozialberichterstattung ist die Armutsgefährdungsquote bei Rentnerinnen und Rentnern in Hessen von 14,9 Prozent in 2018 auf 17,0 Prozent in 2019 gestiegen – und damit stärker als die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung.

Das Bündnis forderte daher neben einer Eindämmung des Niedriglohnsektors die Abschaffung von Minijobs, eine gesetzlich festgeschriebene Entgelt-

gleichheit von Frauen und Männern sowie eine bessere Bezahlung in der Erziehung und Pflege, die überwiegend von Frauen geleistet werden. Aber auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegezeiten oder Teilzeitarbeit führten zu geringeren Ansprüchen in der Rentenversicherung.

Das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen ist ein Netzwerk aus rund 30 Organisationen, darunter Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände und freie Initiativen und Vereine. Das Bündnis setzt sich für eine gerecht gestaltete Gesellschaft ein, für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und für eine Altersversorgung, die zu einem Leben in Würde reicht. Das ZGV ist Mitglied im Bündnis. ■

## Social Talk 2020: Das Udenkbare managen – Vom Krisenmodus zum Business as (un)usual



Der jährlich in der EHD stattfindende Social Talk richtet sich an Führungskräfte in der Sozialwirtschaft und soll dazu beitragen, dass sich Betriebe in diesem Tätigkeitsfeld gut aufstellen. Die Tagung wird vom IZGS der Evangelischen Hochschule Darmstadt ausgerichtet, das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung ist Mitveranstalter.

Ganz durch die Corona-Pandemie geprägt stand der diesjährige Social Talk unter dem Thema Krisenmanagement und Krisenresilienz. Zum ersten Mal bedeutete das auch für die Ausrichtung der Tagung, dass man sich mit den Auswirkungen der Corona-Krise arrangieren musste, sodass eine Teilnahme in Präsenz nicht möglich war. Dr. Stefan Kaduk und Dr. Dirk Kaduk von der Firma Musterbrecher führten dennoch live vor Ort in Studioatmosphäre



V.l.n.r.: Prof. Dr. Michael Vilain, geschäftsführender Direktor des IZGS der Ev. Hochschule Darmstadt, Dirk Osmetz und Stefan Kaduk von der Firma Musterbrecher.

durch das Programm, die Tagungsgäste wurden zugeschaltet. Die rund 100 Tagungsgäste diskutierten über die Stärken und Schwächen der sozialwirtschaft-

lichen Organisationen in der Krise und über die Frage, ob zukünftig Robustheit und Flexibilität von Organisationen wichtiger sein werden als Effizienz. ■

## Mobiles Arbeiten – Ein Modell der Zukunft?



**Seit Corona arbeiten in vielen Unternehmen und Organisationen die Mitarbeiter\*innen, da wo es möglich ist, im Homeoffice.** Unternehmen haben sich schnell umgestellt, und was vorher undenkbar schien, ist plötzlich gelebter Alltag.

Welche guten oder schlechten Erfahrungen haben Beschäftigte in den letzten Monaten mit Arbeiten im Homeoffice gemacht? Was soll erhalten bleiben und wie müssen gute Rahmenbedingungen aussehen, damit Beschäftigte gut, gesund und selbstbestimmt zukünftig

zu Hause oder auch mobil arbeiten können?

Das Referat Arbeit & Soziales und die Mitarbeitervertretung des ZGV, das Zentrum Bildung, die Gesamtmitarbeitervertretung (GMAV) der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) sowie der DGB Rheinland-Pfalz / Saarland diskutierten diese Fragen mit Expert\*innen in digitalen Fachgesprächen.

Der ausführliche Bericht kann nachgelesen werden unter [www.zgv.info](http://www.zgv.info).

Shortlink ➔ <https://kurzelinks.de/edqp>

## 5000 Brote. Konfis backen Brot für die Welt

**Die Corona-Pandemie stellte die Aktion „5000 Brote“ vor große Herausforderungen. Hygiene- und Abstandsregeln waren einzuhalten.** Das waren hohe Hürden für viele Kirchengemeinden und Bäcker. Daher beteiligten sich in diesem Jahr deutlich weniger Konfirmationsgruppen an der Aktion als üblich.

Und diese nutzten neben dem Besuch in der Backstube teilweise auch kurzfristig fantasievolle Alternativen. Konfis buken etwa zuhause Brot und drehten darüber einen Videoclip, um im Konfiunterricht darüber zu sprechen.

Der festliche Eröffnungsgottesdienst der Aktion fand an Erntedank im rhein-hessischen Bodenheim-Nackenheim statt. Am Donnerstag vor dem Erntedankfest fertigten die Konfis der Gemeinde gemeinsam mit Bäckermeister Siener aus Bodenheim 100 Brote. Die Backaktion wurde per Video in den Gottesdienst eingespielt, sodass alle Gottesdienstbesucherinnen und -besucher einen Eindruck davon bekommen konnten.

Im von Pfarrerehepaar Dagmar Diehl und Thomas Schwöbel geleiteten Gottesdienst wirkten auch Stefan Körber, Bäckerinnung Südwest, Detlev Knoche, Zentrum Ökumene der EKHn, und Peter Grohme, Arbeitsgemeinschaft Kirche und Handwerk, mit. Die Predigt hielt die stell-



vertretende Kirchenpräsidentin Pfarrerin Ulrike Scherf.

Bisher haben rund 7000 Mädchen und Jungen in ganz Deutschland Brote hergestellt und damit etwa 120.000 Euro für Jugendbildungsprojekte erbacken. Die Idee für „5000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ entstand im Jahr 2012 in Kooperation der Evangelischen Kirche

in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Sie war so erfolgreich, dass sich seither fast alle 20 Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) daran beteiligen.

Der Eröffnungsgottesdienst wurde aufgezeichnet und ist abrufbar unter: <https://youtu.be/fIRshOTqBoM>

**SEIT 2014 BACKEN KONFIGRUPPEN IN GANZ DEUTSCHLAND MIT IHREM LOKALEN BÄCKER BROT ZUGUNSTEN VON BROT FÜR DIE WELT. MIT DEN SPENDEN WERDEN BILDUNGSPROJEKTE IN ÄTHIOPIEN, BRASILIEN UND INDIEN UNTERSTÜTZT.**



## Personalien im ZGV



Mitte November 2020 wurde der Wirtschaftswissenschaftler **Jan Ehlert** verabschiedet. Er vertrat **Dr. Jennifer Achten-Gozdowski**, die nach der Elternzeit im November 2020 ihre Arbeit als Referentin für Wirtschaft und Finanzpolitik und stellvertretende Leiterin des ZGVs wieder aufnahm.



Das Referat Umwelt & Digitale Welt erhielt im Jahr 2020 Verstärkung. Im Februar nahm der Politologe **Lukas Spahlinger** die Arbeit auf. Sein Schwerpunkt liegt im Bereich Digitalisierung.



Seit März arbeitet die Geografin **Cassandra Silk** als Klimaschutzmanagerin im ZGV. Sie verstärkt ebenfalls das Referat Umwelt & Digitale Welt



**Gisela Zwigart-Hayer** verließ im Mai 2020 das ZGV. Ihre befristete Stelle im Referat Arbeit und Soziales lief aus. **Dr. Julia Dinkel** vom Referat Arbeit und Soziales kehrte im Mai nach der Elternzeit wieder zurück.



Diplom-Geograf **Stefan Heinig** arbeitet seit Mitte September 2020 im Referat Stadt- und Landentwicklung. Seine Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet.



Die Theologin **Merle Große** war von Juli bis Dezember 2020 im ZGV. In ihrem Spezialvikariat bearbeitete sie überwiegend Themen des Referats Stadt- und Landentwicklung.



**Valjentina Tahiri**, Mitarbeiterin in der Hauswirtschaft, hat im Mai ihre Arbeit im ZGV beendet. Als ihre Nachfolgerin wurde **Maria da Silva** eingestellt.



Im November 2020 verließ **Petra Böhme**, Verwaltungsmitarbeiterin im Referat Öffentlichkeitsarbeit, das ZGV.

## ADRESSEN

### ZGV

#### Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115  
55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0  
Fax: 06131 28744-11

[www.zgv.info](http://www.zgv.info)

### ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



**Margit Befurt**  
Telefon: 06131 28744-42  
[m.befurt@zgv.info](mailto:m.befurt@zgv.info)



Sachbearbeitung:  
**Annette Schwinn**  
Telefon: 06131 28744-43  
[a.schwinn@zgv.info](mailto:a.schwinn@zgv.info)

### WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK



**Dr. Jennifer Achten-Gozdowski**  
Telefon: 06131 28744-44  
[j.achten-gozdowski@zgv.info](mailto:j.achten-gozdowski@zgv.info)



**Pfarrer Dr. Ralf Stroh**  
Telefon: 06131 28744-56  
[r.stroh@zgv.info](mailto:r.stroh@zgv.info)

### LEITUNG



**Oberkirchenrat  
Pfarrer Christian Schwindt**  
Telefon: 06131 28744-41  
[c.schwindt@zgv.info](mailto:c.schwindt@zgv.info)

### SEKRETARIATE



**Birgit Benhard**  
Telefon: 06131 28744-46  
[b.benhard@zgv.info](mailto:b.benhard@zgv.info)

### ARBEIT & SOZIALES



**Heike Miehe**  
Telefon: 06131 28744-45  
[h.miehe@zgv.info](mailto:h.miehe@zgv.info)

### STELLVERTRETENDE LEITUNG



**Dr. Jennifer Achten-Gozdowski**  
Telefon: 06131 28744-44  
[j.achten-gozdowski@zgv.info](mailto:j.achten-gozdowski@zgv.info)



**Bianca Hahn**  
Telefon: 06131 28744-10  
[b.hahn@zgv.info](mailto:b.hahn@zgv.info)



**Marion Schick**  
Telefon: 06131 28744-51  
[m.schick@zgv.info](mailto:m.schick@zgv.info)

### GESCHÄFTSFÜHRUNG



**Hanne Münch**  
Telefon: 06131 28744-35  
[h.muench@zgv.info](mailto:h.muench@zgv.info)



**Ulrike Reinhart**  
Telefon: 06131 28744-54  
[u.reinhart@zgv.info](mailto:u.reinhart@zgv.info)



**Dr. Julia Dinkel**  
Telefon: 06131 28744-55  
[j.dinkel@zgv.info](mailto:j.dinkel@zgv.info)

### RAUMVERMIETUNG & VERANSTALTUNGSBETREUUNG



**Silvia Zerfaß**  
Telefon: 06131 28744-34  
[s.zerfass@zgv.info](mailto:s.zerfass@zgv.info)



**Silke Bergmann**  
Telefon: 06131 28744-31  
[s.bergmann@zgv.info](mailto:s.bergmann@zgv.info)



**Dorothee Becker**  
Telefon: 06131 28744-55  
[d.becker@zgv.info](mailto:d.becker@zgv.info)

### UMWELT & DIGITALE WELT



**Pfarrer Dr. Hubert Meisinger**  
Telefon: 06131 28744-50  
[h.meisinger@zgv.info](mailto:h.meisinger@zgv.info)



**Kathrin Saudhof**  
Klimaschutzmanagerin  
Telefon: 06131 28744-52  
[k.saudhof@zgv.info](mailto:k.saudhof@zgv.info)



**Cassandra Silk**  
Telefon: 06131 28744-39  
[c.silk@zgv.info](mailto:c.silk@zgv.info)



**Maria da Silva**  
[m.dasilva@zgv.info](mailto:m.dasilva@zgv.info)



**Julia Unser**  
Telefon: 06131 28744-32  
[j.unser@zgv.info](mailto:j.unser@zgv.info)



**Ulrike Schoppet-Fender**  
Telefon: 06131 28744-25  
[u.schoppet-fender@zgv.info](mailto:u.schoppet-fender@zgv.info)



**Michael Grunewald**  
Telefon: 06131 28744-48  
[m.grunewald@zgv.info](mailto:m.grunewald@zgv.info)



**Lukas Spahlinger**  
Telefon: 06131 28744-59  
[l.spahlinger@zgv.info](mailto:l.spahlinger@zgv.info)

## LÄNDLICHER RAUM



**Dr. Maren Heincke**  
Telefon: 06131 28744-47  
m.heincke@zgv.info



**Stefan Heinig**  
Telefon: 06131 28744-33  
s.heinig@zgv.info

## JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



**Annika Gramoll**  
Telefon: 06131 28744-49  
a.gramoll@zgv.info

## PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“



**Matthias Blöser**  
Telefon: 06131 28744-60  
m.bloeser@zgv.info

## MITARBEIT IN EKD-GREMIEN

### Evangelischer Verband Kirche Wirtschaft Arbeitswelt e. V.

Beauftragter für die Bundesallianz  
für den freien Sonntag:  
Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Mitglied im Ausschuss  
Erwerbslosigkeit, Arbeitsmarkt-  
und Sozialpolitik:  
Marion Schick

Mitglied im Ausschuss  
Arbeit und Technik:  
Heike Miehe

Mitglied im Ausschuss  
Entwicklung in Europa:  
Dr. Julia Dinkel

### Kammer für nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD

Dr. Maren Heincke

### Theologischer Ausschuss der Union Ev. Kirchen (UEK)

Pfarrer Dr. Ralf Stroh

## BERUFUNGEN

### Stefan Heinig:

Expertenbeirat des Bundesministeriums  
des Inneren (BMI) für das Memorandum  
„Resiliente Städte“

Bundesnetzwerk Gemeinwesendiakonie

### Dr. Maren Heincke:

AG „Nutztiertransporte“ des Hessischen  
Landestierschutzbeirats

### Matthias Blöser:

Arbeitsgruppe Bildung, Demokratie  
und Vielfalt der Konferenz Europäischer  
Kirchen

## IMPRESSUM

### Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung  
der EKHN  
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt  
Albert-Schweitzer-Straße 113–115  
55128 Mainz

### Redaktion:

Dr. Jennifer Achten-Gozdowski,  
Margit Befurt, Christian Schwindt

### Gestaltung:

Holger Giebeler,  
magascreen.com

### Korrektorat:

Dr. Angelika Fallert-Müller

### Druck:

Lautertal-Druck,  
lautertal-druck.de

„Aus unserer Arbeit“ wird  
auf Papier mit dem  
Umweltsiegel „Blauer  
Engel“ gedruckt.

**Auflage:** 800

### Bildnachweis mit Seitenangabe:

01: Dani Kreienbühl/stock.adobe.com (l. u.)  
studio v-zwoelf/stock.adobe.com (r. o.)  
Proud\_Photos/stock.adobe.com (l. m.)  
heykli/stock.adobe.com (r. m.)  
Rawpixel.com/stock.adobe.com (r. u.)  
Adriavidal/stock.adobe.com (l. o.)  
04: Adriavidal/stock.adobe.com  
05: winyu/stock.adobe.com  
06/07: P. Laux, R. Stroh  
08/09: studio v-zwoelf/stock.adobe.com  
10/11: Calado/stock.adobe.com  
12: Seventyfour/stock.adobe.com  
13: GordonGrand/stock.adobe.com  
14: scharfsinn86/stock.adobe.com,  
Kara/stock.adobe.com, Simpline.adobe.com  
15: ChiccoDodiFC/stock.adobe.com,  
heykli/stock.adobe.com,  
Stockwerk-Fotodesign/stock.adobe.com  
16: Stockwerk-Fotodesign/stock.adobe.com  
17: S. Schabel  
18/19: Racle Fotodesign/stock.adobe.com  
20/21: Igor Kardasov/stock.adobe.com  
24/25: thodonald/stock.adobe.com  
27: Dani Kreienbühl/stock.adobe.com  
28: upixa/stock.adobe.com  
29: Friedberg/stock.adobe.com,  
hkama/stock.adobe.com  
30/31: M. Große  
32: Proud\_Photos/stock.adobe.com  
33: bravajulia/stock.adobe.com  
34: Bergpredigt CCO-Lizenz  
35: J. Marburg  
36: A. Sawert, N. Nestler, B. Schmitz  
37: KBS, A. Sawert  
38: Ev. Dekanat Hochtaunus, A. F. Parré, H. Roger,  
39: H. Roger  
40: HQUALITY/stock.adobe.com  
41: A. Bauer  
42: Bumann/stock.adobe.com,  
Agentur Simpleplus für Ev. Trägergruppe der AEJ,  
juefraphoto/stock.adobe.com  
43: IZGS, goodluz/stock.adobe.com  
44: Brot für die Welt (u.)  
Alle übrigen Fotos: ZGV

UNSER ZIEL:

**Eine sozial gerechte und ökologisch  
verträgliche gesellschaftliche Entwicklung.  
Aus christlicher Verantwortung vor Gott  
und den Menschen.**



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115

55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0

[www.zgv.info](http://www.zgv.info)



EIN ZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU